



XIV. Legislaturperiode

XIV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 81

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 81

.....
vom 14.12.2010

.....
del 14/12/2010

Präsident
Vizepräsident

Dr. Dieter Steger
Mauro Minniti

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 81

.....
vom 14.12.2010

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 79/10: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2011 und für den Dreijahreshaushalt 2011-2013 (Finanzgesetz 2011)" und

Landesgesetzentwurf Nr. 80/10: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2011 und Dreijahreshaushalt 2011-2013" – (Fortsetzung). Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 81

.....
del 14/12/2010

Indice

Disegno di legge provinciale n. 79/10: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2011 e per il triennio 2011-2013 (Legge finanziaria 2011)" e

Disegno di legge provinciale n. 80/10: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2011 e per il triennio 2011-2013" – (continuazione). pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Dieter Steger

Ore 10.05 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

STIRNER BRANTSCH (Sekretärin - SVP): Verliest das Sitzungsprotokoll | legge il processo verbale

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt. Für die heutige Sitzung hat sich der Abgeordnete Seppi entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnung fort.

Punkt 139 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 79/10: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2011 und für den Dreijahreszeitraum 2011-2013 (Finanzgesetz 2011)"* und

Punkt 140 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 80/10: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2011 und Dreijahreshaushalt 2011-2013"* - (Fortsetzung).

Punto 139) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 79/10: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2011 e per il triennio 2011-2013 (Legge finanziaria 2011)"* e

Punto 140) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 80/10: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2011 e per il triennio 2011-2013"* - (continuazione).

Nachdem die Berichte zu den beiden gemeinsam in Behandlung stehenden Gesetzentwürfen in der letzten Sitzung verlesen worden sind, erkläre ich jetzt die Generaldebatte für eröffnet. Jedem bzw. jeder Abgeordneten steht eine Redezeit von 60 Minuten zu.

Frau Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort.

MAIR (Die Freiheitlichen): Bevor ich mich mit dem uns vorliegenden Haushalt beschäftige, möchte ich einige Worte sagen. Ich fühle mich auch gezwungen, ein paar Dinge tagespolitischer Natur richtigzustellen. Zu dem, was seit letzten Samstag ganz großspurig von der Dolomiten aufgelesen wurde, und zur Tatsache, dass sich dann auch noch der Landeshauptmann als derjenige entpuppt hat, der die Marionette der Ebner zu sein scheint, muss ich ganz einfach sagen, dass ich in diesen letzten drei Tagen das System Südtirol etwas anders wahrgenommen habe. Früher dachte ich immer, dass Sie derjenige wären, der das Sagen habe bzw. der alleinige Boss in diesem Land wäre, aber selbst Sie müssen vor den Ebner kuscheln. Sie haben sich auf das dreckige Spiel des Toni Ebner eingelassen. Ich finde und ich bin überzeugt von dem, was ich sage, Sie haben sich und Ihrem Amt keinen guten Dienst erwiesen und auch dem Land Südtirol nicht. Das ist nicht falsch, Herr Landeshauptmann. Ich kenne mittlerweile die Praxis im Weinbergweg. Am Samstag hat die "Dolomiten" eine riesengroße Geschichte inszeniert. Wir wissen auch warum. Toni Ebner hat sich bei der Sepp-Kerschbaumer-Feier in St. Pauls persönlich von der Kritik des Sepp Mitterhofer angegriffen gefühlt, weil dieser die Athesia attackiert hatte. Das lässt sich der Toni natürlich nicht gefallen und muss dann gleich einen Rundumschlag gegen das volkstumpolitische Lager initiieren. Am Sonntag Nachmittag habe ich die Einladung zur Pressekonferenz per E-mail an alle Medien geschickt, habe im Titel gleich angekündigt, worum es geht, nämlich um einen Totalangriff auf die "Dolomiten", und was ist dann passiert? Dann hat sicherlich die "Dolomiten" per Telefon versucht, Sie, Herr Landeshauptmann, und den Landesrat Theiner zu erreichen und auch die Kollegen der Grünen, die ich hier aber nicht kritisieren. Das ist ein natürlicher Reflex. Die Reaktion der Grünen verstehe ich. Die Reaktion des Parteiobmannes der Volkspartei kann ich nicht nachvollziehen und Ihre Reaktion am allerwenigsten. Fakt ist, dass die Laurin-Stiftung, eine österreichische Stiftung wohlgermerkt, hier in Südtirol vor allem den Deutschen und den Ladinern, die in Not geraten sind, die

wirklich arm dran waren, vor allem Familien aus dem bäuerlichen Bereich, immer unter die Arme gegriffen hat. Wenn ich mich richtig erinnere, dann war es auch die Laurin-Stiftung, die beispielsweise an der Uni Innsbruck im Bereich des Jus-Studiums das Studium des italienischen Rechts ermöglicht hat, dieses unterstützt und finanziert hat und Stipendien vergeben hat. Erst später hat dann das Land Südtirol das übernommen. Man sieht auch, dass es sich um eine seriöse Stiftung handelt, weil sie nicht mit Namen rausrückt. Ich bin überzeugt davon, wenn sie Namen nennen würde, dann würde man sehr viele aus Ihren eigenen Reihen sehen. Bitte richten Sie dem Grünschnabel Achamer aus, bevor er sich öffentlich über Dinge äußert, von denen er keine Ahnung hat, soll er sich, was die Niermann-Stiftung anbelangt, in den eigenen Reihen informieren, denn diese war in Südtirol zu einer Zeit tätig, da hat es die Freiheitlichen noch nicht gegeben. Diese Stiftung hat damals Studien und Ähnliches finanziert und ich bin felsenfest überzeugt davon, wenn er in seinem eigenen Archiv schnüffeln würde, würde er von euch Namen finden. Das war in einer Zeit, wo es in der Südtiroler Volkspartei auch noch aufrechte Tiroler gegeben hat. Ich bin überzeugt, dass diese unterstützt wurden. Hundertprozentig! Landesrat Berger hat es öffentlich zugegeben, dass er Ansuchen gestellt hat. Ich habe die Information, dass es auch der Landeshauptmann getan hat. Ich unterstelle Ihnen hier nichts, Herr Landeshauptmann. Ich rede nur von Information. Es ist nichts Schlimmes!

Ich habe gestern im Fernsehen, im "TCA", ein Interview von Ihnen gesehen. Und ich muss sagen, dass Sie sich so etwas nie in eine deutsche Kamera zu sagen trauen würden. Ich habe mittlerweile verstanden, was das Spiel, das hinter dieser ganzen Geschichte steckt, eigentlich bewirken soll. Sie wollen den Italienern durch die Blume sagen: "Hände weg von den Freiheitlichen! Hände weg von den Ideen der Eva Klotz! Die lassen sich von irgendwelchen dubiosen und geheimen, rechtsextremen Kreisen finanzieren!" Sie haben dann schon betont: "Ich weiß nicht, ob es so ist, aber es wird so behauptet." Und weiter: "Die meinen es nicht gut mit euch bezüglich Freistaat" usw. Herr Landeshauptmann, Sie bekommen es mit der Angst zu tun, wenn Sie wissen, dass mittlerweile auch andere deutsche Kräfte das Gespräch mit den Italienern suchen. Mir ist gestern bewusst geworden, dass Sie ein zweischneidiges Spiel spielen. Vor der deutschen Bevölkerung spielen Sie dieses Spiel und vor der italienischen Bevölkerung spielen Sie ein anderes. Das ist eigentlich nicht richtig! Als das Interview beendet war, hat die Kamera noch eine Zeitlang auf Ihr Gesicht gehalten und Sie haben äußerst frech gegrinst. Sie wussten selbst, dass das, was Sie gesagt haben, ein Blödsinn war, und dass Sie es nur mit dem einzigen Hintergrund gemacht haben, in der Hoffnung, dass etwas hinten bleibt. Ich bedanke mich beim "TCA" für das Bild. Noch etwas: Sie haben die Abgeordnete Klotz nicht genannt, ich bin auch nicht der Verteidiger von Andreas Pöder - aufregen müsste er sich -, Sie haben bis jetzt noch nicht kapiert, dass die Union für Südtirol vom Abgeordnete Pöder vertreten wird, und die Südtiroler Freiheit von der Abgeordneten Klotz. Sie haben gestern von der Union für Südtirol gesprochen. Man muss nicht noch künstlich Leben einflößen, es tut mir herzlich leid, das müsste bei Ihnen schon angekommen sein, wenn Sie die Abgeordnete Eva Klotz meinen, dass das nicht die Union für Südtirol ist. Das muss gesagt sein! Wir Freiheitlichen werden im Rahmen der Haushaltsdebatte einen Beschlussantrag bzw. eine Tagesordnung bringen, in welchem wir verlangen, dass alle Parteien alle Spenden über 1.000 Euro offen legen müssen, dass Sie Ihre Repräsentationsgelder offen legen müssen, dass die SVP erklären muss, wie sie zu den zwei Millionen Euro gekommen ist. Wir verlangen die Offenlegung von Sponsorverträgen, die die Volkspartei hat. Dann können Sie der Bevölkerung beweisen, ob Sie es ehrlich meinen und dem Antrag zustimmen oder ob Sie sich tatsächlich getrauen dagegen zu stimmen. Wenn Sie zustimmen, dann sind Sie ehrlich und korrekt. Richten Sie aber bitte nicht uns über dieses "Käseblatt" aus! Wir sollten für Transparenz sorgen. Das ist in unserem eigenen Interesse! Sie wissen, dass es keinen einzigen Cent gegeben hat! Also machen Sie sich bitte nicht zur Marionette dieses dreckigen Spiels des Weinbergwegs!

Zum Haushalt selbst. Am vergangenen Freitag habe ich aufmerksam Ihren Worten gelauscht, als Sie den Bericht verlesen haben. Ich möchte einen Beisatz machen. Auch wenn wir alle ziemlich übernächtigt nach der langen Sitzung im Regionalrat waren, haben Sie den Bericht rasch verlesen. Ich habe gestaunt, wie fit Sie eigentlich noch am Nachmittag waren. Das ist als Kompliment zu verstehen! Ich habe gestaunt! Wenn ich richtig informiert bin, dann sind Sie nach fünf Uhr früh in Trient losgefahren, direkt in die Sprechstunde nach Bozen. Das soll auch erwähnt werden. Ich ziehe den Hut! Sie sind der Älteste im Saal.

Ich habe die Rede aufmerksam verfolgt und mir schon beim Vorlesen einige Gedanken gemacht. Ihre Rede hat mich ein bisschen nachdenklich gestimmt. Es war auch der eine oder andere Lacher dabei, denn eigentlich beginnt die Rede schon, "Durnwalderlike", mit dem Begriff Selbstlob. Sie sagen zwar: Selbstlob stinkt, aber es kommt immer wieder zum Ausdruck, dass das Land Südtirol deswegen so gut dasteht, weil wir zum Glück Sie haben. Unterm Strich kommt das immer wieder zum Vorschein. Sie sagen zwar, dass es nicht so ist, aber wenn Sie es nicht wirklich glauben würden, dann müsste man es auch nicht schreiben. Wir wissen auch, dass nicht Sie den Bericht geschrieben haben, sondern irgendjemand. Auch da hat man das Gefühl, dass es diesem Schreiber-

ling nicht so sehr um die inhaltliche Thematik ging, sondern er wollte Ihnen einen Gefallen tun und Ihnen schön tun, ansonsten hätte er sich gewisse Dinge sparen können. Spaß beiseite! Die Rede, wie auch in der Vergangenheit alle Haushaltsreden des Landeshauptmannes, geht schon etwas an der Realität vorbei. Es ist alles schlecht, aber in weiten Teilen wird Schönfärberei betrieben. Dass die Realität nicht ganz erkannt wird, muss schon gesagt werden. Sie sind, und das erstaunt mich immer wieder, der Politiker, der das Ohr wahrscheinlich am nächsten am Volk hat. Ich sage zwar, dass auch wir Freiheitlichen sehr volksnahe sind, und ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie andere Sorgen und Nöte der Bevölkerung hören, als wir sie hören. Man kann nicht allen alles Recht machen und man kann nicht alle Probleme zugleich lösen, aber man erkennt hier nicht die Einsicht oder den Willen, irgendetwas besonders entgegen zu kommen, beispielsweise den Familien. Dazu komme ich aber noch später.

Wenn man die erste Seite weiter verfolgt, dann machen Sie auch einen Seitenhieb auf die Bevölkerung. Sie sprechen von der Mentalität der Bevölkerung, Sie sagen das Volk wäre nie zufrieden, es sei von der "Alles und zwar sofort und ohne Gegenleistung Mentalität" betroffen, es hätte das stetige Gefühl, immer und überall zu kurz zu kommen.

DURNWALDER (Landeshauptmann – SVP): (unterbricht – interrompe)

MAIR (Die Freiheitlichen): Ich glaube nicht, dass Stephan Pan der Sprecher der gesamten Bevölkerung ist. Es tut Ihnen schon gut, dass sich der Präsident des Unternehmerverbandes getraut, Ihnen gegenzuhalten. Man sieht, Sie sind es nicht gewohnt. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gesehen, dass die Verbände Vorfeld-Organisationen der Volkspartei sind. Jetzt getraut sich einer "Tacheles" zu reden und dann steht er gleich im Kreuzfeuer der Kritik, beispielsweise auch von Seiten des Landesrates Theiner, was mich schon verwundert hat. Herr Landesrat, Sie wurden bis vor kurzem auch von der Wirtschaft mitgetragen und gehalten, ansonsten, glaube ich, wären Sie nicht Obmann der Volkspartei geworden. Wenn Sie sich jetzt plötzlich wieder als Sozialpolitiker aufführen, nur weil sich einer traut, die Sanität zu kritisieren, da wünsche ich mir für Sie, dass Sie gelassener werden. Dass Sie so die Nerven verlieren, kann ich nicht ganz nachvollziehen, außer es steckt ein anderes Spiel dahinter.

Herr Landeshauptmann, Sie sagen, das Volk wäre von dieser Mentalität, wie bereits gesagt, betroffen. Da frage ich mich, warum das so ist. Was wird der Bevölkerung eigentlich vorgelebt? Sie selbst sind auch immer wieder derjenige, der auffault, wenn Veränderungen im Raum stehen, wenn es Veränderungen vonseiten der römischen Regierung geben soll. Sie selbst sind mittlerweile in der Bevölkerung als derjenige bekannt, der sich nicht geniert über sein Gehalt zu sprechen, wie erst kürzlich in der ORF-Pressestunde. Sie verteidigen und rechtfertigen das mit einer Gelassenheit, als ob das das Normalste auf der Welt wäre. Sie sagen dann noch in einem Beisatz: "Wenn ich 300.000 Euro und 1.000 Mitarbeiter zur Verfügung hätte, ...", oder so ähnlich. Herr Landeshauptmann, Sie haben bei weitem mehr und das wissen Sie ganz genau. Sie wissen, das ganz genau! Jedenfalls sind Sie derjenige, der dazu beigetragen hat, wenn es tatsächlich so sein soll, dass sich die Bevölkerung so entwickelt hat, dass Sie auch eine "Mitschuld" trifft. Ich gebe Ihnen aber schon recht, in mancher Sprechstunde - das erleben wir auch - hat es sich tatsächlich in vielen Bereichen so entwickelt, dass man nicht mehr bereit ist, irgendwelche Dinge in Kauf zu nehmen, dass alles sofort erledigt werden muss, gerade im Schülertransport. Ich glaube, dass das Ansehen der Politik nicht mehr das ist, was wir uns vielleicht alle wünschen würden, und dass das Vertrauen der Bevölkerung in uns alle gesunken ist. Sie haben geschrieben - wie im letzten Haushalt auch schon, ich habe nachgesehen -: "Regieren, das liegt auf der Hand, ist immer dann leichter, wenn man über genügend Geldmittel verfügt." Das ist genau die Politik, die mein Kollege Pius Leitner seit Jahren als die "Nikoluis-Politik" bezeichnet. Genau das ist das System in Südtirol, 365 Tage im Jahre die Gaben zu verteilen! Nach unserem Dafürhalten nicht immer so, wie sie zu verteilen sind oder wären. Da mache ich ein Beispiel: Ich habe jüngst gelesen, dass die Landesregierung 40 Millionen Euro für die "Franzensfeste" zur Verfügung hat, wobei auch uns Freiheitlichen die Franzensfeste ein Anliegen ist. Wir glauben aber, dass der obere Teil noch ein paar Jahre stehen könnte, so wie er ist. Jetzt, in einem Zeitpunkt der Krise, wo es den Menschen nicht sonderlich gut geht, wäre es an der Zeit, diese 40 Millionen zu überdenken, Maßnahmen für die Bevölkerung zu treffen und das Geld nicht in die "Franzensfeste" zu stecken. Das kann man zu einem späteren Zeitpunkt auch noch erledigen.

Weiters heißt es im Bericht dann, dass "das Regieren umso interessanter wird, je schmaler das Budget wird." Dann seien Kreativität, Flexibilität und ein scharfer Blick für das Wesentliche gefragt. Ich habe Ihren scharfen Blick gestern im "TCA" gesehen. Hier im Haushalt kann ich ihn weniger erkennen. Wir kennen Ihren scharfen Blick aus anderen Situationen, wo Sie es mit Ihrer eigenen Fraktion haben, aber nicht hier im Haushalt. Es ist sicherlich nicht alles zu verteufeln oder schlechztureden, dennoch stellen wir eine sozialpolitisch bedenkliche

Schiefelage fest. Vor allem die soziale Lage der Familien in Südtirol ist bedenklich und das wissen Sie. Ich kann mir vorstellen, dass Sie tagtäglich mit Problemen, die die Familien zu bewältigen haben, konfrontiert werden. Wir haben inzwischen sehr viele Menschen in Südtirol, die unter der relativen Armutsgrenze leben müssen. Die Zahlen sind sehr besorgniserregend. Sie widersprechen dem Klischee von Südtirol als Wohlstandsland, wie es in Ihrem Bericht nach wie vorgezeichnet wird. Es sind Passagen enthalten, wo Sie sagen, dass weltweit alles in Krise sei, aber im internationalen Vergleich sei in Südtirol alles anders. Südtirol stehe überall super da. Man muss da schon genauer hinschauen! Es ist auch in Südtirol so, wie es weltweit ist, dass die untere Einkommensschicht, die Familien, wirklich nichts zu lachen haben. Offensichtlich nehmen immer weniger Menschen an diesem Wohlstand teil und immer mehr Menschen finden sich in dieser unteren Kategorie wieder und müssen schauen, wie sie über die Runden kommen. Die Stärkung der Kaufkraft, wenn wir uns zurückerinnern, war im Wahlkampf 2008 bei allen Parteien ein zentrales Thema. Welche konkreten Schritte haben wir aber diesbezüglich unternommen, um die Kaufkraft der Löhne tatsächlich zu stärken. Wir werden im Zuge der Diskussion und der Behandlung der Tagesordnungen einige Vorschläge unterbreiten. Wir hoffen auf die eine oder andere Zustimmung, um wirklich vor den Menschen glaubwürdig dazustehen. Und das betrifft alle hier in diesem Saal! Den Menschen ist mit leeren Worthülsen bzw. mit wohlklingenden Phrasen nicht wirklich gedient. Alle Jahre findet sich im Haushaltsbericht der schöne Satz, dass die Familie die Keimzelle der Gesellschaft sei und diese Keimzelle sei in jeglicher Hinsicht zu fördern und zu schützen. Ich frage mich, warum Sie das dann nicht tun. Sie schreiben bei der Förderung: Ausbau der Kinderbetreuung. Wenn ich mich richtig erinnere, hat Kollegin Martha Stocker in einem Zeitungsinterview gesagt: "Jetzt bauen wir die Strukturen, wenn das Angebot da ist, wird auch die Nachfrage kommen." Das ist nicht Familienpolitik, wie wir sie verstehen oder wie sie die Menschen draußen gerne hätten. Zuerst werden wieder einmal Millionen für Strukturen ausgegeben und dann muss man hoffen und vielleicht auch noch per Gesetz die Leute dazu zwingen, diese Strukturen zu nutzen. Wir verstehen unter Familienförderung etwas anderes! Es muss Hand in Hand gehen, das ist klar. Nicht aber auf diese Weise! Ich wundere mich und habe mir oft die Frage gestellt warum. Herr Landeshauptmann, warum können Sie nicht ein einziges Mal bei einem Haushalt über Ihren eigenen Schatten springen und wirklich den Familien in diesem Lande, beispielsweise mit der Erhöhung des Landeskindergeldes oder sonstigen finanziellen Zuwendungen, die Anerkennung zuerkennen, die sie sich tatsächlich verdienen? Warum ist das so schwierig? Wenn man sieht, wie viele Millionen an Sparpotential eigentlich da sind, warum ist es dann unmöglich? Ich verstehe das nicht! Das verstehen auch die Leute draußen nicht. Gerade in Zeiten der Krise, in denen, wie Sie selbst sagen, das Budget knapper und das Regieren dadurch interessanter wird, warum ist es dann nicht interessant, wirklich denjenigen etwas zukommen zu lassen, die die Keimzelle unserer Gesellschaft bilden? Das sagen Sie ja selbst. Hier hätte ich mir mehr Akzente erwartet. Wir brauchen mehr langfristige, mehr verantwortungsvolle und sicher auch mehr sozialpolitische Maßnahmen, um den Familien, aber auch den Senioren, noch besser zur Seite stehen zu können, damit sie die Herausforderungen des Alltages auch meistern können. Leider Gottes haben wir in vielen Bereichen nicht die Kompetenz, wir haben keine steuerrechtliche Möglichkeiten, um die Familien entlasten zu können. Das wäre absolut jetzt sofort anzustreben, noch bevor die Verwirklichung bzw. Realisierung des Freistaates in Angriff genommen wird. Ich bin felsenfest überzeugt davon, dass, wenn wir die Steuerhoheit hätten, es möglich und auch für die Menschen draußen spürbar wäre, konkrete Schritte zu setzen. Es nützt den Familien wenig, wenn sie zunächst hohe Steuern zahlen müssen und wir ihnen dann kleine Beiträge zurückerstatten. Was andere Staaten in diesem Bereich tun, ist viel besser, nämlich das sogenannte Familien-Splitting. Hier würde ich mir mehr Einsatz von den Parlamentariern in Rom erwarten, dass sie für solche Dingen zumindest zu kämpfen versuchen.

Bezüglich der Pisa-Studie habe ich gehört, dass die Landesrätin nach Finnland fahren möchten, um sich dort schlauer zu machen. Ich frage mich, warum das in anderen Bereichen nicht auch so gemacht wird, dass man sich die positiven Dinge von andern Staaten anschaut und dafür dann wirklich kämpft. Auch wenn es nicht bequem ist, aber wir sind auch dafür zuständig, unbequeme Dinge voranzubringen. Beim Familien-Splitting wird die Steuerlast auf die Anzahl der Familienmitglieder aufgeteilt und damit können die Familien steuerlich stark entlastet werden. In Frankreich beispielsweise ist es so weit gekommen, dass dadurch die Geburtenrate gestiegen ist. Wir machen es hier aber umgekehrt, indem wir zunächst gehörig abkassieren und dann in Form von Beiträgen, teilweise in Form von Almosen – viele haben den Eindruck Almosenempfänger zu sein – wieder gewisse Beträge zurückerstatten. Die Steuergerechtigkeit ist anzustreben, weil wir in unserer Gesellschaft viele Leute haben, die dieses System ausnutzen und schwindeln. Das wissen Sie auch sehr gut! Es gibt viele Leute, die gewisse Dinge nicht erklären und dadurch werden dann all jene bestraft, die korrekt und anständig sind und alles melden. Das wirkt sich z.B. bei Studierenden so aus, dass der eine ein Stipendium bekommt, der aus finanziell besseren Verhältnissen kommt und der andere, der es wahrscheinlich nötiger hätte, durch den Rost fällt, weil dessen Eltern die

"Dummen" sind und alles genau melden. Das ist ein Problem, über das wir schon seit Jahren diskutieren. Es ist uns allen bekannt. Wir haben aber kaum etwas dagegen unternommen.

Ich könnte jetzt, wenn ich es mir leicht machen würde, die Haushaltsrede Seite für Seite und Punkt für Punkt durchgehen und zerklauen. Das werde ich aber nicht tun. Ich möchte auf die Schwerpunkte eingehen, die mir persönlich wichtig sind und zu denen ich eine gewisse Sicht der Dinge habe. Meine Kollegen werden dann noch auf andere Dinge zu sprechen kommen. Wir haben in dieser Woche viel Zeit, um uns mit dem Haushalt auseinander zusetzen.

Positiv zur Kenntnis genommen habe ich, dass Sie erstmals das Thema "Einwanderung", bzw. "Integration" genannt haben. Sie haben diesem Thema viel Platz und Raum gegeben. Aber Ihrem Schreiberling dürfen Sie von mir einen schönen Gruß ausrichten und sagen, er hätte sich die persönlichen Anmerkungen sparen können. Man hatte dabei das Gefühl, dass er vor allem Ihnen, Herr Landeshauptmann, einen Gefallen machen wollte. Bei diesem wichtigen Thema der "Einwanderung" bzw. "Integration" haben gewisse Bemerkungen nichts zu suchen. Das Thema der Einwanderung beschäftigt uns seit vielen, vielen Jahren. Ich kann mich noch erinnern, nach den Landtagswahlen 2003 haben Sie ein organisches Einwanderungsgesetz angekündigt. Wir sind uns alle einig, dass wir ein solches dringend brauchen. Jetzt ist durchgesickert, dass im Jänner das Einwanderungsgesetz verabschiedet werden soll. Sie meinten sicherlich in der Landesregierung, denn hier im Landtag wird ein solches nicht so schnell verabschiedet werden, wenn bestimmte Dinge, die uns wichtig sind, nicht enthalten sind. Bei der Einwanderung ist sicherlich dazu zu sagen, dass Südtirol aufgrund seiner Topografie kein Einwanderungsland ist. Seine ganz spezifische Geschichte, die völkische Zusammensetzung, die Schutzmechanismen der Autonomie, wie beispielsweise der Proporz und die Zweisprachigkeit, verkraften unserer Meinung nach eine zusätzliche Belastung nicht. Die Integrationsfähigkeit des Landes, glauben wir, hat ebenso Grenzen wie auch die Integrationswilligkeit der Zuwanderer. Wir wissen, dass Südtirol in sehr vielen Bereichen Arbeitskräfte von außerhalb des Landes braucht. Für deren Anstellung und Unterbringung hat vornehmlich der Arbeitgeber zu sorgen. Es kann wirklich nicht sein, und das sollte man zukünftig mit einem solchen Gesetz versuchen zu vermeiden, dass die sozialen Folgekosten der Allgemeinheit aufgelastet werden. Wenn man wirklich das Thema ernst nimmt und sich mit der Integration beschäftigen will, dann muss man auch die Wirtschaft mehr in die Verantwortung nehmen. Wir wissen, dass Integration kostet. Die Wirtschaft muss sich an diesen Kosten auch beteiligen, ansonsten, glaube ich, brauchen wir über Integration, wie sie wirklich zu verstehen ist, nicht mehr weiter sprechen.

Die Familienzusammenführung ist ein großes Problem und das ist, unserer Meinung nach, auf jene Personen zu beschränken, die eine Wohnung und einen Arbeitsplatz vorweisen können. Die Einwanderung zum hauptsächlichsten Zweck der Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu verwenden, sollte durch ein solches Gesetz auch unterbunden werden. Auf jeden Fall, und darum geht es, ist absolut sicherzustellen, dass Einheimische in allen Bereichen, vor allem aber bei der Inanspruchnahme von sozialen Leistungen, Vorrang haben. Es ist auch Bedacht darauf zu nehmen, dass ausländische Arbeitskräfte vornehmlich aus jenen Ländern angeworben werden, die unserem Kulturkreis angehören und bei der Einreise zumindest eine der Landessprachen ausreichend beherrschen. Das sind Forderungen, die wir seit vielen Jahren gebetsmühlenhaft vorgetragen haben. Uns klatscht immer wieder mittlerweile die stumpfe Waffe entgegen, wir wären die Marktschreier, die Populisten und Rassisten. Das sind genau diese Dinge, mit denen sich auch mittlerweile, und Gott sei Dank, Ihre Partei beschäftigt. Ich glaube, wenn man sich mit dem Thema ernsthaft auseinander setzen will, dann muss die Situation in Südtirol beachtet werden und es muss sichergestellt sein, dass die Zuwanderer eine Landessprache beherrschen, vor allem auch Deutsch. Ich betreue momentan eine Muslimin, die zu mir in die Sprechstunde gekommen ist, die ein Problem mit ihrem Sohn in einer deutschen Grundschule hier in Bozen hat. Die Muslimin spricht außer ihrer Muttersprache Arabisch nur Italienisch. Diese Frau hat ihren Sohn zuerst in einen italienischen Kindergarten geschickt, hat dann im Laufe der Zeit verstanden, dass es hier in Südtirol für die Zukunft des Kindes absolut wichtig ist, Deutsch zu sprechen, - was ja nicht falsch wäre - und hat dann das Kind in die deutsche Schule eingeschrieben. Dann begannen die Probleme. Nicht so sehr des Kindes wegen, sondern auch der Mutter wegen. Die Mutter versteht absolut kein Wort Deutsch. Ich durfte bei einer Sitzung anwesend sein, - das dürfte ich hier vielleicht nicht einmal sagen - mit dieser Mutter und allen Lehrern, Schulpsychologen, Integrationslehrern und interkulturellen Mediatoren. Ich habe gestaunt, was die Schule heute alles auf sich nehmen muss für ein einziges Kind, das Schwierigkeiten hat. Ich bin immer eine gewesen - das gebe ich zu -, die gegenüber der Lehrerschaft sehr skeptisch war und ist. Das hat bestimmte Gründe. Ich nehme ab und zu wahr, dass einige Lehrer der Linken angehören und auch in den Schulen versuchen, das zu missbrauchen. Ich habe aber vor dieser Schule und diesen Lehrern den Hut gezogen, und habe auch das Gefühl, dass hier die Politik die Lehrer alleine lässt. Es kann wirklich nicht sein, dass an einer deutschen Schule bei einer Sitzung alle Beteiligten, die deutscher Muttersprache sind, Italienisch sprechen müs-

sen, damit man dieser Mutter halbwegs erklären kann, dass die Probleme eigentlich weitreichender sind. Wir Freiheitlichen haben vorgeschlagen, dass man gerade bei der Integration von Zuwanderern hier in Südtirol die Chance nutzen sollte, die Fehler der anderen Länder, beispielsweise Deutschland, abzuschauen, zu analysieren und diese nicht nachzumachen. Ich glaube, dass bei der Integration zwei Komponenten eine wichtige Rolle spielen: Die Schule auf der einen Seite, und das Elternhaus auf der anderen Seite. Das Integrationsangebot - wir müssen natürlich auch ein Angebot stellen, das ist klar - für Zuwanderer und deren Kinder müsste unserer Meinung nach deutlich ausgebaut werden. Gleichzeitig sollten sich aber Verweigerer, die gibt es nämlich in Südtirol auch, auf Sanktionen einstellen müssen.

Zur Lösung des Problems können zu einem Teil sicher Sprachkurse für Ausländerkinder an den Sprachzentren beitragen, aber nicht nur. Ich glaube, dass man auch die Eltern in die Mangel nehmen muss, wahrscheinlich in den meisten Fällen die Mutter, damit sie die Sprache beherrscht und spricht, die ihr Sohn bzw. ihre Tochter in der Schule spricht. Wenn ein ausländisches Kind in eine italienische Schule geht, erwarte ich mir, dass die Mutter Italienisch kann. Wenn sie das Kind in eine deutsche Schule schickt, dann müsste zumindest ein Beziehungsberechtigter auch Deutsch sprechen, um die Hilfe leisten zu können, die das Kind braucht. Man kann nicht alles nur auf die Schule abzuwälzen. Wir haben in der Vergangenheit bereits darauf hingewiesen: Wir haben hier tolle Sprachzentren. Die Muttersprache ist sicherlich wichtig, um andere Sprachen zu beherrschen, aber, ich glaube, es nützt wenig, wenn beispielsweise im Sprachzentrum von Mals "arabisch" angeboten wird, wenn man im Vinschgau eigentlich Deutsch spricht. Die Muttersprache zu lernen ist wichtig, aber dafür ist das Elternhaus zuständig. Mit unseren Geldern sollte es nur erlaubt sein, "Deutsch" bzw. "Italienisch" zu lernen. Solche Dinge möchten wir in Zukunft nicht mehr erleben.

Der andere Teil der Lösung wird es aber auch sein, dass wir das Thema "Integration und Sprache" bereits an der Wurzel angehen, wie gesagt, in der Ausländerfamilie selbst. Wir müssen für die Eltern verbindliche Elternkurse abhalten, es werden nun viele aufschreien, weil sie sagen, das wäre für die einheimischen Eltern auch nicht schlecht. Es geht hier aber um Leute, die von auswärts kommen, die von Südtirol absolut keine Ahnung haben, die nicht wissen, dass wir hier in Südtirol eine deutsche und ladinische Minderheit haben, die über unsere Kultur und über unsere Tradition sehr wenig wissen. Auch in Deutschland wird das gemacht. Wir müssen diesen Eltern die Erziehungsmethoden unseres Kulturkreises beibringen und sie über die Ziele und Aktivitäten der Schule und über den Sinn des Spracherwerbs und die damit verbundene Chance für sie und ihre Kinder ausführlich informieren. Welche Probleme hat Deutschland hauptsächlich? Leider Gottes wird bei den Ausländern die Wichtigkeit einer Schulausbildung in der 3. und 4. Generation nicht gesehen. Es gibt sehr viele Jugendliche, die die Schule abbrechen oder überhaupt nicht besuchen. Es ist Aufgabe des Gastlandes, diesen ausländischen Eltern hier die Wichtigkeit naheulegen, vor allem weil sich für ihre Kinder mehr Chancen ergeben. Wenn die Kinder keine Ausbildung haben oder nichts lernen, dann werden sie irgendwann einmal von der Gesellschaft unterstützt werden müssen und dann tritt nicht das ein, was man in Deutschland immer gesagt hat, nämlich dass die Zuwanderer die Renten zahlen, sondern dann hat man Arbeitslose. Ich glaube, es kann nicht unser Ziel sein zuzusehen, dass hier Gruppen leben, die ganz anders ticken und anders leben, als wir es gewohnt sind. Diese verbindlichen Elternkurse sollen also das Ziel haben, Väter und Mütter aktiv in die Erziehungsarbeit einzubeziehen. Mit einigen Elternabenden bzw. Elternsprechtagen an den Schulen ist es sicherlich nicht getan, weil es sich herausstellt, dass die Eltern nicht einmal die Sprache beherrschen. Das muss, aus meiner Sicht, Pflicht werden. Hier haben wir mit Sicherheit die Zuständigkeit und wir sollten uns tatsächlich getrauen, das zur Pflicht zu machen. Denn all jene Ausländer, die zu uns kommen, zunächst einer Arbeit wegen, haben, wenn sie hier bleiben wollen, auch eine Bringschuld. Auch wenn es in den Herkunftsländern oft keine Tradition hat, das wissen wir auch, dass sich Eltern tatsächlich um die Schulausbildung kümmern, so muss doch diesen Eltern klargemacht werden, dass sich alle an dieselben Regeln halten müssen, die in Südtirol gelten. Wir erleben es in den Sprechstunden oft, dass für gewisse Einwandererkinder im Alltag gewisse Sonderregeln gemacht werden. Es ist dann unseren Kindern schwierig zu vermitteln, warum für manche Kinder andere Regeln gelten. Ich glaube, es sind klare Regeln für alle zu treffen und diese sind auch einzuhalten. Wir müssen jene Eltern unterstützen, und das gilt nicht nur für Ausländer im Bereich der Integration, sondern auch für einheimische Eltern, die Schwierigkeit haben bzw. die in schwierigen Verhältnissen leben. Kollegin Stirner, wir kennen so einen Fall, wo es einheimischen Eltern nicht bewusst ist, dass sie sich in einer schwierigen Situation befinden. Es ist sehr schwierig, diesen Eltern zu helfen, wenn sie sich nicht helfen lassen wollen. Diesen Eltern fehlt die minimale pädagogische Fähigkeit und deshalb sind sie ihren Kindern nicht gewachsen. Wir müssen sie darin unterstützen, dass sie mit diesem dünnen Spagat zwischen ihrer Tradition aber auch unseren Vorstellungen besser zurechtkommen. Mit einer Verwässerung unserer eigenen Positionen und

Wertvorstellungen, wie es auch immer wieder passiert, schafft man nicht Integration, sondern öffnet angesichts der bedenklichen demografischen Entwicklung die Tür zur Selbstaufgabe.

Wir haben uns erlaubt, einige Punkte an die Medien weiterzugeben, als wir gehört haben, dass sich die Landesregierung mit diesem Gesetz beschäftigen will. Herr Landeshauptmann, Sie wollen nur mit den Gemeinden reden, wobei ich Ihnen nahelege, auch der Opposition zuzuhören. Uns ist es wirklich ernst. Die Dinge, die ich bis jetzt genannt habe, haben nichts mit Populismus zu tun. Wir machen uns ernsthaft Gedanken über dieses Thema.

Die Wirtschaft, die immer wieder ausländische Arbeitskräfte reklamiert, das habe ich bereits gesagt, muss sich künftig an den Integrationskosten beteiligen. Dazu zählen diese Integrationskurse, die absolut zur Pflicht in diesem künftigen Gesetz zu machen sind. Wir fragen uns, warum man von der Wirtschaft nicht eine Beteiligung verlangen kann, wenn etwa kleine Betriebe den Angestellten Kurse zur Arbeitssicherheit bezahlen müssen. Das gibt es bereits, dass Betriebe sich beteiligen müssen. Beim großen Thema der Integration sehen wir das noch nicht, aber es ist unbedingt einzuführen. Wir sollten uns auch dazu getrauen.

Südtirol braucht vor allem Saisonarbeiter. Für diese braucht es eine besondere Regelung, wobei das Prinzip des Gastarbeiters wieder in den Vordergrund gestellt werden soll. Eine Einschränkung in diesem Bereich könnte auch dadurch erreicht werden, dass rüstige einheimische Rentner in der Landwirtschaft bestimmte Arbeiten machen können, ohne dass ihre Rentenansprüche gekürzt werden.

Südtirol soll vom Staat im Bereich der Einwanderungsfrage, und da bin ich verwundert, dass Sie und Ihre Kollegen dagegen gestimmt haben, endlich mehr Zuständigkeiten einfordern. Ich habe mich umgehört. In Rom wurde noch kein einziges Mal dieses Thema bei irgendwelchen Gesprächen, entweder von Ihnen oder den Vertretern, die in Rom sitzen, vorgebracht. Es ist für uns unverständlich. Herr Landeshauptmann, Sie sagen selbst, in manchen Bereichen haben wir die Zuständigkeit nicht. Uns ist diese Ausrede zu bequem. Wir wissen, dass das eines der zentralen Themen der Zukunft sein wird und wir verlangen, dass man couragierter aufmarschiert. Das tun Sie bei anderen Themen, wie beispielsweise beim Strom auch. Wenn es ums Geld geht, dann getrauen Sie sich, da sind Sie wahrscheinlich auch ein harter, guter "Verhandler", aber wir erwarten dies auch bei diesem Thema.

Wir wollten auch eine Kostenwahrheit auf dem Tisch sehen, aber das wurde auch abgelehnt. Ich glaube, bevor man das Gesetz verabschiedet, sollten wirklich alle Zahlen, Daten, Fakten, Situationen und Realitäten auf den Tisch gelegt werden, ohne Angst eine auf die Rübe zu bekommen, damit man dann in einem Gesetz richtig reagieren kann. Es liegt in unserem Interesse, wenn wir ein gutes Gesetz verabschieden, wo man auf diese Fakten reagieren kann. Ich glaube, dass hätte man bereits vorher machen müssen. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit auseinandergesetzt haben. Wir werden einen Beschlussantrag bzw. eine Tagesordnung zu diesem Thema einbringen.

Wir wünschen uns weiters, dass in diesem Gesetzentwurf die Arbeitsmarktsituation in Südtirol berücksichtigt wird, ebenso wie die gesetzlichen Bestimmungen, Proporz, Zweisprachigkeit und Ansässigkeit zum Schutz der Südtiroler. Für die Zuteilung einer Wohnung des Instituts für sozialen Wohnbau ist eine zehnjährige Ansässigkeit in Südtirol erforderlich. Wir wissen, dass das möglich ist. Wir wünschen uns, dass das in diesem Gesetz auch so festgeschrieben wird. Die einheimischen Unternehmer werden angehalten, bei der Einstellung von Ausländern für deren Unterbringung zu sorgen, sich an den Kosten zu beteiligen. Die Ausgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst und für soziale Leistungen sind künftig genauestens zu kontrollieren, damit Verschwendung und Missbrauch vermieden werden kann. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder in verschiedenen Anfragen genau dieses Thema auf den Punkt gebracht. Wir haben immer gefragt, warum wird in manchen Bereichen nicht kontrolliert? Zur Antwort haben wir bekommen, dass die Kontrollen mehr kosten würden als die Schwindelei. Was vor kurzem die Finanzpolizei in Meran aufgedeckt hat, dass sehr viele Ausländer, ich glaube 39 an der Zahl, Renten kassiert haben für ihre Eltern, die gar nicht im Lande leben. Das dürfte es in Zukunft nicht mehr geben. Ich möchte nicht, dass in Südtirol solche Dinge die Finanzpolizei bzw. andere staatliche Institutionen aufdecken müssen, weil sich die Politik nicht getraut. Wir müssen in diesem Gesetz auch die Courage haben, über Kontrollen offen zu reden und diese dann wirklich umsetzen und einführen.

Ausländer, die einzig und allein zum Zweck eingereist sind, Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können - auch diese gibt es, das wissen wir, vor allem im Zuge der Familienzusammenführung, bei Eltern -, die Invaliditätsrente kassieren. Wir importieren uns zum Teil kranke Menschen, die sich hier auf Kosten des Steuerzahlers behandeln lassen können. Sie können alle eine Eigenerklärung ausfüllen, das Modell 99. Auch Sie wissen, und das bestätigen auch die Beamten, dass das künftig nicht mehr geht. Unsere Leute müssen bis ins letzte Detail alles deklarieren und gleichzeitig vertraut man irgendwelchen Selbsterklärungen von Einwanderern, damit sie kostenlos rundum Sanierungen bekommen.

Man sollte sich auch getrauen illegale und straffällige Ausländer auszuweisen, wie es auch die Schweiz beispielsweise beschlossen hat. Ohne näher auf das Referendum einzugehen, welches sicherlich kritisch zu hinterfragen ist, ist es, nichtsdestotrotz das Thema, das draußen die Menschen bewegt. Hier erwarten wir uns zumindest einen klaren Hinweis im Gesetz.

Die Familienzusammenführung sollte im Gesetz auch Thema sein, und zwar sollte es künftig nur mehr für jene möglich sein, die bei Einreise einen Arbeitsplatz und eine Wohnung nachweisen können. Die sozialen Leistungen des Landes dürfen nicht Teil des vorgeschriebenen Mindesteinkommens sein und es ist darauf zu achten, dass keine arbeitsunfähigen Personen ins Land nachgeholt werden. Die verpflichtenden Sprachtests haben wir bereits genannt und diese will die Landesregierung auch machen, was absolut zu begrüßen ist. Es ist natürlich wichtig, diese vor Kindergarten- und Schuleinschreibung zu machen. Wir wünschen uns auch verpflichtende Elternkurse gerade in Sachen Landesgeschichte. Ich weiß, dass es auch unsere Leute notwendig hätten, aber wir erwarten uns von den Zuwanderern, dass sie über unser Land etwas wissen. Deswegen sollte bei diesen Kursen Landesgeschichte, Sprache, Kultur und Tradition enthalten sein. Die Erstellung der Studie habe ich auch bereits genannt, sie wird dann anlässlich der Behandlung einer Tagesordnung noch ausgiebiger erläutert werden.

Die Zeit reicht nicht. Es gäbe sehr, sehr viel Dinge noch zu sagen, auch was den Gefängnisneubau angeht. Das ist ein Thema, wo ich Ihnen hundertprozentig zustimme. Auch wenn der Staat dafür zuständig wäre, wissen wir, dass der liebe Staat hoffnungslos überfordert ist.

Herr Landeshauptmann, auf Seite 22 schreiben Sie über die politische Leitlinie usw. Ich kenne Ihre Art des Verständnisses. Sie wünschen sich nach wie vor den Status quo, den Ausbau der Autonomie. Sie wissen selbst, dass das nicht möglich ist. Karl Zeller, der sonst von mir nicht gerne zitiert wird, aber dem ich vertraue, dass er bestimmte Dinge versteht und genau Bescheid weiß, hat selbst gesagt, dass die dynamische Autonomie tot ist. Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf, aber wenn Sie sich nicht mehr getrauen, über die Autonomie hinauszudenken, wenn Sie das nicht mehr wollen, wenn Sie müde sind oder wenn Sie es nicht mehr in Angriff nehmen wollen, dann lassen Sie es doch Jüngere machen! Es muss möglich sein, dass wir alle gemeinsam über diese Autonomie hinausdenken, dass wir nicht in sämtlichen Bereichen sagen müssen, dass uns die Zuständigkeit fehlt. Wir haben das Ziel Freistaat ganz klar formuliert. Ich weiß, Sie halten nichts davon. Das ist egal! Ich glaube, das muss von der Bevölkerung kommen und nicht vom Landeshauptmann. Wir haben das als erstes Ziel formuliert, ohne dabei Tirol außer Acht zu lassen. Der Freistaat ist ein friedliches Modell, ein Friedensprojekt, in dem alle drei Sprachgruppen hier in Südtirol für die Zukunft etwas gemeinsam schaffen können. Wir halten daran fest. Wir wünschen uns dieses Projekt. Wir wissen, dass wir diesbezüglich noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten haben gerade bei unseren italienischen Kollegen, die zwar alle die Schnauze voll haben von ihren Parteienvertretern in Rom und auch von Rom die Schnauze voll haben, aber doch nicht recht in Schwung kommen. Wir wollen dieses Projekt realisieren und uns nicht beim Ausbau der Autonomie aufhalten. Das wird weder mit dieser Regierung noch mit einer anderen Regierung in Rom möglich sein. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten absolut nichts zum Positiven für Südtirol entwickelt. Ob die Linken oder die Rechten am Ruder sind, spielt keine Rolle. Dieser Staat ist am Ende, ist marode und korrupt! Wir wünschen uns das einfach und ich bin überzeugt davon, dass dieser Schritt uns tatsächlich die Möglichkeit geben würde, all diese schön formulierten Dinge, von denen auch Sie sprechen, tatsächlich umzusetzen. Dass Sie vielleicht weniger Freude damit haben, von Rom wegzukommen, mag auch einen anderen Hintergrund haben, denn vor Wahlen ist es immer geschickt die "Zusammenhalten-Mentalität" herzunehmen. Sie brauchen politisch einen natürlichen Feind, der in Rom ist. Wir sehen das längst nicht mehr so. Ich bin überzeugt davon und ich habe auch diese Erfahrung gemacht, dass die Italiener aus anderen Regionen uns verstehen, ja auch wir haben Kontakte zu den Italienern. Uns verstehen auch Parlamentarier und Senatoren in Rom. Wenn sie hier leben würden, dann wäre der Freistaat in drei Tagen vollzogene Sache. Herr Landeshauptmann, Sie glauben immer, von außen betrachtet bekomme man nichts mit. Dem ist nicht so. Die Leute verstehen dieses Land und die Schwierigkeiten in diesem Land. Ich bin immer wieder erstaunt, wie gut viele Italiener, die von weiter unten kommen, die Situation in Südtirol kennen. Viele beobachten sehr genau, was sich hier tut. Mir gefällt, dass sich immer mehr Anhänger und Sympathisanten auch auf der italienischen Seite für dieses Projekt finden.

Es verbleiben noch vier Minuten meiner Redezeit. Man kann zweimal reden, vielleicht tut sich noch etwas, ansonsten haben wir die Möglichkeit, bei den einzelnen Artikeln zum Haushalt selbst genauer Stellung zu nehmen. Sie wissen selbst - Sie sind ein alter Hase, ein alter Fuchs und sind lange hier im Landtag -, dass die Haushaltsdebatte bzw. die Behandlung des Finanzgesetzes immer auch eine Möglichkeit ist, nicht nur über nackte Zahlen und Fakten zu sprechen, sondern über das, was uns persönlich auch am Herzen liegt. Ich bin glücklich, Sie auch, das weiß ich. Sie können es nur nicht sagen, das lässt Ihr Stolz nicht zu, aber in vielen Dingen liege ich nicht falsch oder daneben. Es ist die Möglichkeit der politischen Minderheit, politische Dinge anzusprechen, für die

während des Jahres nicht so viel Zeit ist. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich in Ihrer Replik zum Thema Einwanderung äußern und mir dann noch einmal ins Gesicht sagen, ob das Stammtischparolen sind, ob das Populismus oder gar Rassismus ist.

Ich glaube, Sie haben mir sehr gut zugehört. Das sind unserer Forderungen, das ist eine Herzensangelegenheit. So wie für die Kollegin Klotz die Selbstbestimmung eine Herzensangelegenheit ist, ist das Thema Einwanderung für mich eine Herzensangelegenheit. Diesbezüglich können Sie uns wirklich keinen Vorwurf machen und es ist das allererste Mal, dass Sie uns tatsächlich zugehört haben, und dafür bedanke ich mich bei Ihnen.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Ulli Mair, für die Bestätigung, die ich auch gerne an Dich zurückgebe, was die Anliegen anbelangt, für die du stehst.

Sie hat auch einige gute Seiten herausgekehrt, insofern sieht man also, Herr Landeshauptmann, auch wir haben starke Nerven und einen soliden Boden unter den Beinen. Also wir stehen nicht auf Wolken oder Kuckucksheimen, die uns jeden Tag ins Schwanken und Wanken bringen, sondern wir stehen mit unseren Überzeugungen und unseren Idealen auf ganz solidem, festen Boden. Wir halten noch eine ganze Menge von unglaublichen, eigentlich interessanten Einwüfen aus. "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing". Herrlich, hier diesen Vorwurf zu erheben! Teilweise hat man den Eindruck, dass etwas so krampfhaft bei den Haaren hergezogen wird. Man weiß, dass man uns da nicht beikommt, weil wir einfach sauber sind! Wir haben nichts zu verbergen. Was glauben Sie, was ich seit meiner Kindheit vor allem gelernt habe? Ein gläsernes Leben zu führen. Ich will aber jetzt nicht in die Vergangenheit schweifen, sondern in die Zukunft blicken. Natürlich nehme ich Ihre Ankündigungen ernst und auch Ihre Prioritäten. Sie sagen uns, was wir zu erwarten haben. Ich möchte mich damit ganz kurz befassen. Was den Rest der Legislatur, die noch ungefähr drei Jahre dauert, anbelangt, da wollen Sie das Wahlgesetz, das Ortsnamengesetz, das Gesetz zur direkten Demokratie und das Landesgesetz zur Einwanderung bringen. Das sind die Vorhaben, die Sie uns ganz klar nennen. Die Prämissen zu diesen vier Prioritäten sind nicht ganz korrekt, wenn Sie sagen, wir wollen es von der sachpolitischen Ebene beleuchten. Wenn man es auf eine emotionale Ebene hebt, wenn man keine themenbezogene Debatte mehr führt, sondern eine parteipolitische, wenn man anstatt an das Hirn der Bürger an deren niedere Instinkte appelliert, dann wird es ethnische und soziale Spannungen geben. Herr Landeshauptmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass uns Parteiinteressen fremd sind. Wir haben Ideale, wir haben Überzeugungen, wir haben konkrete Ziele für die Zukunft. Die Harmonie, die wir in unserer Bewegung, die "Süd-Tiroler Freiheit", haben, ist herrlich, weil es nicht um Parteienhickhack und Strukturdebatten und kleinkariertes Gewinnstreben geht, sondern um einen ganz klaren Weg, eine ganz klare Linie für die Zukunft. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass unsere Beiträge nicht von niederen Instinkten geleitet werden. Sie wissen, wir beide hätten auch einen anderen Beruf, von dem wir leben könnten. Genauso wie Sie, könnte ich bereits seit fünf Jahren in Pension sein, sogar mit mehr Pension als ich heute Gehalt bekomme. Aber lassen wir diese unterschwelligten Angriffe der niederen Instinkte bleiben. Wir haben es einfach nicht notwendig. Mir persönlich ist es einfach widerlich, mit schmutzigen Methoden zu arbeiten. Das widert mich an und hat mich immer schon angewidert. Wenn man konkret zu etwas steht, dann kann es auch einmal hart auf hart gehen, aber ohne dass man deswegen immer wieder so leicht unterschwellig sagt: Denen geht es um niedrige Instinkte. Wir werden das ja sehen, wenn es um das Wahlgesetz geht. Wir haben gesagt: Jawohl, wir sind bereit dafür zu sorgen und mitzuhelfen, dass es in einigen Bereichen mehr Klarheit gibt. Wir sind immer für das normale Proporzsystem gewesen, d.h. dass man mehr Pluralismus in unserem Land fördert, weil wir vor allem Rücksicht auf die ladinische Volksgruppe nehmen müssen. Aber natürlich drängt der Staat darauf, dass wir die Italiener hier, die heute zu siebt oder acht in sieben oder sechs verschiedene Gruppierungen zersplittert sind, ... Deswegen darf es ruhig ein bisschen Pluralismus sein, aber wir haben uns auch für einen natürlichen Quotienten ausgesprochen, damit sich nicht jemand mit einem kleinen Rest drei, vier Legislaturen lang hinüber rettet. Darüber werden wir noch sprechen, das wird sicherlich noch Gegenstand sein.

Herr Landeshauptmann, was den Gesetzentwurf zur Ortsnamenregelung anbelangt, bin ich überzeugt, dass Sie in Ihrem Handeln nicht frei sind, aus welchem Grund auch immer, denn sonst hätten Sie nie und nimmer mit Fitto dieses Geheimabkommen schließen können. Das hat mich persönlich sehr getroffen und ich bin enttäuscht, dass Sie bereit waren, von einer wirklichen Tiroler Linie abzugehen. In diesem Punkt sagen sogar viele Italiener, es wundere sie, dass man es bis heute nicht darauf ankommen hat lassen, dass der italienische Verfassungsgerichtshof sagen muss, wie er es mit diesem Kulturverbrechen hält, das er vor genau einem Jahr wiederbelebt hat. Es gibt in diesem Fall, wenn die staatlichen Instanzen durch sind, wirklich die Möglichkeit, vor internationalen Instanzen zu gehen. Denken Sie an den Menschenrechtsgerichtshof in Genf, wo das Aufzwingen anderer Namen als Aggression, als Kulturverbrechen definiert ist, wenn man das mit Information entsprechend begleitet.

Ja, es ist bestimmt eine harte Arbeit, aber da haben Sie uns sicher als selbstlose Helfer, denn es geht um eine wirklich unglaublich wichtige Kulturfrage und darum, wie die Siedlungsgeschichte unseres Landes offiziell dargestellt wird. Es ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich habe bisher in jeder meiner Stellungnahmen zum Haushalt ausführlich darüber gesprochen, deswegen erspare ich mir das heute. Es gibt noch andere wichtige Dinge zu sagen. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, nicht mehr frei entscheiden können, dann lassen Sie es lieber bleiben. Bitte, lieber die Hände weg anstatt etwas zu machen, mit dem Sie Ihre Persönlichkeit, Ihren guten Ruf in sehr vielen Bereichen unglaublich anschwärzen würden. Glauben Sie mir das! Das würde Ihnen nicht nur ein Leben lang, sondern auch für die zukünftige Darstellung Ihrer Regierungszeit nachhängen. Das würde ich Ihnen nicht wünschen!

Zur direkten Demokratie. Wir wissen, dass die Südtiroler Volkspartei einen Gesetzentwurf ausarbeitet, der sich an das bayrische Modell halten will. Wir haben in der Tagung, die die Bewegung für direkte Demokratie abgehalten hat, von den Schwächen dieses Modells gehört, weil ein Referent, der sich ein Leben lang damit befasst hat, ganz klar die Schwachstellen desselben aufgezeigt hat.

Zum Landesgesetz zur Einwanderung. Wir, die "Süd-Tiroler Freiheit", haben bereits vor zwei Jahren anhand konkreter statistischer Daten und auch anhand von Analysen Ihres eigenen Amtes, die wir wirklich frei von niederen Instinkten verglichen haben, unsere Schlüsse daraus gezogen. Ich glaube, das war auch sehr wichtig. Ich will nicht behaupten, dass man nicht auch die Stimmen der Opposition hört, man braucht es auch nicht offen zuzugeben oder gar zu loben, aber es gibt die politischen Auseinandersetzungen und die jeweiligen Standpunkte. Es ist wichtig, dass man sich gegenseitig ernst nimmt, wenn man das Beste für unser Land und für unsere Bevölkerung will.

Ich komme nun zu den fünf Prioritäten für diesen Haushalt. Zum Ersten geht es um die Reform der Oberschule. Zweite Priorität ist die Stärkung der Wirtschaft. Die dritte Priorität ist Chancengleichheit, Nahversorgung. Die vierte ist Energieversorgung und die fünfte Priorität ist Erreichbarkeit und Verkehr, alles was damit zusammenhängt.

Zuerst zur Reform der Oberschule. Frau Landesrätin Kasslatter Mur ist nicht da, deswegen werde ich die Fragen in diesem Zusammenhang stellen, wenn wir zur Artikeldebatte kommen. Herr Landeshauptmann, Sie sind in diesem Bereich sehr ehrlich und es gibt hier einen sehr interessanten Gedanken und der zieht sich tatsächlich durch die Debatte über die Oberschulenreform. Sie schreiben auf Seite 2: "Unzufriedenheit allerorten bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern". "Es ist ein gutes Zeichen" sagen Sie, "wenn alle Seiten gleichermaßen aufjaulen, dann haben wir entweder alles falsch gemacht und das eingangs gezeichnete Bild Südtirols widerspricht dem ganz offensichtlich oder wir haben sehr vieles richtig gemacht, indem wir nämlich die notwendigen Kürzungen und Umverteilungen ausgewogen vorgenommen haben". Umgesetzt heißt das: Wenn alle aus ihren Löchern kommen und aufjaulen, dann ist das ein Zeichen dafür, dass wir es eigentlich gut gemacht haben, indem wir überall "drüberfahren" oder kürzen, und dann muss ja jemand entscheiden. Natürlich ist es taktisch und strategisch genial, dafür zu sorgen, dass es zuerst einmal sehr viel Unsicherheit gibt, denn gerade im Bereich der Oberschulreform hat man viel Unsicherheit mit den verschiedenen Projekten gestreut. Natürlich gibt es dann einen Aufschrei von allen Seiten. Keiner hat etwas Genaueres gewusst, alle müssen mutmaßen und rechnen sofort mit dem Schlimmsten. Dann sagt die Landesregierung: "Wenn alle klagen, dann muss ja einer entscheiden, und das sind wir, weil wir die Verantwortungsträger sind. Die anderen können darüber sprechen, aber wir müssen entscheiden". Strategisch perfekt, Herr Landeshauptmann! Vielleicht würden wir es gleich machen. Ich bin heute eigentlich froh, dass wir beide, Sven Knoll und ich, als einzige dem Gesetzentwurf zur Oberschulreform nicht zugestimmt haben, weil wir jetzt im Nachhinein Recht bekommen. Ich habe im Haushaltsgesetz vergebens studiert und geschaut, ob die Oberschulreform enthalten ist. Es ist nicht drin, außer etwas, was das Personal anbelangt. Sie sprechen im Zusammenhang mit der Oberschulreform über Ausschreibung der neuen Direktorenstellen und dergleichen. Das braucht es sicher alles, aber gerade im Zusammenhang mit dieser Reform der Oberstufe zeigt sich, dass das an den Italienern vorbeigeht. Diese kürzen kaum Personal, sie haben viel mehr Personal als das deutsche Schulamt. Im Verhältnis ist das ganz unverständlich. Ich werde darauf noch später kommen, weil ich in einer Anfrage eine entsprechende Facharbeit anfordere, in der das genau analysiert wird. Sie machen es "all'italiana". Natürlich, die Gesetze sind "all'italiana" gemacht für die italienische Mentalität. Wir schreiben 150 % hinein, damit 50 % herauskommen. Wir mit unserer deutschen gründlichen Denkweise - Hans Heiss, es ist jetzt nicht als Chauvinismus zu verstehen, aber es gibt wirklich einen Unterschied in der Mentalität - sagen wir mit unserer deutschen Mentalität und Tiroler Bravigkeit, wir setzen die 150 % zu 100 % gleich um und kürzen, streichen weg und zentralisieren. Es wird bis zum Schluss vielleicht auch nicht zum Schaden sei, dass der Bereich Berufsbildung in den allgemeinen Bereich Schulbildung hineingenommen wird. Es wird auch nicht zum Nachteil sein, dass das pädagogische Institut

bei den Schulämtern angesiedelt wird, weil dann sehr viele Einzelgänge vermieden werden können und vielleicht der Überblick größer wird und Einsparungen erfolgen. Bis zum Schluss, das werden Sie zugeben, ist es die Notwendigkeit, Einsparungen vorzunehmen.

Zur zweiten Priorität, der Stärkung der Wirtschaft. Herr Landeshauptmann, wir wissen alle woran das alles krankt, und ich lasse mich nicht auf die Auseinandersetzungen mit dem Unternehmerverband ein. Das ist nur ein Detail, sicherlich ein wichtiges und sie werden ihre Gründe haben, die wir nicht alle kennen. Aber wenn es darum geht, dann spielt die fehlende Steuer- und Finanzhoheit die erste Rolle. Wir können anstreben was wir wollen, wir haben diese Hoheit nicht und wenn Sie an anderer Stelle hier von den Vorteilen des Steuerföderalismus sprechen, dann ist das sehr relativ. Der Steuerföderalismus bedeutet nicht Finanzhoheit. Der Steuerföderalismus bedeutet, dass der Staat die Linien vorgibt und das Land sich daran zu halten hat. Die Linien des Staates sind so messerscharf, dass das Land auf seinen Spielraum im Steuer- und Finanzbereich verzichten muss, um die Leute nicht noch mehr zu belasten. Man siehe sich die Diskussion um die IRPEF-Zusatzsteuer an. Das Land kann diese Spielräume nicht oder nur in sehr geringem Ausmaß wahrnehmen. Das ist die Wahrheit. Die Steuerbelastung ist durch die Grundgesetze des Staates so groß, dass das Land auf seine Möglichkeiten verzichten muss, wenn es die Bürger nicht noch mehr treffen will. Das ist der sogenannte hochheilige, vielgepriesene Steuerföderalismus! Das ist aber etwas ganz anderes als Steuerhoheit und Steuergerechtigkeit, wo es um das Steuerfindungsrecht ginge, beispielsweise dass das Land selbst bestimmt, welche Steuern es einhebt und wie die Steuern ausgegeben werden. Auch da hat das Land wenig Spielraum. Natürlich muss die Verwaltung aufrecht erhalten werden. Dass heuer mehr Geld in die Investitionen geflossen ist, das haben wir positiv vermerkt, aber Sie sehen es selber, wir brauchen nur den Artikel 12 des Haushaltsgesetzes zu lesen, da sind die Ausgaben ganz klar aufgelistet. Diese Art von Steuerföderalismus ist Steuerdiktatur! Da haben Sie auf dem Papier die Möglichkeit, den IRPEF-Zuschlag, die KFZ-Steuer, die Tourismusabgabe, die Hundesteuer usw. festzulegen, aber auf die allergrößten Möglichkeiten müssen Sie verzichten. Wir sehen es immer wieder. Die Wirtschaft jammert auch darüber, dass ihnen der Staat kaum Spielräume lässt. Sie sehen es ja richtig, jetzt bei der IRPEF-Steuer geht es darum, wer im Lande belastet wird. Wenn wir dann hören, dass die Banken belastet werden, dann ist das nichts anderes als eine Umwegfinanzierung, eine Umwegsteuer, weil die Banken es immer auf die Kunden abwälzen. Herr Landeshauptmann, was das anbelangt, ist es eine sehr schwache Meldung. Es ist eigentlich nur ein Etikett, in Wirklichkeit ist es keine autonomiepolitische Errungenschaft.

Die dritte Wirtschaftspriorität, die Chancengleichheit zwischen Peripherie und Zentrum, ist eine wichtige Maßnahme, vor allem wenn es um die Dienstleistungen vor Ort geht und um die Nahversorgung. Ich habe Sie auch immer gelobt, Sie als Luis Durnwalder, der immer ein Auge darauf geworfen hat, dass die Bergregionen nicht entvölkert werden, dass es nicht diese Landflucht gibt, wie wir sie aus dem Nordtiroler Raum, nicht in dem Maße wie in Bayern, aber ganz konkret in der Nachbarprovinz Trentino kennen. Wer dort im Fersental oder anderen Berggebieten unterwegs ist, sieht die aufgelassenen Dörfer. Das ist ein Bild des Jammers, wie der Wind die Türen und Fensterläden auf- und zuschlägt, die Häuser, die immer mehr zusammenbrechen. Da bestärken wir Sie und sind bereit zu helfen, alles was wir tun können auch zu tun, auch in der Gesetzgebung mitzuhelfen. Das ist wichtig und das haben Sie und Ihre Vorgänger richtig gemacht. Wir müssen das ganz offen zugeben, es war die richtige Politik, die Bergbauern zu halten, ihnen auch eine Straße vors Haus zu bauen. Das hat funktioniert! Dass dafür Geld ausgegeben worden ist, war gut und richtig. Damit hängt auch noch vieles anderes zusammen, da geht es um Identität, auch um Natur- und Landschaftsschutz, in diesem Zusammenhang auch um den größten Faktor, den Tourismus, denn wenn wir uns um diesen Reichtum selber schmälern, dann werden wir zu Recht vor den nächsten Generationen sehr schlecht dastehen.

Vierte Priorität ist die klinische Reform, im Zusammenhang mit der Chancengleichheit. Das ist wichtig. Sie haben in Zusammenhang mit dem Krankenhaus Sterzing gesagt, die Grundversorgung bleibt und die Neuro-Reha wird dazukommen, sodass es ein Zentrum wird. Das wäre sehr in Ordnung, zumal der große Südtiroler Salturari bestätigt hat, dass es dazu ein Krankenhaus mit ärztlicher Grundversorgung braucht und dass die Kapazität vorhanden ist. Im Falle von Innichen, Herr Landeshauptmann, sind die Aussagen positiv, aber die Hintergründe sind sehr schwach. Wenn Sie sagen, die Grundversorgung bleibt und die notwendigen Operationen werden durchgeführt, aber genau dort, wo es um Krebs, um die Onkologie geht, um die Krebsoperationen geht, ist der Schwachpunkt. In Zusammenhang mit dieser Ausrichtung in Innichen hat man für viele Operationen nicht die Kapazität und so wird dieser Zweig austrocknen. Dann ist auch die Grundversorgung nicht mehr gegeben. Das ist die große Angst von sehr vielen Menschen. Diese Gefahr ist gegeben, wahrscheinlich nicht in den nächsten fünf Jahren, aber über längere Sicht. Also, das bitte ich im Hinterkopf zu behalten, dass da vielleicht Strategien laufen, die Sie

noch nicht kennen. Das wäre auch möglich, denn Sie werden zwar sehr vieles wissen, über das Meiste den besten Überblick haben, aber es kann auch sein, dass der eine oder andere nicht alles sagt.

Die nächste Priorität, die Strompolitik. Heute war auch wieder in den Medien, vor allem in der Tageszeitung "Dolomiten", eine sehr interessante Stellungnahme dazu, dass ein Monopol immer eine Schwachstelle hat, dass eine größere, oligoforme Plattform, zusammengesetzt aus mehreren Standbeinen, aus mehreren Säulen weniger anfällig sei. Auch das sollte man bei der ganzen Diskussion beherzigen und vor allen Dingen sollte man bei der Bevölkerung nicht den Eindruck bestärken, dass es hier um geheime Machenschaften gehe, was die Gehälter der SEL-Manager anbelangt. Man hat den Eindruck, dass man hier einiges verschleiern will und dass es hier um gut-dotierte Posten geht. Wir haben immer gesagt, dass wir froh darüber sind, dass es gelungen ist, ENEL und EDISON zumindest einzuschränken. Wir haben immer gesagt, alles gehört uns, alles gehört in Südtiroler Hand. In diesem Zusammenhang habe ich nie eine Antwort bekommen, weil man es nie aufgelistet hat, wie viel Geld Südtirol damit gestohlen worden ist. Man hat jahrzehntelang unsere Wasserkraft regelrecht ausgebeutet. Unsere Leute mussten Thermozuschlag zahlen. Die Großbetriebe in der Lombardei und andernorts haben immer unseren Strom benutzt, wobei sich die SEL-EDISON an unserer Wasserkraft dumm und duseelig verdient hat. Deshalb ist es gut und recht, dass jetzt zumindest ein Teil in Landeshand ist. Alles stünde dem Land zu! Bei einer anderen Politik, Herr Landeshauptmann, wäre auch das keine Frage. Dazu komme ich aber noch.

Die letzte Priorität, die Erreichbarkeit, und in diesem Zusammenhang der Verkehr, die Debatte um den Flughafen, wozu ich nur eines sagen will. Die einfachen Leute draußen sagen: "Sie können den Flughafen schon haben, aber sie sollen ihn dann privat finanzieren. Diejenigen, die ihn unbedingt wollen, sollen ihn selber finanzieren. Wenn sie sich den Flughafen selber finanzieren, dann wird es uns nicht so sehr stören." Das Wahlergebnis im Jahre 1998 deutet auch darauf hin, dass der eigentliche Kerngedanke bei vielen Wählern der war, dass der Flughafen Steuergelder verschlingt. Für mich war es vor allem der umweltpolitische und landschaftspolitische Grund, aber bei vielen war es in erster Linie der wirtschaftliche Grund. Die Pusterer fragen sich, warum sie mitbezahlen müssen, sie fahren nach Innsbruck. Die Unterändler fragen sich auch, sie fliegen von Verona aus.

Über BBT rede ich nicht, da kennen sich andere besser aus und haben auch mehr Einblick über technische und politische Abläufe. Aber dass da nichts gesichert ist, das sehen auch wir. Herr Landeshauptmann, sind Sie wirklich überzeugt, dass das mit solchen Gesellen, wie denen von Trenitalia je funktionieren wird? Also, das sind niedere Instinkte, das ist so ziemlich das Primitivste was in der letzten Zeit passiert ist! Trenitalia ist nicht in der Lage, die Nah- und auch die Fernversorgung zu garantieren und behindert diejenigen - ÖBB, Deutsche Bahn und Nordbahn -, die effizient und erfolgreich für die Kundschaft, auch für die Südtiroler, etwas bewerkstelligt haben. Trenitalia konstruiert mit unverschämten Mitteln eine Behinderung des Regionalverkehrs und lässt die Züge nicht mehr halten. Es ist ganz klar, dass man diese Strukturen aushungert. Wollen Sie solchen Leuten in Zukunft den Bahnverkehr anvertrauen? Wir haben dazu einen Beschlussantrag eingereicht. Das, was da gelaufen ist, und die Zitterpartie ist noch nicht vorbei, ist die übliche faule Masche: "Wir machen es nicht so arg, wie wir es verkündet haben", und alle sind froh. Gott sei Dank! So läuft es in der Politik. Vor lauter Tagespolitik sind wir immer wieder mit den Einbrüchen beschäftigt, die zunächst in der Stunde drohen, und wir kommen nicht mehr zu einem Grundweg, zu einer Vision, Herr Landeshauptmann. Wir haben nicht mehr die Kräfte, uns dafür einzusetzen, von diesem Schlamassel wegzukommen. Immer mehr Landsleuten geht auf - ob das die Rentner sind, die Zugfahrer, die Pendler oder die Lehrer -, immer mehr geht ihnen auf, dass man das Grundproblem angehen muss. Das Grundproblem ist einfach die Zugehörigkeit zu diesem Staat Italien. Das sagen ja eure eigenen Leute auch ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht – interrompe)*

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, das bestätigt, dass Elmar Pichler Rolle aufmerksam zuhört, auch wenn man es manchmal nicht so sieht. Danke für die Aufmerksamkeit! Wir müssen also Kräfte dafür mobilisieren, Herr Landeshauptmann, dass wir dieses Hauptproblem einmal angehen. Es gibt jetzt diese Kampagne gegen uns, vor allem gegen mich. Man glaubt, wenn man meine Glaubwürdigkeit in Zweifel ziehen kann, dann kann man die ganze Bewegung "Süd-Tiroler Freiheit" in eine dubiose Ecke stellen, mit den dubiosen Geldquellen. Da gibt es keine dubiosen Geldquellen, und schon gar nicht rechtsextremistische! Ich sage es noch einmal, wer mich kennt, und Sie kennen mich seit nun mehr über 30 Jahren, der weiß, dass ich persönlich keine Ansprüche habe, sondern einen sehr, sehr einfachen Lebensstandard habe, wahrscheinlich einfacher als die meisten Bürger in Südtirol. Ich bin aber bereit, kräftemäßig und auch finanziell, alles in die Ziele, von denen ich überzeugt bin, zu investieren. Jetzt kommt diese Aktion "Versuchen wir die Klotz und die Bewegung "Süd-Tiroler Freiheit" mit kübelweiser brauner Soße zu übergießen, etwas wird schon hängen bleiben." Herr Landeshauptmann, Herr Bizzo geht

das nicht so an, da wird nichts hängen bleiben, weil nichts da ist, weil es keine Grundlage gibt. Wir stehen auf einem sehr sauberen, anständigen Fundament. Da kann man vom Weinbergweg, oder von wo auch immer, noch so viel mit der schwarzen und braunen Keule kommen oder mit der braunen Suppe. Es wird nicht gelingen, weil es diesmal zu plump war. Das war diesmal einfach zuviel des Guten. Sie haben gar keine Ahnung, wie viele Anrufe wir bekommen haben in die Richtung: Wir haben schon verstanden, was da gespielt wird. Ahrntal schreckt manche auf. Wenn die jetzt versuchen, über die Basis, von Haus zu Haus, ... Radio Scarpa. Nicht wahr, Herr Landesrat Bizzo? Das war immer schon erfolgreich, von Haustür zu Haustür. Das sind keine niederen Instinkte, Herr Landeshauptmann! Man hat jetzt begriffen, das wird jetzt gefährlich. Dazu vielleicht noch das eine und andere und das System Südtirol fühlt sich gehörig auf die Zehen getreten und es bestätigt uns in unserer Arbeit. Wir wissen, wir sind auf dem richtigen Weg. Wenn wir die Italophilie damit getroffen haben, wenn wir damit all jene getroffen haben, die aus dieser unsicheren Wirtschaftslage und politische Situation versuchen, eigenes Kapital zu schlagen, Gewinne zu machen, und wir dagegen anrennen, dann wissen wir, wir sind auf dem richtigen Weg.

Zur fünften Priorität, der Überetscher Bahn, möchte ich sagen: Herr Landeshauptmann, Sie haben so viel Geld.

Eine gute Maßnahme haben Sie heute in der Früh angekündigt, nämlich das bayrische Personensuchsystem zu erwerben, um vermisste Personen zu finden. Das finde ich sehr gut. Ich bin der Meinung, da sollten Sie wirklich das Geld investieren, wenn man bedenkt, was die Familien mitmachen, die ein abgängiges Familienmitglied haben und wochen-, monate- oder gar jahrelang nicht wissen, ob der Vater bzw. Bruder oder Sohn noch lebt. Das ist das Schlimmste überhaupt. Ein Todesfall ist schrecklich. Aber jahrelang mit dieser Ungewissheit leben müssen, nicht zu wissen wo suchen, diese Ohnmacht, da bin ich der Meinung, und ich bestärke Sie darin, dass Sie das Personensuchsystem erwerben sollten. Es gibt schreckliche Fälle und somit ist das Geld gut investiert.

Gut investiert wäre das Geld sicher auch im Fall der Überetscher Bahn. Man sollte ein effizientes Modell nehmen, das so viel als möglich Pendlern zugute kommt, denn wir wissen, der Verkehr aus dem Überetscher Gebiet wird nicht weniger, sondern mehr. Vielleicht hat sich der Trend abgeschwächt, aber wir wissen, wie viele ehemalige Bozner Bürger sich in den letzten Jahren in Eppan oder Kaltern niedergelassen haben, weil zunächst die Wohnungspreise niedriger waren. Inzwischen hat auch Eppan und Kaltern ungefähr den gleichen Quadratmeterpreis wie Bozen, aber der Pendlerverkehr wird nicht abnehmen. Er wird zumindest gleich bleiben, wenn nicht auch noch steigen.

Wir kommen nun zu den politischen Schlüssen, die Sie ziehen. Autonomie Schritt für Schritt ausbauen. Heute hat Senator Peterlini im "Morgentelefon" gesagt - wir verstehen, dass er auf Linie gebracht worden ist, so weit haben wir die Parteilogik schon verstanden - obwohl er keinen Grund hätte, diese Regierung in Rom zu schonen, aber aus dem Dunkeln heraus wolle er nichts tun - auch hier der italienische Grundtenor im Hinterkopf -, denn diese Regierung habe - wörtlich - "in sozialer und wirtschaftlicher Sicht für unsere Bevölkerung nichts getan". Herr Landeshauptmann, Sie haben jetzt Neuigkeiten angekündigt, was die Sache Nationalpark anbelangt. Dies wäre vielleicht ein kleiner wirtschaftlicher Vorteil, aber das muss der Staat ja tun, weil er selber nicht mehr imstande ist, es zu organisieren und zu zahlen. Das ist keine autonomiepolitische Errungenschaft, sondern das ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit und zwar für den Staat! Wenn Sie noch einmal zurückdenken, was an Hiobsbotschaften gekommen ist, auch die Promille-Regelung für Vereine, die große Ankündigung: Diese Regelung wollen wir zum größten Teil streichen. Dann wurde doch wieder zurückgerudert und alle in Südtirol sind wieder zufrieden. Das ist eben der Zwang in die tagespolitischen Kleinigkeiten hinein, obwohl es für die einzelnen Vereine viel ist. Gemessen an unserem politischen Hauptproblem sind das tagespolitische Einzelheiten und Kleinigkeiten. Alle in Südtirol sind froh, denn es ist nicht so arg gekommen. Ich erinnere mich, dass es vor 30 Jahren die Ankündigung gab, dass in Südtirol "mafiosi" mit neuer Identität versteckt würden. Die Bevölkerung hat, wie Sie sagen würden, aufgejault und gejammert. Dann hat man dies in Rom offiziell zurückgenommen und die Bevölkerung war froh, dass es nicht so knüppeldick gekommen ist, wie es angekündigt war. Und so zieht sich das wie ein roter Faden seit der Gewährung dieser großartigen Autonomie durch unsere Geschichte, durch die Politik. Zuerst die Ankündigungen, dann kommt es doch nicht so dick, und alle sind wieder zufrieden. Alle verwenden wieder ihre Kraft darauf, dass sie den Gesetzen des Staates gerecht werden, dass sie die Steuern pünktlich zahlen, dass sie brave Bürger sind, dass es keinen Missbrauch gibt, dass sie obrigkeitshörig sind, usw. Also vor lauter tagespolitischer Beschäftigung und Eingebundenheit hat man keine Zeit und keine Kraft mehr, sich mit dem Hauptproblem auseinanderzusetzen. Davon lebt die Südtiroler Volkspartei. Das müssen wir noch kriegen, und das auch, anstatt zu sagen, dass das im Grunde alles Nebenschauplätze sind, wenn man das eigentliche Problem vor Augen hat. Wir müssen unsere ganze Kraft darauf konzentrieren und ich wünsche mir, dass es die Jungen erleben, dass wir eine Zukunft ohne diesen Staat haben. Südtirol ist lebensfähig. Das hat uns die Handelskammer vorgerechnet. Es

wird ein Mehrparteiensystem geben, auch hier auf den Regierungsbänken. Es wird mehr Pluralismus geben, Hans Heiss, eigentlich müssten Sie der erste sein, der das unterstützt. Erst dann kann Demokratie einziehen, denn in dieser Situation, in dieser Zitterpartie mit Rom, profitiert die Volkspartei, vor allem politisch. Ja, so ist es und deswegen muss man versuchen, das zu ändern.

Die Reformen des Staates sind nicht weitergebracht worden. Herr Landeshauptmann, was soll denn bitte dieser Staat weiterbringen? Wir sollten uns viel mehr damit auseinandersetzen und natürlich würden Sie das offen nie sagen, und haben auch Recht damit, aber insgeheim und im kleineren Kreis sollten Sie sich schon darüber Gedanken machen: Wenn dieser Staat aus wirtschaftlichen, politische Gründen auseinanderbricht, sollten nicht die Südtiroler die letzten sein, die versuchen, diesen Staat zusammenzuhalten, sondern wir sollten dieses Fenster dann nützen und in der Lage sein, diese Stunde zu nützen, wenn sie kommt. Das wissen wir nicht. Wir tun alles, weil wir davon überzeugt sind, dass sie früher oder später kommen wird. Ich hoffe, dass ihr die Mühe aufwendet, euch über folgende Fragen Gedanken zu machen: Sind wir bereit? Was tun wir? Da gibt es eine ganze Reihe von Maßnahmen.

Wenn Sie so sehr die Euregio loben, und ich bin schon fast am Ende ihres politischen Berichtes, Herr Landeshauptmann, seit 15 Jahren verkünden Sie als großes Ziel die Euregio. Die Euregio hat bis heute nicht einmal so viel Gestaltungsmöglichkeit und Entscheidungskraft, dass sie in Sachen ÖBB und DB, also die leidige Zuggeschichte, ein Machtwort hat sprechen können. Ich habe hier die Aussage von Wirtschaftsprofessor Dr. Prof. Karl Socher im Zusammenhang mit der Euregio, ein angesehener Mann, der es sich nicht leisten kann, irgendwelche Unwahrheiten zu sagen, denn er hat Bücher geschrieben. Er ist heute noch Redner bei verschiedenen Tagungen, er ist Gutachter und dergleichen. Sven Knoll hatte den Vertreter der Europaregion in Bozen gefragt, was sie machen. Bei der Versammlung der Europaunion Tirol, die auch mit Nordtiroler Professoren bestückt ist, hatten wir den Vertreter der Euregio auch um einen Bericht gebeten. Zwei der wenigen konkreten Dinge, die er nannte, waren folgende: Gemeinsames Auftreten bei einer Ausstellung in Hannover und gemeinsame Entwicklungshilfe in Uganda. Das sind die beiden Aktionen, die ihre Leute der sogenannten großartigen Europaregion machen. Das ist ein Hirngespinnst! Die zwei konkreten Dinge, die die Europaregion Tirol gemacht hat, sind zwar sehr nett und ich habe nichts dagegen, aber bei der leidigen Zugsache haben sie nichts zu reden, geschweige denn, wenn es um Finanzrecht oder Steuerrecht geht. Nicht einmal was die Landschaftspolitik anbelangt. Sie haben es hier auch ganz dezidiert genannt, wie wichtig das sei, und Sie haben damit völlig recht. Nur, Herr Landeshauptmann, bitte denken Sie daran, dass Sie die Weichen stellen, auch für die Landschaftspolitik von morgen. Ich nenne hier die Projekte, in eine Zeit hinein, die von Unsicherheit geprägt ist, auch was die klimatische Situation anbelangt, Sexten oder Ried, wo Sie den Bahnhof eingeweiht haben. Großartig! Der einzige ehrliche war der Sprecher der Kronplatz AG, der sagte, dass der Bahnhof der erste Grundpfeiler für den Ausbau des Kronplatz Skigebiets sei. Das habe ich im Fernsehen gesehen. Ich habe mir gedacht, wenigstens ist er ehrlich. Alle anderen haben gesagt, man hätte es für die Perchener getan. Es hat ein tolles Buffet gegeben, natürlich zur Freude der Dorfbevölkerung. Herr Landeshauptmann, wenn Sie bei solchen Einweihungen weniger großartige Buffets geben würden, dann würden Sie viel Geld sparen, das sie dann in das Suchsystem investieren können, ohne dass deswegen etwas anderes gekürzt wird. Sie wissen, wie es bei solchen Einweihungen ist, die allermeisten kommen nicht weil sie von der Sache überzeugt sind und weil sie die Politiker loben wollen, -das tun sie zwar, weil es zum guten Ton gehört – sondern weil es gratis zu essen gibt. Für viele ist das ein Weihnachtessen. Sie waren nicht da, o.k., aber bis zum Schluss segnen Sie die Gelder ab. Sie sagen, die Gemeinden hätten gezahlt. Ja, aber die Gemeinden müssen auch sparen, sie haben sicher andere Probleme. Es gibt viele soziale Schieflagen, die man damit etwas lindern könnte.

Es gäbe noch eine ganze Reihe von Dingen, aber dazu werde ich vielleicht bei der Artikeldebatte oder bei der Debatte über die einzelnen Beschlussanträge Stellung nehmen.

Sie haben brav das Allermeiste mitgehört und das hat mich auch gefreut. Sie sagen in Ihrem Bericht, und damit meinen Sie vielleicht auch uns, "Diese einfachen Lösungen können diejenigen verkaufen, die nicht die Verantwortung haben, sie auch umsetzen zu müssen. Diejenigen, deren Aussagen dem Praxistest standhalten müssen, spielen lieber mit offenen Karten und machen keine leeren Versprechungen und müssen manchmal auch unangenehme Wahrheiten an- und aussprechen." Dieser Satz ist köstlich. So als kämen wir alle zusammen mit leeren Versprechungen daher, so als würden wir nicht mit offenen Karten spielen. Wenn jemand mit offenen Karten spielt, dann sind sicher wir es, "die Freiheitlichen" und die "Süd-Tiroler Freiheit". Deswegen kriegen wir es auf den Deckel. Das bestätigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind, nicht auf dem rechten Weg, Hans Heiss, aber auf dem richtigen Weg. Wenn wir so etwas sehen, dann wissen wir, dass das System ein bisschen Angst bekommt, dass nicht mehr alles berechenbar ist. Sie sehen, es könnte etwas wegschwimmen. Ja, und es schwimmt

so manches weg, Herr Landesrat Theiner, in vielen Bereichen. Sie sagen immer, das sind die Zünder und das ist Populismus. Das ist nicht Populismus! Schauen Sie, wie fröhlich wir sind. Das alles macht uns gar nichts aus, im Gegenteil, das bestärkt uns in unserem Tun. Wir haben einen Lebensauftrag und wir wissen, dass es uns geben muss und dass es uns in Südtirol braucht. Wir sind deswegen so unerschrocken und ehrlich, weil wir überzeugt sind und weil wir nichts zu verstecken haben. Diese Kübel und diese Keulen halten wir getrost aus. Dieses Mal war es aber zu plump und zu dick aufgetragen, als dass es die Leute ernst nehmen würden und glauben könnten.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Kollegin Klotz hat recht, ich glaube auch, dass dieses Vorgehen auf publizistischen und gerichtlichem Weg nicht sehr weit führt. Ich glaube, die politische Auseinandersetzung kann man nicht verlagern. Das bringt nichts. Das kann ich nur voll unterstreichen. Es wird eher nach hinten los gehen, muss ich sagen, obwohl ich nicht eurer Meinung bin, ganz und gar nicht, die Zielsetzung ist eine andere, aber das halte ich für den falschen Weg, das ist am Ziel vorbeigeschossen.

Nun zum Haushalt. Das Südtiroler Wochenmagazin "FF" hat letzte Woche die 50 Reichsten in Südtirol vorgestellt. Es was die Glanzparade der Millionäre jenseits der Schwelle von 50 Millionen zu lesen, Umsatz und Vermögen, der Laufsteg der Bannerträger der Südtiroler Wirtschaft. Für eine Zeitschrift sind das allemal wichtige Partner, die man als erhoffte Anzeigekunden gerne in die Vitrine stellt, in der Hoffnung auf künftige Aquisitionen von Anzeigen. Das Wochenmagazin hat mit den 50 Podesten für die Superreichen Südtirols aber auch ein Podest geschaffen, das aus meiner Sicht nachdenklich stimmt. Die Botschaft des Wochenmagazins lautet: "Seht nur, wer tüchtig ist, wer begabt ist und unternehmerisch gesinnt ist, kann es in Südtirol weit nach oben bringen," frei nach dem Motto: Den Tüchtigen stehen alle Wege offen. Nicht nur bei mir hinterlässt dieses Ranking der Tops einen zwiespältigen Eindruck. Ich sehe zum einen Persönlichkeiten, deren Weitblick, Leistung und Ethik ich hoch respektiere, ebenso ihre Nachhaltigkeitspolitik, ihre Behandlung der Mitarbeiter. Ich sehe aber auch manche darunter und einige ganz an der Spitze der 50 Schwerreichsten, bei denen sich unternehmerisches Talent untrennbar verbündet mit Cleverness, mit Schlaueigkeit, mit Durchstecherei, mit guten Beziehungen und Praktiken, die man strikt ablehnen muss. Kollegin Unterberger, ich habe von den ganzen Tops gesprochen. Persönlich bin ich weder Linker noch Kapitalistenfresser, sondern Angehöriger des Bürgerlichen Mittelstandes. Ich habe absolut keine Absicht, jemanden zu fressen. Es tut mir leid, ich bin ein Gourmet, aber kein Kannibale. Ich glaube, ich bin ein Angehöriger des Bürgerlichen Mittelstandes und vor allem des Bürgertums, einer in Südtirol nie recht beheimateten Spezies. Aber ich kenne manche Ingredienzien unternehmerischer Tätigkeit gut genug, um zu wissen, dass sie mit Leistung, Innovation und Leadership relativ wenig zu tun haben. Die Ingredienzien vieler Tops heißen Skrupellosigkeit, Lobbyismus, Vitamin B und lockerer Umgang mit gesetzlichen Normen, ebenso wie die konsequente Ablehnung einer am Gemeinwohl orientierten gesellschaftlichen Moral, die soziale Kälte als Lebensprinzip, leicht überzuckert von ein wenig Wohltätigkeit. Kurzum, das Wochenmagazin führt uns ein Leitbild vor, dem ich so nicht zustimme, nicht als Linker, der ich nicht bin, sondern als Bürger, dem die Werte einer gerechten leistungsorientierten und freien Gesellschaft aus Überzeugung viel gelten. Auf mich wirkt diese Zurschaustellung des Reichtums leicht obszön. Sie ist weit entfernt von jenem hanseatischen Understatement, das ich in Deutschland sehr schätze, das Vermögen nicht herzeigt, sondern weiß, dass damit vor allem eines verbunden ist, Verantwortung für das eigene Unternehmen, für sich selbst, aber auch für die Gesellschaft im Ganzen. Mehr noch als die 50 Reichsten in Südtirol würden mich die 50 Ärmsten in Südtirol interessieren. Wer sind jene Menschen, die auf der Skala von Geld, Vermögen und sozialem Prestige ganz zu unterst halten? Sind sie dort gelandet, weil sie besonders untüchtig waren? Waren sie geschäftsunfähig oder bildungsunwillig? Solche Menschen begegnen uns nicht auf den Titelbildern, aber dafür leibhaftig Tag für Tag. Etwa jene Frau, deren depressiver Mann sich erhängt hat, und die nun ohne Beruf mit ihren drei Kindern da steht - das sind reale Fälle -, kaum in der Lage das Begräbnis des Mannes zu bezahlen. Oder die im Dienstbotenheim lebende 350-Euro-Rentnerin, die vom Wirtschaftswunder, das sie vor 50 Jahren mit aufgebaut hat, rein gar nichts hat. Oder die moldawische Aufräumerin und Zugehfrau, die seit fünf Jahren in Südtirol undercover von Schwarzarbeit lebt, die ihre Überschüsse zwar nach Hause überweist, aber sich kaum traut, mehr als einmal im Jahr ihre Kinder zu besuchen, aus Angst davor, bei der heimlichen Wiedereinreise geschnappt zu werden. Oder der Bauarbeiter, dessen Firma in Konkurs gegangen ist, sodass sein seit 3 Monate ausständiger Lohn kaum mehr erreichbar scheint.

Ihr alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, kennt solche Fälle. Sie haben eines gemeinsam. Sie sind mehr geworden, auffallend mehr in den letzten Jahren. Nun hat der Landeshauptmann, der leider nicht hier ist, nicht diesen 50 Ärmsten, nicht den sozial Schwachen - Kollegin Mair hat darauf hingewiesen - Zweidrittel seiner Haushaltsrede gewidmet, sondern den Attacken von Unternehmerverband und Handelskammer. Das macht deutlich, dass die Angriffe Wirkung gezeigt haben und die Landesregierung sie trotz aller Dementis und Gegenangriffe sehr

wohl zur Kenntnis nimmt. Aber davon später. Bereits jetzt ist festzuhalten, es bedrückend, dass in diesem Kampf zwischen Landesregierung und Verbänden die sozialen Probleme selber aus dem Blick gerückt sind, dass die soziale Frage auf den öffentlichen Dienst verengt wird und die soziale Gesamtsituation, das Ausmaß der Schieflage aus dem Sichtfeld abgedrängt ist. Der Erfolg unseres Landeshaushaltes und der Landespolitik ermisst sich in erster Linie daran, ob sie in der Lage sind, der Armutssituation und der sozialen Schieflage in Südtirol erfolgreich zu begegnen. Die unausweichliche Kernfrage lautet: Wird es gelingen, Einkommensunterschiede in Südtirol so weit auszugleichen, dass allen im Lande ständig Lebenden auf der einen Achse ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht wird und auf der anderen Seite der Reichtum nicht ausufernd. Leider hat es nicht den Anschein, der Sockel der Armen, jener Bürgerinnen und Bürger - Kollege Pardeller kommt sicherlich noch darauf zu sprechen -, die mit weniger als der Hälfte eines mittleren Einkommens durchkommen müssen, hat sich in den letzten Jahren vergrößert, zwar nicht enorm, aber doch so weit und so zählebig, dass man inzwischen von einem Phänomen sprechen muss, das noch im Jahr 2000 in Südtirol undenkbar erschien, strukturelle Armut, Armut, die sich auf Dauer verfestigt hat und der zu entkommen vielen Betroffenen kaum möglich erscheint. Rund 15 – 20 % der Bevölkerung, 90-100.000 Leute im Klartext, leben in dieser Lage der Größe beinahe einer Größe einer Stadt wie Bozen entsprechend, aber weit unterhalb der Glanzwerte, die die Südtiroler Verhältnisse in Italien auszeichnen. Es scheint, als habe die Landesregierung bei der Armutsbekämpfung resigniert, als begnüge sie sich, einen Status quo unter Kontrolle zu halten, ohne den Versuch zu starten, ihn wirklich auszumerzen. Aber der Kampf gegen die Armut ist mit einem 5,3 Milliarden-Haushalt nicht nur möglich, sondern bitter notwendig. Nötig ist auch eines festzustellen: die Reallöhne sind seit 10 Jahren nicht mehr gestiegen, sondern leicht gesunken. Fehlende Erhöhungen und Kaufkraftschwund haben sie auf schleichende Art und Weise eingefroren und so konstant, dass diese inzwischen schon fast als ein Normalfall erscheint. Die Krise hat Fragen der Lohn- und Gehaltsentwicklung dann völlig in den Hintergrund gerückt, den Arbeitsplatzzerfall dagegen in den Mittelpunkt geschoben. Im Hinblick auf die in Südtirol bis zu 10.000 Arbeitslosen – jetzt sind wir bei 9.300 in etwa – und die sich in Mobilität befindlichen Arbeiter haben sich Fragen der Lohn- und Gehaltsentwicklung gewissermaßen von selber verboten. Die Krise ist sozusagen auch eine Lohnbremse. Nun hat die Krise mit Sicherheit ihr Ende erreicht und die Einkommen stagnieren weiter, während die Gewinnerwartungen vieler, aber längst nicht aller Branchen bereits wieder deutlich nach oben gehen. Die Unternehmen haben ihre Produktivität neu entwickelt, sie haben sich verschlankt und die Gelegenheit genutzt, die Arbeitskräfte freizusetzen. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb wir auf die völlige oder weitgehende Abschaffung des IRPEF-Zuschlages drängen. Dies wäre ein deutliches Signal dafür, dass sich Landesregierung und Landespolitik der Armut, der sozialen Schieflage und des Präkariats in vollem Umfang bewusst sind. Mit einer solchen Abschaffung, Kollege Pardeller, würde die Botschaft durchkommen, die da heißt: Wir nehmen eure Sorgen und Nöte ernst, wir setzen ein wirkungsvolles Signal der Entlastung. Es wäre auch ein Signal der Anerkennung dafür, dass es Gehalts- und Lohnempfänger sind, deren Anteil an den Einnahmen des Landes am stärksten gestiegen ist. Die Entwicklung der IRPEF, des Aufkommens aus Einkommenssteuer im Landeshaushalt spricht für sich und ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Er führt steil nach oben, während Gesellschaftssteuern nicht mitziehen, von der IRAP ganz zu schweigen. Wer also den Landeshaushalt am stärksten mitfinanziert, hätte Anrecht auf ein starkes Signal der Entlastung. Den Hauptaktionären des Landes Südtirols, seinen Bürgerinnen und Bürgern, stünde eine kleine Dividende sehr wohl zu. So aber sind die 8 Millionen Euro Verzicht auf den Zuschlag zwar ein Anfang, zugeschnitten auf unterste Einkommensschichten, aber zugleich auf Familien, die zum Teil auch gut situiert sind. Ein Anfang ja, aber keine wirklich glaubwürdige Botschaft an all jene, deren niedriges Einkommen über die IRPEF hinaus mit dem Zuschlag nochmals geschöpft wird. Dies nicht nur symbolisch. 80, 100, 120 Euro im Jahr sind für ein Nettoeinkommen von 12.000 Euro im Jahr eine spürbare Last. Bei Einkommen wie den unseren, mit über 100.000 Euro, schlägt er kaum zu Buche. Aber in den unteren Einkommensgruppen ist jeder Nadelstich sofort und ohne Federung zu spüren. Ich glaube, die Finanzierbarkeit wäre auch gegeben. Ich denke, man bräuchte kein bayrisches Suchsystem, wie es jetzt angekauft wurde, um im Haushalt die Möglichkeiten zu finden, diesen IRPEF-Zuschlag auszugleichen. Aus unserer Sicht wäre es weit zielführender, den IRPEF-Zuschlag für die oberen Einkommensbezieher ab 70.000 oder 80.000 Euro, von 0,9 auf 1,4 % anzuheben als echten Beitrag nicht nur zur Entlastung der Ärmere, sondern auch zum sozialen Ausgleich. So aber laufen wir Gefahr, dass Familien um 100, 150, 200 Euro entlastet werden, dass im Gegenzug mit der offenbar drohenden Erhöhung der Nahverkehrstarife der Beitrag wieder mühelos aus dem Sack gezogen wird. Das ist dann keine Sozialpolitik, die diesen Namen wirklich verdient, sondern ein haushaltspolitisches Hütchenspiel! Die Landespolitik müsste sich zum Ziel machen, bis 2020, Landesrat Laimer, nicht nur zu 100 % energieautark zu sein, mit Ausnahme des Verkehrs, sondern den Armutsockel auf 5 % zu reduzieren, ihn hinzuführen auf eine echte Autarkie des Wohlstandes. Welche Wege führen zu diesem Ziel? Um das Unwort des Jahres zu zitieren,

wie steht es um dessen Erreichbarkeit? Die Kernfrage lautet: Wie stärken wir die Erreichbarkeit sozial gerechterer Verhältnisse. Ich glaube, das ist wichtiger als die Erreichbarkeit Südtirols. Darauf gibt es fünf Antworten, die die Landesregierung zum Teil auch vorgibt.

Die erste Antwort lautet: Bildung. Allseits anerkannt wollen wir Aufstiegschancen und Leistungsfähigkeit gleichermaßen stärken, so ist der Beitrag der Schule enorm. Unser Schulsystem, - von dem ich lieber spreche, als von Bildungslandschaft, wie es die Landesrätin immer wieder verklickert, also diese wunderschön gezeichnete Landschaft mit den verschiedenen Hügeln und Einschnitten, - funktioniert gut dank einer Bildungspolitik, dank der Leistung der Schulgemeinschaft, aber es ist durchaus verbesserungsfähig, nicht nur wegen der Pisa-Ergebnisse, sondern weil die Integrationsfähigkeit von Schule zunehmend gefordert ist, weil Lehrerinnen und Lehrer eine wachsenden Spannweite unterschiedlicher Schüler auf Kurs halten müssen. Die Unterschiede liegen in der sozialen und kulturellen Herkunft und ihr Ausgleich erfordert nicht allein Ressourcen, sondern mehr denn je den vollen Einsatz aller Lehrkräfte, die entschiedene und umfassende Verantwortung der Direktionen, eine Bereitschaft zur Umstellung, die im Schulbereich deutlich wachsen muss. Die Probleme von Schülern aus Migrantenfamilien - Kollegin Mair hat hier sehr eindringlich berichtet – aus bildungsfernen Gruppen lassen sich weder aussitzen noch abschieben, sondern sind als enorme Herausforderung anzunehmen. Die Problemzonen liegen hier nicht in der Oberschule, die jetzt reformiert worden ist, sondern in der Grund- und Mittelschule und auch in den Berufsschulen, die nicht zum bevorzugten Auffangbecken für Schwierige, für Dropouts, absinken dürfen, während sich in anderen Schulen, vorab in den privaten, nur eine überschaubare, auch komfortable Zahl von Problemfällen sammelt. Der Bildungsauftrag von Schule ist umfassend und muss engagierte Elternarbeit und Ganztagsunterricht einbeziehen. Die Schule wird die Sprachkompetenz in mehreren Sprachen zu stärken haben. Die mehrsprachige Schule ist längst kein Popans mehr, Frau Kollegin Klotz, sondern Realität, in italienischen Schulen allemal und vermehrt auch in den deutschsprachigen, Gemeinderat Staffler zum Trotz.

Die zweite Antwort lautet: Umbau unserer Wirtschaft. Die wichtigste Wirtschaftsförderung ist die Exportfähigkeit unserer Unternehmen ins Ausland und in den italienischen Binnenmarkt - wir haben gehört, dass die Werte deutlich gestiegen sind – durch Produkt- und Prozessinnovation, worauf Kollege Thinkhauser in seinem Minderheitenbericht hinweist, und vor allem durch systematische Vergrößerung der Betriebe. Bis 2020 müsste der Weg vom Zwergwuchs unserer Betriebe zu einer verstärkten mittelständischen Dimension gebahnt sein von den überwiegend 1-5 Mann oder Frau-Betrieben hin zu einem Mittel von 20-30 Beschäftigten. Erst so sind Forschung und Exportstärke halbwegs möglich, erst so entsteht eine hinreichende Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen, nicht aber mit der Fortdauer unseres Bonsai-Kapitalismus. Wir gehen künftig keiner Arbeitslosigkeit entgegen, sondern vielmehr, wegen der demografischen Überalterung bis 2020, einem raschen Arbeitskräftemangel, der uns ins Haus steht. Daher muss der Umbau in Richtung Vergrößerung des Unternehmen, Requalifikation führen, aber auch zu einer neuen Gewichtung der Sektoren. Das bedeutet aus meiner Sicht auch, dass die Rolle des Tourismus künftig auf dem Prüfstand steht. Das sage ich, obwohl ich selber in dem Sektor stehe. Die Frage lautet: Ist der Erfolg des Tourismus ein unendlicher Selbstläufer oder sollten nicht besser andere Sektoren verstärkt neu aufgestellt werden? Wollen wir wie Nordtirol 42.000.000 Nächtigungen erzielen, um uns dann trotzdem in Krisensymptomen wie Überschuldung wiederzufinden? Oder sollte sich Südtirol nicht besser mit 30 Millionen Nächtigungen begnügen und dafür andere Sektoren stärken? Südtirol ist nicht Nordtirol, Kollege Knoll. Unserem Tourismus würde es gut tun, nicht weiter quantitativ zu wachsen, sondern die Betriebe zu stärken, Leitbetrieb aufzubauen und Arbeitskräfte zu sparen und auch die Landschaft zu schonen, worauf bereits Kollegin Klotz hingewiesen hat. Südtirols Wirtschaft zöge aus 10 neuen High-Tec-Unternehmen mit 200, 300, 500 Arbeitsplätzen in jeder Hinsicht größere Vorteile als aus 10.000 neuen Betten, die jetzt mit Tourismusentwicklungskonzepten aus dem Boden gestampft werden, die langfristig mit Sicherheit erhebliche Probleme verursachen werden.

Die dritte Position zur Stärkung von Wirtschaft, aber auch der Einkommen liegt in einer Requalifikation der öffentlichen Verwaltung, nicht in ihrem Kahlschlag. Die brutalen Attacken der Wirtschaftsverbänden und der Handelskammer gehen am Ziel vorbei, haben aber in einem Recht: Reformen sind überfällig, aber nicht in der sogenannten Verschlingung, sondern im sorgfältigen Umbau bis 2020. Im Mittelpunkt dazu stünden die Umgestaltung der Arbeitsabläufe und der Führungsebenen. Das halte ich immer für ganz zentral. Neue Arbeitsabläufe bedeuten weniger falsche Vorgänge, folglich weniger Bürokratie. Eine andere Abwicklung von Genehmigungs- und Subventionsverfahren, die allesamt schon in der Schublade liegen, vor allem weniger kleine und überflüssige Subventionen. Hierzu liegen viele auch umsetzbare Rezepte bereits vor. Die Folge wäre dann ein sanfter Turnover, der schmerzlose Verzicht, Kollege Pardeller, auf ausscheidende Mitarbeiter. Aber der grassierende und personalintensive Subventionsschummel wird auch von der Wirtschaft selber gefordert. Kollege Thinkhauser hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass er auch von der Mehrheitspolitik gefördert werde, die sich dadurch neue Abhängig-

keiten schaffe. Nicht der Rückbau der öffentlichen Verwaltung ist das primäre Ziel, sondern die Einflussminderung des Landes, die Befreiung von Abhängigkeiten und die Freisetzung von Energien. Hierin liegt die wichtigste erneuerbare Energie für die Zukunft Südtirols, in einer Stärkung von Eigenständigkeit und Initiativkraft, von mehr Solidarität anstelle von Korporativismus und Lobbyismus. Im Hinblick auf die Mitarbeiter der Landesverwaltung gilt mit besonderem Nachdruck festzuhalten: Die Sicherheit der öffentlichen Arbeitsplätze ist ein sozialer Damm gegen das Präkariat, gegen neue Arbeitsverhältnisse wie Zeit- oder Leiharbeit, und vor allem ist der öffentliche Dienst eine Chance für Frauen, die in diesem Bereich eine Sicherheit finden, die sie durch Mütter- Väter- und Erziehungszeiten, durch eine angemessene Teilzeit verdienen. Sie ist auch ein Stachel im Fleisch der Privatwirtschaft und bildet einen Anreiz für die Unternehmen Ähnliches zu schaffen. Gerade deswegen ist die Aggression gegen den öffentlichen Dienst zum Teil auch in dieser Hinsicht erklärbar, nicht nur gegen die Bürokratie, sondern auch weil hier ein soziales Modell vorliegt, das stabil ist, das jene Sicherheit schafft, die sich in vielen Feldern der Wirtschaft zunehmend verliert. Wichtig ist der öffentliche Dienst auch als Ausgleich ethnischer Spannung zwischen den Sprachgruppen. Denn in keinem anderen Sektor arbeiten die Sprachgruppen in ähnlicher Weise konstant und oft auch sehr gut zusammen, aber unter der Bedingung, dass die Führungskräfte auf der Höhe der Zeit sind, dass sie kostenbewusst, teamtauglich und entscheidungsorientiert arbeiten, dass auch im öffentlichen Dienst Missbrauch von Sozialleistungen, von Extraprämien vermieden wird und Privilegien einzelner Kategorien kontrolliert werden. Ich denke etwa an Freiberuflerzulagen, die doch eine Schieflage schaffen und die sehr viel Missmut stiften. Daher ist auch der Revisionsdienst, den die Kollegen Schuler und Nogger einfordern, kein Folterinstrument von SVP-Dissidenten, sondern ein notwendiger Beitrag zur Selbstkontrolle des Landes.

Die vierte Position zur Begradigung liegt in der Umschichtung des Landeshaushaltes, auch hier nicht in der massiven Verschiebung der Haushaltskapitel, sondern in der sorgsam Kostenkontrolle, die nach wie vor nicht gewährleistet ist und oft im Argen liegt, wenn etwa Baukosten explodieren, wenn sich Straßenvorhaben wie die Pustertaler Straße oder die Meraner Umfahrung gleich um Dutzende von Millionen verteuern, wenn für den Verbrennungsofen plötzlich um 20 % mehr Geld "verbrannt" wird, wenn der Aufwand für Bauteninstandhaltung unzumutbare und unvorhergesehene Höhen erreicht, wie etwa für die Landhausfassade gegenüber, allein 4,4 Millionen Euro für eine eben erst zehn Jahre alte Fassade. Dann ist etwas faul in Südtirol. Denken wir aber auch an die SEL-Darlehen, Kollege Pichler Rolle, die das Land und damit die Steuerzahler alljährlich zu bedienen haben. Für sie werden in den kommenden fünf Jahren allein 100 Millionen Euro fällig sein. All dies sind Lecks, die ungleich stärker zu Buche schlagen als der Anstieg der Personalkosten, der Humanressourcen, wie es im Haushaltsbericht so schön heißt. Personalkosten, für die jetzt an der Schwelle zu 2011 noch immer der Tarifvertrag von 2009 aussteht, weil um eine Erhöhung von 1,2 – 1,5, % gefeilscht werden muss. Diese Einbremsung der Personalkosten auf sehr niedrigem Niveau halte ich für einen Skandal. Gegen die Fehlsteuerungen im Landeshaushalt, gegen die Kostenexplosion in manchen Bereichen schlagen Ausgaben für das Wohngeld in relativ geringem Ausmaß zu Buche. Mit einer Reform des Wohngeldes kann man einverstanden sein, aber nur dann, wenn diese Reform nicht den Ärmsten und den Migranten den Boden unter den Füßen wegzieht. Nicht sie bohren die Löcher in den Landeshaushalt, vielmehr liegen die Steueraufkommen der Migranten und die Sozialabgaben weit über dem, was sich Migranten aus der Sozialpolitik zurückholen. Ganz abgesehen davon, dass Migranten einen Niedriglohnssektor bereitstellen und ihre Billigarbeit eine Form der Wirtschaftsförderung darstellt, die viele Unternehmen bereitwillig für sich in Anspruch nehmen. Das muss man betonen. Wenn es auch nur 10.000 Arbeitskräfte mit Migrationsgrund sind, für die pro Kopf und Jahr 1.200 bis 1.500 Euro gegenüber den Tariflöhnen eingespart wird, so lässt sich daraus spielend ein Einsparungseffekt von 15 bis 20 Millionen pro Jahr für die Wirtschaft errechnen. Wahrscheinlich liegt die Quote auf der doppelten Höhe. Den vielen Unternehmern, die ihre Steuerlast aktuell zwar widerwillig und stöhnend, aber korrekt abliefern, stehen jene Steuerhinterzieher gegenüber, die systematisch Steuern und Abgaben ausweichen. Denken wir nur an den im Sommer bekannt gewordenen Fall, bei dem Dutzende von Baufirmen die MwSt. nicht nur nicht entrichtet haben, sondern sie über Scheinrechnungen für sich eingestrichen haben. Letzte Woche war ein Fall eines Bauunternehmers in Brixen in der "Tageszeitung" nachzulesen, Kollege Egger, der im wahrsten Sinne des Wortes seine Fliesen zu Gold machte und locker Scheinrechnung in Höhe von 2,5 Millionen Euro ausgestellt hat. Das wird achselzuckend quittiert als das Kavaliersdelikt eines schneidigen Maseratifahrers, der er offenbar war. Ein Aufschrei war hierbei kaum zu vernehmen, obwohl die hinterzogene Steuer eines Einzelnen exakt 440.000 Euro ausmachte. Das sind Mittel, falls sie hinterzogen werden, die dem Landeshaushalt wirklich fehlen. Es sind Vampirangriffe von wirklichen Sozialschmarotzern, aber in dieser Hinsicht gibt es kaum Proteste, sondern es wird hingenommen, während die gewiss vorhandene Kriminalität unter den Migrantengruppen, Kollegin Mair hat darauf hingewiesen, mit Pauken und Trompeten durch die Presse geht. Die wahren Attacken auf das Sozialsystem kommen von einer ganz anderen Seite!

Fünfter Punkt. Der Landeshauptmann, und die Kollegin Klotz hat darauf hingewiesen, hat in seiner Haushaltsrede den notwendigen Ausgleich von Zentrum und Peripherie in den Mittelpunkt gestellt, also eine Grundlinie der Entwicklungspolitik. Diesem Urteil ist vollauf zuzustimmen. Die Stärke Südtirols und seiner Politik ist es, dass den Landgemeinden Entwicklungsperspektiven eröffnet wurden, die in vielen Hochtälern der Westalpen, aber auch der Nachbarregionen nicht im Entferntesten offen gestanden sind, Dörfern mit wohl funktionierenden und ausgestatteten Schulen, öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsverbindungen und einem aktiven Gemeinschaftsleben, das mit kultureller Förderung rechnen kann. Sie sind alle Glanzpunkte Südtirols, ein erfreulicher Ausdruck seiner Lebensform und der Identität seiner Bewohner. Die Zielrichtung der Entwicklungsförderung kann man nur bejahen, aber leider haben, anders als viele Gemeinden in der sogenannten Peripherie, die meisten Städte und Gemeinden mit Mittelpunktfunktion mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Für die Fülle an Aufgaben, die sie im letzten Jahrzehnt übernehmen mussten, stehen keine ausreichenden Mittel mehr bereit. Ein Großteil der Gemeindeverschuldung in der Höhe von einer Milliarde Euro lastet auf den Kommunen von 5.000 Einwohnern aufwärts. An der Spitze, Kollege Egger, liegt Sterzing. Es ist nicht deine Verantwortung, aber leider Gottes ist es so. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist am höchsten in dieser großen Mittelgemeinde. Aber auch in Meran, Leifers, Lana, Brixen, Eppan und Kaltern. Auf diese 10 Gemeinden konzentrieren sich etwa 400 Millionen Euro des angehäuften Schuldenbergs von 1,2 Millionen Euro. Das muss man sorgfältig zur Kenntnis nehmen. Diese Schuldenentwicklung liegt - Kollege Schuler hat es so genug auseinander gelegt - nur zum Teil an der Schwerfälligkeit ihrer Verwaltung, an manchen Missmanagement, sondern vor allem an Investitionsaltlasten der Vergangenheit, die mit Darlehen der Depositenbank abgezahlt werden und für die dann wieder der Landestopf herhalten muss, allerdings nicht um neue Investitionen zu ermöglichen, sondern um diese Schulden abzuführen. Das sind ein Teil der Gründe für die Verschuldung, aber die wichtigsten liegen in der Fülle neuer Dienstleistungen und Aufgaben, die diese größeren Zentren in den letzten Jahren und Jahrzehnten übernommen haben. In ihnen konzentrieren sich nämlich ein Großteil der sozialen Probleme des Landes. In ihnen leben die meisten älteren Menschen, sie beherbergen die meisten Zuwanderer, sie konzentrieren sich wesentlich auf die Städte, sie haben zugleich mit knappen Haushaltsmitteln zu knabbern, bedienen die höchsten Schulden und erheben, umgekehrt, die höchsten Gebühren und Abgaben im Bereich Wasser und Entsorgung ein. Umgekehrt spült ihnen, abgesehen von Bozen, Meran, Bruneck oder Sterzing, die Wasserkraft nicht jenes Geld in die Kassen und verbirgt nicht jene Stromniedrigtarife, auf die die meisten kleinen Gemeinden bauen können. Also, diese Schieflage zeichnet sich mit der neuen Energiepolitik und mit dem neuen Energiekurs der letzten Jahre ganz deutlich ab: Kleinere Gemeinden profitieren durchwegs, größere Gemeinden kommen stark unter Druck, auch aufgrund der Energiesituation. Hier ein Beispiel. Meiner Heimatgemeinde Brixen wurde 1940, das ist bekannt, die bis dahin vorhandene eigene Stromproduktion durch die Stauseen in Mühlbach und in Franzensfeste abgedreht. Bis 1983 zahlte die ENEL noch einen gewissen Ausgleich, der aber dann ersatzlos gestrichen wurde. Seitdem sitzt Brixen als Altproduzent auf dem Trockenen, hat auch keine entsprechenden Wasserläufe, hat ein bisschen Fernwärme, ein bisschen Kraftwärmekoppelung, in der Eigenproduktion von Strom befindet es sich auf Platz 113 in Südtirol. Das ist gewiss ein krasses Beispiel, das aber auch für andere Gemeinden steht, denen gleichfalls der Stromkuchen zu hoch hängt. Es ist nicht in Ordnung, dass an Gemeinden in der Talsohle der Segen vorbeizieht, während kleinere Landgemeinden selbstbewusst Energieautarkie anpeilen können oder sie schon realisiert haben. Man gönnt es ihnen gewiss, aber die Schieflage, die entsteht, im Vergleich zu anderen Gemeinden, die ist sehr markant und ausgeprägt. In kleinen Gemeinden sparen sich die Bürger, denken wir an Prad oder an bestimmte Gemeinden im Passeiertal, hunderte von Euro an Energiekosten ein. Hinzu kommen noch die billigere Lebenshaltung, der günstigere Wohnraum, niedrige Gebührenlast und preiswerte Energieversorgung. Diese Situation schafft auf die Dauer chronische Ungleichgewichte in Südtirol. Hier wäre dringend ein Ausgleich zu schaffen, auch über den Landeshaushalt, auch über die Gemeindefinanzierung, um die Mittel gerechter zuzuteilen. Man muss es immer betonen, und die Kollegen aus den Gemeinden weisen darauf hin, dass das Land leicht schuldenfrei sein kann, wenn der Darlehensbedarf in die Peripherie ausgelagert wird, wenn die Gemeinden den Buckelkorb zu tragen haben. Das ist eine elegante Funktion der Kostenwahrheit, der Externalisierung von Kosten, wie man im Verkehr sagt. Genau aus diesem Grund empören sich jetzt auch viele Bürgerinnen und Bürger über das, was zwischen SEL und Etschwerken abläuft. Der Versuch der SEL sich die Kraftwerke der großen Gemeinden der Etschwerke zu holen, wurde nicht aus der Sicht vieler Bürger als Heimholung verstanden, sondern als Raub an den eigenen Ressourcen. Auch jene, die vom Energiegeschäft wenig verstehen, darunter möchte ich mich auch rechnen, begreifen genau, dass damit ihren Städten nicht nur Millionen Beträge zu entgehen drohen, dass nicht nur finanzielle Einbußen drohen, sondern dass damit langfristig auch ein wesentliches Stück an Autonomie und Selbststeuerung verloren geht. Das ist das eigentliche, was viele Bürgerinnen und Bürger empfinden.

Versuchen wir nun abschließend eine Gesamtbewertung des Haushalts zu geben. Es ist insgesamt kein schlecht disponierter Entwurf - die Einnahmen sind gestiegen, trotz der IRAP-Abschläge -, der den Unternehmern auch dieses Jahr mit einem Minus von ca. 90 Millionen im Vergleich zu 2009 entgegenkommt. Die Steuerquellen fließen konstant und steigern sich 2010 noch weiter. Das Mailänder Abkommen von 2009 zeigt Wirkung. Sicherungen und die Bremsen gegenüber der staatlichen Einsparungspflicht sind voll funktionsfähig und stabil. Während andere italienische Regionen oder deutsche Bundesländer einen hohen Länderfinanzausgleich zu zahlen haben, ist Südtirol weitgehend frei von solchen Pflichten. Mehr noch, die staatlichen Aufgaben, die das Land zum Ausgleich übernimmt, entwickeln für Südtirol positive Umwegeffekte, so etwa der Bau des neuen Gefängnisses, der sicher mit weit über 100 Millionen Euro zu Buche schlagen wird - wir haben das Beispiel von Trient vor Augen, wo jetzt über Weihnachten das neue Gefängnis bezogen werden soll -, die sicher vom Land zu bezahlen sein werden, aber nicht dem Staat selber zufließen, sondern vor allem hiesigen Grundbesitzern - man muss die Grundbuchauszüge noch genau studieren - und heimischen Baufirmen. Auch die Übernahme der Post wird primär dem Land selbst zugute kommen. Die finanziellen Vorteile des Mailänder Abkommens und des Rückflusses liegen also auch auf der Hand. Sie zeigen aber auch einen weniger erfreulichen Nebeneffekt. Sie fördern zuerst die Mentalität von Südtirol, sie verweigern den Gesamtstaat und seinen Bürgern jede positive Solidarität. Dafür gibt es historisch und autonomiepolitisch sicher gute Gründe und ein Großteil des Landes lebt gut davon, wir eingeschlossen, aber es ist auch ein Förderungsprogramm für regionalen Egoismus. Es ist ein Teil der Enge dieses Landes, das sich systematisch von größeren Zusammenhängen abgrenzt, nicht nur gegenüber Italien. Es ist ein Gendefekt der Autonomie, dass sie größere Solidarität nach allen Richtungen hin verweigert, sei es von der Entwicklungshilfe bis hin zur Teilhabe am Gesamtstaat. Finanziell sind wir längst schon nicht mehr Italien, liebe Kollegen der Süd-Tiroler Freiheit, sondern ein Freistaat. Um so wichtiger wäre, und darin stimme ich euch bei, eine Steuerhoheit, die im Lande selber verwaltet wird, die die Eigenverantwortung für den Mitteleinsatz erhöht. Wenn nicht mehr staatliche Steuernormen gelten, sondern die eigenen, wenn die Steuerbehörden nicht mehr graue Finanzier der bösen Staatsmacht sind, sondern eigene Beamte, dann wird auch die Haushaltsgebarung, dann wird auch die Wertschätzung der Mittel wachsen, dann wächst auch die Aufmerksamkeit für die Verwaltung und der Verwendung der Mittel. Dann würden auch die kleineren und mittleren Steuerzahler sich verstärkt und immer mehr fragen, warum der Anteil der Einkommenssteuer am Gesamtsteueraufkommen immer wächst, wer dafür verantwortlich ist, und wie man das ändern könnte. Also wäre die Steuerhoheit eine gute Kontrolle.

Zu den Ausgaben den Landeshaushaltes. Hier sehen wir wichtige durchaus auch positive Korrekturen, deutliche Einsparungen bei Bauten für Landesdienste, etwa mit einem Minus von gut 20 Millionen Euro, starke Abstriche bei Kläranlagen und Abfallentsorgung im Bereich von 25 Millionen. Das will heißen, dass hier Wachstumsgrenzen erreicht sind, dass substantiell eingespart wird, weniger verbaut und weniger verschwendet wird. Dies gilt auch für die bislang verwöhnten Hochschuleinrichtungen, von der EURAC über die Uni, denen mit einem 5 % Minus von knapp 4 Millionen Minus sozusagen die Rute ins Fenster gestellt wird. Das finde ich gut. Wir sehen aber auch gestrichene Positionen, die Sorgen machen. Sätze 10,5 Millionen weniger beim Einheitsfonds der Wohnpolitik. Das heißt nichts anderes, als dass die Förderungsansuchen deutlich eingebrochen sind. Wir vermerken umgekehrt und gleichfalls mit Sorge, dass der Bereich von Sozialdiensten und öffentlicher Vorsorge um insgesamt 176 Millionen Euro deutlich zunimmt, auch wenn hier ein Teil der Pflege eingerechnet ist, zeigen sich die sozialen Netze hier stark angespannt. Ein wahrer Kraftakt zeigt sich im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs - das führt auch dazu, dass Landesrat Widmann selten im Saal ist, weil er ständig engagiert ist - der Personennahverkehr, der sich mit einem Plus von 31 Millionen Euro als der große Gewinner des Haushaltes 2011 präsentiert. Aber wenn es nicht gelingt, trotz dieses Mitteleinsatzes die Verkehrsteilnehmer aus den Autos und von der Straße zu holen, wenn Züge und Busse auf gewissen Strecken, Kollege Tinkhauser, halb leer durch die Gegend fahren, dann ist der ganze Kraftakt leider umsonst. Wenn sich das Mobilitätsverhalten insgesamt nicht grundlegend ändert, wenn nicht der entschiedene Umstieg kommt, dann sind dies der Mittel zuviel, so grün wir sind und so sehr wir den öffentlichen Personennahverkehr lieben. Wir wollen hoffen, Herr Landeshauptmann, dass sich die angekündigten Tarifierhöhungen des öffentlichen Personennahverkehrs in Grenzen halten. Wenn sie, wie man das öfters hört und wie es auch vom WIFO errechnet wurde, um ein Fünffaches ansteigen, dann müssen die Alarmglocken wirklich läuten. Wenn Sie aber die bisher günstigen Tarife vorsichtig korrigieren, gestaffelt nach der Zahl der von den Passagieren gefahrenen Kilometern, sodass Vielfahrer gut davonkommen, dann kann man einer Erhöhung durchaus zustimmen. Der eigentliche Gewinner des Haushaltes ist nun mal die SEL, deren Zinslasten und Annuitäten in Höhe von 23,289 Million Euro der Landeshaushalt klaglos übernimmt. Wir werden sehen, dass diese Darlehen in den nächsten Jahren noch steigen werden. Wir können nur hoffen, dass die Steuerzahler damit nicht einen landeseigenen Multi füttern, Kollege Noggler, der sein sündteures Eigenleben führt, ohne dass in ab-

sehbarer Zeit ein angemessener Rückfluss stattfindet. Das ist die allgemeine und große Befürchtung, trotz der in Aussicht gestellten 380 Millionen Euro Umweltinvestitionen. Was darunter zu verstehen ist, wird man erst noch sehen.

Weiter auf der Ausgabenseite ist der leichte Anstieg bei den Mitarbeitern der Landesverwaltung und im Bildungsbereich, 22,5 Millionen auf eine gute Milliarde, ein leichtes Plus. Das relativiert sich dann, wenn man bedenkt, dass in den kommenden Jahren kaum mehr Zuschläge bei den Gehältern stattfinden werden, zugleich ein personeller Rückbau, wie es so schön heißt, einsetzt und, umso wichtiger, die Verwaltungsreform, die die Abteilungen und Ämter neu bündelt und zusammenfasst, stattfindet. Im Finanzgesetz ist das im Bereich Bildung durchgeführt, aber als Insellösung. Führungskräfte sind neu zu qualifizieren und es muss gezielte Umstellungen geben. Dann kann bei sanftem Sinken des Personalstandes ein Leistungsschub der Dienste stattfinden, ein intelligenter Umbau, anders als es die Wirtschaft fordert. In dieser grundlegenden Neuaufstellung der Landesverwaltung liegt eine der wichtigsten Herausforderungen der Landespolitik für die kommenden Jahre. Diese Generalreform ist insofern schon ernst zu nehmen.

Die andere und größere Herausforderung, und ich komme langsam zum Schluss, wird lauten, wie wir die Zukunft der Autonomie gestalten wollen, mit wem und wie wir in diesem Land leben wollen. Wir können vieles andere schaffen in Südtirol, wir können den Übergang zu einer innovativen und einer ressourcenschonenden Wirtschaft bewältigen. Wir können unser Bildungssystem auf hohem Stand halten und weiterentwickeln, wir können vielleicht sogar dem Raubbau der Landschaft und dem Terror individueller Mobilität Zügel anlegen und der für 2010 angekündigte LEROP wäre ein erster wichtiger Schritt hierzu. Abschließend verhehle ich aber nicht meine tiefe Sorge darüber, wie wenig geschätzt die eigentliche Grundlage unserer Politik und Gesellschaft ist, die Autonomie. Sie wird auf patriotischer Seite betrachtet, liebe Kollegen der Süd-Tiroler Freiheit, als eine Antwort von gestern. Sie wird als mickrige Vorstufe gesehen für die Selbstbestimmung, für die Sezession oder für den Freistaat. Das kann man verstehen, das ist eure Position. Aber die Autonomie wird auch auf der Seite der Mehrheitspartei immer nur als Zwischenstufe betrachtet, als Zwischenschritt, um immer mehr heraus- oder heimzuholen, sozusagen als Provisorium auf Dauer, das zwar großteils funktioniert, aber insgesamt wenig geliebt ist, eine Art von Bancomat, dem man immer noch etwas abpressen kann, neue Zuständigkeiten, neue Aufgaben, neue Ressourcen. Aber beide Perspektiven, die der Patrioten, die Perspektive des "Los von", und die Perspektive der Mehrheitspartei, die noch mehr Perspektive auf die Autonomie legt, verkennen den grundlegenden Wert der Autonomie. Die Autonomie ist ein Friedensinstrument, welches die außerordentliche Leistung vollbracht hat, Ausgleich zu schaffen in einer Region, in der durch die Teilung Tirols historisches Unrecht verübt wurde, in der Konflikte und Gegensätze zwischen Sprachgruppen, zwischen Minderheit und Staat auf vielen Ebenen unüberwindlich schienen. Und es ist die Leistung der Autonomie und ihrer Schöpfer, deren Wichtigste heuer von uns gegangen sind, dass sie einen Ausgleich geschaffen hat zwischen Staat und Minderheit, dass sie Frieden zwischen den Sprachgruppen gestiftet hat und Grundlagen für einen beachtlichen, wenn nicht einen enormen, sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand bereitet hat. Die Autonomie hat auch historisches Unrecht gesühnt und dieses Land in einen Status gehoben, der ihm zwar nicht die Einheit mit dem abgetrennten Vaterland zurückgegeben, aber eine weitreichende, noch vielfach unausgeschöpfte Freiheit des Handelns ermöglicht hat. Diese Handlungsfreiheit muss auch künftig die Grundlage der Autonomie bilden. Es braucht eine Handlungsfreiheit gegenüber den zentralstaatlichen Vorgaben, Kollege Pichler Rolle, gegen den Zugriff der Regierungen, aber auch die Freiheit nach innen bzw. die Freiheit der einzelnen Teilhaber an dieser Autonomie. Die Spielräume der Sprachgruppen, der Lokalkörperschaften wie der Gemeinden, Herr Landeshauptmann, müssen deutlich wachsen, ebenso wie die Freiheiten der Bürger und der sozialen Gruppen. Aktuell halten die Landesregierung, der Landeshauptmann und die Mehrheitspartei nicht allzu viel von dieser Freiheit, die allen gehört. Ziel der Autonomie muss es sein, anstelle der alten, historischen Einheit die Freiheit mehr denn je erneut zu stärken und die Autonomie als Handlungsstärke der Akteure neu zu denken. Wenn dieses hohe Maß an Freiheit im Rahmen der Autonomie realisiert werden kann, dann ist dies mehr wert als Sezession und Selbstbestimmung. Davon bin ich überzeugt! Beides sind hehre Ziele, keine Frage, aber im 21. Jahrhundert, Kollegin Klotz, in einem demokratischen Europa nicht erstrebenswert. Es ist bestimmt nicht verboten, über Grenzverschiebungen nachzudenken. Ein Grund, der dagegen spricht, ist, dass das künftige Zusammenleben mit der italienischen Sprachgruppe, so sie noch im Lande verbliebe, dauernd vergiftet wäre. Sie wäre in einem neuen freistaatlichen Kontext eine kleine, eingeschüchterte und auch hoch aggressive Minderheit, sozusagen die Palästinenser der Alpen.

ABGEORDNETE: *(unterbrechen - interrompono)*

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Das ist nicht die Logik! Die Autonomie ist nicht Italien, verdammt noch einmal! Nicht nur für uns Grüne ist ein offenes, gedeihliches Zusammenleben mit anderen Sprachgruppen und Kulturen ein hohes Gut bzw. ein enormer Mehrwert. Der kulturelle Reichtum der Sprachnachbarn und deren Lebensform sind keine Zumutung, sondern ein neues Tor zur Welt, zu uns selbst. Wir brauchen die Sicherheit der eigenen Identität, die warme Nestwärme des Eigenen, aber ebenso die ständige Öffnung der eigenen Identität durch das Dasein der anderen. Das wäre in einem Freistaat nicht mehr gegeben. Außerdem wäre in einer Freistaatslösung die Enge des Landes, Kollege Stocker, die bereits jetzt auf Schritt und Tritt spürbar ist, weitgehend gesteigert und unerträglich. Es wäre ein Land, das nur aus sich selber herausleben würde, mit der täglich gesungenen Nationalhymne "Südtirol zuerst" und, in ständiger Abgrenzung nach allen Seiten, mit dem Kirchturm zur Nation erhoben. Es wäre sozusagen die "Verschweizerung" auf Bonsai-Format. Diese Szenarien wünsche ich mir nicht, und leider greifen sie in einem wachsenden Teil der Bevölkerung. Es wäre dringend zu wünschen, wenn die Mehrheitspartei darauf endlich einmal angemessen kontern würde, nicht mit "Dolomiten-Kampagnen" oder Gerichtsverfahren, sondern auf politischem Wege. Es genügt auch nicht, auf neue Zuständigkeiten der Autonomie zu verweisen, Herr Landeshauptmann. Auch der Verweis auf die Segnungen des "Mailänder Abkommens" genügt nicht. Das wird inzwischen ja beinahe wie das "Pariser Abkommen" des 21. Jahrhunderts gehandelt, mit einem anderen Magnago am Regie-Pult, wenn man so will. Dieses Buchhalter-Verständnis der Autonomie bzw. dieser Begriff der Autonomie als einer ständigen Kubaturerweiterung verfängt sich aber nicht mehr bei vielen Jugendlichen. Das ist eindeutig festzustellen. Die Jugendlichen wünschen sich für dieses Land einen tieferen Sinn, eine Zielrichtung, die über die Alltagsgeschäfte hinausweist. Daher braucht die Autonomie neue Visionen, die auf ihren eigentlichen Prinzipien gründen: auf Frieden, auf Freiheit und auf ausgleichende Gerechtigkeit. Ich persönlich empfinde sehr viel Zuneigung zum Norden des Landes, aber die Prinzipien Frieden, Freiheit und ausgleichende Gerechtigkeit können dies kompensieren. Der Frieden ist bis dato stabil, aber die Freiheit im Inneren ist noch stärker auszubauen, ebenso die Gerechtigkeit, für deren Mängel dieser Landeshaushalt steht. Es wird die Aufgabe aller, vor allem aber der politischen Mehrheit, sein, die Autonomie nicht nur als Geschäft bzw. als ständigen Bazar neuer Zuständigkeiten zu verkaufen, sondern als Öffnung auf Europa hin, als eine neue Form von Frieden und Freiheit jenseits der Nationalstaaten, aber doch eingebettet in einen größeren Zusammenhang. Das ist jenes Südtirol, an das ich glaube, von dem ich überzeugt bin und für das es sich auch einzustehen lohnt!

PRESIDENTE: Interrompiamo la seduta fino alle ore 15.00.

ORE 12.54 UHR

ORE 15.04 UHR

Namensaufruf – Appello nominale

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Dieter Steger

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Im Rahmen der Generaldebatte zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 79/10 und 80/10 gebe ich das Wort dem Abgeordneten Pardeller, bitte.

PARDELLER (SVP): Die heurige Haushaltsrede des Landeshauptmannes fällt in eine Zeit, in der in unserem Land fast jede Initiative und jede Leistung in der Luft zerrissen wird, weil die Kritik, die Ablehnung und die Vorverurteilung vor allem der verantwortlichen Politik zur Lieblingsbeschäftigung einer zum Teil übersatteten und selbstgefälligen Gesellschaft geworden sind. Es darf wohl auch einmal, im Kontrast zur herrschenden Praxis, ein lobendes Wort über wirkliche Leistungen und Errungenschaften gesagt werden.

Dies hat der Landeshauptmann in seinem programmatischen Haushaltsbericht auch getan, und ich finde, er hat damit richtig gehandelt. Die Dinge realpolitisch darzulegen, gehört zur Pflicht einer verantwortlichen Politik. In unserer Südtiroler Situation, wo es immer häufiger den Anschein hat, als wäre nur mehr Kritik und nicht auch eine objektive Darstellung und Information der wirklichen Sachverhalte gerechtfertigt, ist eine Klärung dringend erforderlich.

Der Bericht des Landeshauptmannes bietet ein umfassendes Bild der Lage, so wie sie die Landesregierung beurteilt, weist aber auch einige Stellen und Bereiche auf, die, aus meiner Sicht – in erster Linie ist es die soziale Sicht –, einer Ergänzung und Präzisierung bedürfen. Die soziale Thematik - ich bezeichne sie auch als soziale Problematik - darf sich nicht außerhalb der Politik abspielen. Man hat aber in letzter Zeit vermehrt den Eindruck, dass genau dies geschieht.

Unsere Gesellschaft hat sich von einer Politik gelebter Sozialpartnerschaft zu einer Politik der Gruppenegoismen, der Rücksichtslosigkeit und des Eigennutzes weg entwickelt. Dabei kommt, wie immer, die Arbeiterschaft als schwächster Teil der Gemeinschaft, was die Vertretung der Rechte, den Einfluss auf die Politik, die Selbstdarstellung angeht, unter die Räder. Aus diesen Überlegungen heraus kann ich es mir nicht nehmen lassen, auf einige spezielle Aspekte der sozialen Realität einzugehen.

Die Steuerfrage. Der Landeshauptmann führt in seinem Bericht an, dass mit der Steuerpolitik und Zuständigkeit des Landes neue Steuern nicht eingeführt wurden, obwohl Südtirol dazu die Befugnis hätte. Dass auf Arbeitgeberseite die IRAP-Steuer gesenkt wurde und auf Arbeitnehmerseite eine IRPEF-Steuersenkung in Aussicht gestellt wird, ist richtig, was dies aber, aus meiner Sicht, die Arbeiterschaft angeht, ist noch nicht ausreichend. Denn die Steuerprogression hat in den letzten Jahren die Einkommen der Lohnabhängigen derart brutal in die Zange genommen, dass die Existenzgrundlage Tausender von Familien auch in unserem Land in Frage gestellt worden ist. Dies erscheint mir umso unverständlicher, weil 90 Prozent der Steuern aus den abhängigen Einkommen in die Landeskassen fließen. Und das ist ein Haufen Geld.

Leider stimmt es mit dem vom Landeshauptmann aufgezeigten "Parallelismus" nicht ganz, das heißt überhaupt nicht, denn die Steuervergünstigungen bzw. Steuerreduzierungen für die Unternehmen sind in etwa zehnmal so hoch wie jene für die Arbeiter und Angestellten. Da stimmt etwas nicht, es sei denn, unsere Politik denkt, dass die Arbeitgeber zehnmal so wichtig sind wie die Arbeitnehmer.

Hier braucht es in Zukunft ein Umdenken und eine Neuorientierung. Der Grund dafür ist einfach und einleuchtend: Heute ist das Durchschnittseinkommen der Lohnabhängigen, was die Kaufkraft angeht, derart geschrumpft, dass damit die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten nicht mehr bestritten werden können, ganz zu schweigen von Wohnung, Hausbau, ausreichender Altersabsicherung, effektive Voraussetzungen für die Gründung einer Familie und einer entsprechenden Lebensplanung.

Ich sage noch eines: Wenn unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik so weiter macht, dann wird die Zuwanderung unweigerlich zunehmen, denn wenn das Einkommen unserer jungen Menschen oder auch die erforderliche Sicherung der Arbeitsplätze nicht ausreicht, dann werden immer weniger junge Menschen bereit sein, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. In unserer demographischen Entwicklung wird sich eine Lücke auftun, die mit Zuwanderung geschlossen werden muss. Dafür wird schon unsere Wirtschaft sorgen, die sich heute um die Zukunftschancen unserer Jugend viel zu wenig, umso mehr aber um die eigenen Gewinne kümmert. Hier ist ein radikales Umdenken gefragt.

Das neue Wahlgesetz. Unter den vier wichtigsten Gesetzesmaßnahmen, die der Landeshauptmann für das kommende Jahr zur Behandlung und Verabschiedung angesetzt hat, erscheinen mir, aus meiner politischen und sozialen Sichtweise, zwei von besonderer Bedeutung: Das Wahlgesetz und das Gesetz zur Einwanderung.

Ich bin absolut dafür, dass wir ehestens ein neues Wahlgesetz in Angriff nehmen. Dies sind wir uns selbst, aber letztlich auch jenen schuldig, die im spezifischen Fall durch dieses Wahlgesetz ein vermeintlich sicheres demokratisches Grundrecht, das passive Wahlrecht, im Nachhinein verloren haben. Das geltende Wahlgesetz hat, auch wegen der missverständlichen Fassung einzelner darin enthaltener Bestimmungen, gegenüber mehreren gewählten Landtagsabgeordneten zu einer "Sensenmann-Politik" geführt, die von einigen politischen Seiten aus genüsslich betrieben wurde. Diese Politik hat die öffentliche Meinung stark verunsichert und ihr Ansehen insgesamt sicher nicht gefördert.

Dazu möchte ich generell erklären, dass der Landtag und alle darin vertretenen politischen Kräfte sich bewusst werden sollten, dass sie mit selbsterstörerischen Aktivitäten und Kampagnen, die von der Sensationspresse geradezu liebevoll gepflegt und angeheizt werden, letztlich nichts anderes erreichen, als die Politik lächerlich zu machen, zu untergraben und damit auch eine Basis des zivilen Zusammenlebens, wie sie durch die gewählten Gremien garantiert werden sollte, zu schwächen oder gar zu zerstören.

Da wir als Landtag letztendlich die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln, können die Wählerinnen und Wähler folgerichtig davon ausgehen, dass die gewählte Volksvertretung entweder ihre Aufgabe schlecht wahrnimmt oder das Spiegelbild einer Gesellschaft ist, die den Trieb der Selbsterniedrigung, um nicht zu sagen der Selbsterstörung, in sich trägt. Ich nenne dies "Sensenmann-Politik".

Das Einwanderungsgesetz. Ebenso dringlich von Nöten ist das Einwanderungsgesetz. Wir können uns als Gemeinschaft den Auswirkungen der Einwanderung nicht weiter entziehen. Bisher war es weitgehend so, dass die Wirtschaft die Einwanderer für das Gastgewerbe, für die Industrie, für die Landwirtschaft, für den Sozialbereich herbeigeht und sie des Übrigen getrost der Allgemeinheit überlassen hat, was die sozialpolitischen Aspekte, nämlich Wohnung, Gesundheitswesen, soziale Fürsorge, Familienförderung, Familienzusammenführung anbelangt. So leicht dürfen jene, welche die Einwanderung brauchen und wollen, nicht weiter ihre Verantwortung missachten.

Die Einwanderung ist sicherlich ein Problem, das uns alle angeht, und die öffentliche Hand ist diesbezüglich gefragt, weil sie die Verpflichtung hat, mit allen Kräften und gemeinsam mit allen verantwortlichen Einrichtungen unserer Gesellschaft, dafür Sorge zu tragen, dass Fremdenfeindlichkeit, Hass, Emotionalität, Sozialneid und Rassismus keinen Platz haben. Das heißt, dass sich alle Südtirolerinnen und Südtiroler auf die Grundwerte der Menschlichkeit, der Menschenrechte, der Menschenwürde, der Solidarität rückbesinnen sollten. Es darf nicht sein, dass radikale Gruppierungen, wie es in den letzten Jahren der Fall war, politisches Terrain erobern, weil sie sich um die genannten Grundwerte nicht im Geringsten scheren. Das soll gesagt sein. Es ist einfach unwürdig, wenn jene, die aus dem Fremdenhass ihr politisches Kapital gezogen haben, jetzt hergehen und so tun, als ob es niemand gewesen wäre.

Das Problem der Einwanderung lösen wir nicht mit Emotionen, sondern mit Vernunft und Weitsicht. Die Forderung an die Einwanderer, eine Sprachprüfung abzulegen, um die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung zu erhalten, mag als eine strenge Maßnahme erscheinen, aber sie ist angebracht, denn sie ist vor allem zukunftsweisend für die Entwicklung unserer eigenen, sowohl der wirtschaftlich-sozialen als auch der kulturellen Verpflichtung, und – über allem – des Friedens.

Ich stehe voll und ganz hinter dieser Absicht der Politik, auch eine Prüfung in deutscher Sprache für die Einwanderer einzuführen. Dies kann sich für uns morgen zu einer existentiellen Frage auswirken, denn die Sprache wird für die kommenden Generationen, also für die jungen Menschen, ausschlaggebend für ihre Entscheidung sein, welchem Sprach- und Kulturkreis sie sich bei uns zugehörig fühlen werden. Sie werden früher oder später Wählerinnen und Wähler sein und werden die Größe der Sprachgruppen beeinflussen. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass sie zumindest die Chance der Wahl haben.

Neben dem kulturellen und ethnischen Aspekt verbleiben die sozialen Grundprobleme: Die Wohnung, der Zugang zu den öffentlichen sozialen Leistungen, die Schulfrage, auch die Frage der gerechten Entlohnung. Es darf nicht sein, dass die Zuwanderer schlechter und womöglich – was leider auch der Fall ist – schwarz bezahlt werden, weil diese den Arbeitgebern mehr Gewinn einbringt. Auf diese Weise wird ein Ungleichgewicht geschaffen, das sich zum Nachteil unserer einheimischen (jungen) Bevölkerung auswirkt.

Wohnung. Es heißt, dass tausend Wohnungen für den Mittelstand gebaut werden. Dies ist schön und gut, aber so, wie es gesagt und geplant ist, reicht es nicht. Meine Frage ist: Woher kommt das Geld für diese Wohnungen? Wenn es, wie mir scheint, von den Mitteln des Sozialwohnbauprogrammes weggenommen wird, dann stellt dies sicher keine Lösung des Gesamtproblems dar, denn es liegt darin, dass mehr Geld für den Wohnbau insgesamt ausgewiesen werden muss. Nur so kann die Notlage beseitigt werden.

Aber das ist es nicht allein. Die Wohnung ist ein Grundanliegen der Gesellschaft. Die Wohnung muss wirtschaftlich erschwinglich sein. Ihre Kosten, ihr Preis und natürlich auch das Ausmaß der abgestuften Förderung müssen in einem gesunden Verhältnis zum Einkommen der Bevölkerung stehen. Es nützt nichts, Wohnungen bauen zu wollen, wenn die Kostenrelation nicht stimmt, denn bei uns in Südtirol stimmt sie nicht mehr.

Der Grund dafür ist ebenso einfach wie einleuchtend: Die Einkommen, vor allem jene der unteren Einkommensschichten, reichen längst nicht mehr aus, um ein normales Leben führen zu können. "Normal" heißt in meinen Augen: Das Familieneinkommen muss ausreichen für Wohnung, Lebenshaltungskosten, Bildung, Gesundheit, Freizeit. Die Wohnung steht neben der Arbeit an erster Stelle, und sie ist das Objekt, das heute im Durchschnittseinkommen der lohnabhängigen Bevölkerung am wenigsten Platz hat.

Ein Hauptgrund dafür liegt in den, ich sage es einmal so, unverschämten hohen Grundpreisen und Baukosten. Wenn die Wirtschaft und die Politik oder alle beide nicht in der Lage sind, der Gemeinschaft Grundpreise und Baukosten zu garantieren, die in einem gesunden Verhältnis zum Einkommen stehen und wenn die Gemeinden nicht in der Lage sind, Bauland auszuweisen, das für die Familien der Arbeiter und Angestellten, der jungen Menschen, die eine Familie gründen und Kinder haben wollen, und es den Familien, in denen nur ein Mitglied berufstätig ist, auch erschwinglich ist, dann kann sich die Politik dafür noch so sehr einsetzen, aber es wird zu keiner wirklichen Lösung des Problems kommen.

Was muss die Politik tun? Sie muss die Wirtschaft, im Besonderen die Bauwirtschaft dazu bewegen, den bisher betriebenen Kurs der Spekulation sein zu lassen. Sie muss mit aller Macht dafür eintreten, dass Baugrundpreise und Baukosten wieder "normal" werden, sie muss die Gemeinden anhalten, eine neue Wohnbaupolitik zu betreiben, in der weder die Spekulation noch der Ausverkauf der Heimat einen Platz haben. Nur wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt werden, besteht eine konkrete Chance.

Die Sozialpartnerschaft. Die Wirtschaft befindet sich wieder, auch in Südtirol, im Aufschwung, und das freut mich. Ich habe aber davon, ehrlich gesagt, auf Arbeitnehmerseite noch nichts bemerkt, im Gegenteil. Die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird eher schwieriger als besser und dies ist schnell erklärt. Während die Lebenshaltungskosten steigen und sich die Wirtschaft mit ihrer "Preisdynamik" an die aktuelle Lage anpasst, stagnieren Löhne und Gehälter. Die öffentliche Hand geht auf staatlicher und lokaler Ebene mit schlechtem Beispiel voran. Sie hat einen Lohn- und Gehaltsstopp bei den öffentlichen Angestellten eingeführt und die Privatwirtschaft nimmt dies zum Vorwand und macht dasselbe.

Die Sozialpartnerschaft, dieses viele Jahre erprobte Mittel des gerechten Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Mitwirken der Politik, steckt in einer tiefen Krise. Die Arbeitgeber schauen heute fast ausschließlich auf sich selbst und erteilen allen anderen Lehren, wie man es machen muss. Dies erleben wir in Südtirol derzeit sehr lebendig.

Es gibt heute keine nennenswerte Abstimmung zwischen den Sozialpartnern mehr. Die Wirtschaft nutzt die Gunst der Stunde, die darin besteht, dass sich die institutionellen Vertretungen der Arbeiterschaft allgemein in einer Lage der Schwäche befinden, und die Wirtschaft deshalb freie Hand hat.

Der Mensch ist in den Hintergrund getreten, er hat der Gewinnmaximierung, dem globalen Liberalismus, dem Gruppenegoismus Platz machen müssen. Das Schlimme daran ist, dass die öffentliche Hand diese Entwicklung mit ihrer Förderungs politik auch noch unterstützt bzw. unterstützen muss, weil sie von den potenten Wirtschaftslobbys dazu gedrängt, um nicht zu sagen gezwungen wird - siehe weltweite Finanz- und Bankenkrise.

Es ist ein offener Mangel an sozialpartnerschaftlicher Solidarität, wenn die Wirtschaft und ihre institutionellen Vertretungen daher kommen und bei jeder Gelegenheit von der Kanzel herab die Bürokratie, den mangelnden Sparsinn und alle in ihren Augen bestehenden Fehler ankreiden, und gleichzeitig von der öffentlichen Hand weiterhin alle vorstellbaren Unterstützungen fordern, um selber "wirtschaften" zu können mit den Steuergeldern der Lohnabhängigen, denen sie ohne weiteres Gehaltserhöhungen vorenthalten und mit denen sie nicht zum Teilen bereit sind.

Zwei Voraussetzungen fehlen heute unserer Gesellschaft: Die Bereitschaft, mehr in den Menschen als in die Sachwerte zu investieren, und die Bereitschaft zum Teilen, denn beides ist für eine gerechte und solidarische Gesellschaft unerlässlich. Die Herren und Damen der Wirtschaft sollten sich, bevor sie den mahnenden Finger erheben, darauf besinnen, dass ihre Haltung gesamtgesellschaftlich in keiner Weise mehr zu rechtfertigen ist. Und die öffentliche Hand – das sage ich offen – sollte dazu übergehen, von der Wirtschaft zu wirtschaften, ohne Zuschüsse zu fordern, sich nicht mit Kritiken überhäufen zu lassen und gleichzeitig weiterhin in die aufgehobene Hand Steuergelder zu schütten. Solche Widersprüche müssen beseitigt werden, denn sie dürften in der heutigen Form keine Zukunft haben. Wir wollen keine Sozialpartnerschaft auf dem Papier, sondern eine Sozialpartnerschaft der Tat, eine gelebte Sozialpartnerschaft.

Die Ausbildung. Das Ergebnis der letzten PISA-Studie ist für Südtirol zwar nicht niederschmetternd, auf jeden Fall aber ernüchternd. Es ist besonders für jene Teile der Gesellschaft – das sind in erster Linie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –, für welche eine gute Bildung eine Lebensversicherung ist, besorgniserregend. Kinder aus den weniger begüterten Schichten können sich keine teuren Studienaufenthalte im Ausland leisten. Deshalb bestehe ich darauf, dass das Bildungsangebot möglichst umfassend und von möglichst hoher Qualität ist, dass es erschwinglich sein muss und dass die dafür verantwortliche öffentliche Hand keinen Einsatz und keine Mittel scheuen darf, um den Kindern unserer gesamten Bevölkerung dieselben Bildungschancen zu sichern.

Ich sage dies auch in Hinblick auf die Schulreform, die von unseren Landesräten mit viel Einsatz vorangebracht wird. Auch hier sollte ein nicht zu nebensächlicher Gedanke darauf verwendet werden, sicherzustellen, dass die Reform besonders auch auf jene Rücksicht nimmt, die von Reformen fast immer am meisten betroffen werden und sich am wenigsten dagegen wehren können: Die Arbeiterschaft. Eine gute Bildungsreform ist die, die den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft die optimalen Bildungschancen einräumt und sie damit in der Tat für ihr Leben absichert, weil gute Ausbildung eine Garantie für gute Arbeitsplätze, für gutes, sicheres und nachhaltiges Einkommen ist.

Forschung und Entwicklung gehören auch dazu, und hier habe ich ein sozial gemeintes Wort zu sagen. Forschung und Entwicklung müssen für Große und Kleine gleichermaßen verfügbar sein. Die öffentliche Hand, die

dies zum wesentlichen Teil finanziert, muss darauf achten, dass die entsprechenden Gelder nicht von den Großen aufgebraucht werden und die Kleinen auf der Strecke bleiben, denn der innovative, von Forschung unterstützte Arbeitsplatz ist ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger für die Kleinen.

Energie. Kaum einmal nahm die Energiefrage in unserer öffentlichen Diskussion einen so wichtigen Platz ein wie heute. Seit es gelungen ist, auf der Grundlage der Autonomie die einheimische Wasserkraft wieder unter einheimische Kontrolle zu bringen, sind Neid und Unzufriedenheit an der Tagesordnung. Ich darf sagen, dass auf Orts- und Bezirksebene Egoisten und große Kapitalinteressen da sind, die dem Volk zugedachte Energie abzweigen wollen. Sie wollen diese Energie durch ihren Standortvorteil zu ihren eigenen Preisen, das heißt, wenn es darum geht, umsonst oder fast alles umsonst zu haben.

Ich bin der Auffassung, dass die wertvolle Ressource Energie einen gerechten Preis haben muss, damit Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen werden können und diese Ressourcen auch für die Zukunft gesichert sind. Die teuerste Energie ist sicher jene, die nichts kostet. Es muss ein wirtschaftlich und sozial verträglicher Preis sein, umso mehr, wenn die Energie Erträge bringt, welche zur Deckung der Erfordernisse der gesamten Wirtschaft und nicht zum Vorteil einiger Gruppen dienen können. Unsere Wasserkraft und darüber hinaus alle Quellen der erneuerbaren Energie müssen im Interesse der gesamten Bevölkerung eingesetzt werden. Sie dürfen weder kirchurtpolitischen noch privaten Unternehmerinteressen geopfert werden. Das darf die Gemeinschaft nicht zulassen, und unsere Landesregierung sollte sich bewusst sein, was sie in der Hand hat und welche große Verantwortung sie mit der Energie übernommen hat. Ich sage es einfach und klar: Die Energie gehört uns allen.

Das Land soll die Erschließung von neuen, sauberen, erneuerbaren Energiequellen – Wasser, Biomasse, Sonne, Fotovoltaik, Wind, Geothermie, Wasserstoff – systematisch fördern, dies schafft viele Arbeitsplätze, und das sind die Grundlagen für zukünftige Energieeigenständigkeit und wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand.

Demokratie und Freiheit. Zum Schluss möchte ich noch einige Gedanken zur Demokratie und zu unseren Grundfreiheiten zum Ausdruck bringen. Eine Demokratie ist wirklich eine solche, wenn es den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Kräften gibt. Die Demokratie ist in Gefahr, wenn eine Seite stärker, die andere Seite schwächer ist. Dies gilt auch im Verhältnis zwischen den Sozialpartnern.

Dasselbe gilt im Verhältnis zwischen den Mehr- und den Weniger-Habenden. Es muss auch in den Beziehungen zwischen jenen gelten, welche die Informationsgesellschaft mit ihren Medien kontrollieren und jenen, die diesen Medien ausgeliefert sind, und dies ist in den zwischenmenschlichen Beziehungen genauso.

Überall ist ein Ausgleich notwendig. Wo die eine Seite zu stark wird, läuft die Schwächere Gefahr, unterdrückt zu werden. Und wo dies der Fall ist, kommt die Demokratie ins Schwanken. Wir in Südtirol befinden uns in einer Situation, in der die Gesellschaft immer mehr zerstritten und aufgesplittert wird, in der die Mächtigen immer mächtiger werden und die Bezugspunkte einer echt demokratischen Gemeinschaft insgesamt zu verschwimmen drohen.

Als vom Volk gewählte Mandatäre haben wir die Aufgabe, wachsam zu sein. Sonst könnte es eines Tages in vielerlei Hinsicht – wirtschaftlich, politisch, sozial, kulturell – ein böses Erwachen geben.

PÖDER (UFS): Herr Präsident! Ich möchte mich zuerst zum Fortgang der Arbeiten zu Wort melden.

PRÄSIDENT: Bitteschön!

PÖDER (UFS): Ich ersuche Sie mit der Landesregierung abzuklären, ob wir den Gebarungsplan ausgehändigt bekommen. Mir ist klar, dass der Landtag den Gebarungsplan nicht mehr beschließt. Wir haben ihn aber, nach einigem Drängen, letztes Jahr bekommen. Es wäre für die Artikeldebatte und für die Debatte zu den Grundeinheiten wichtig, wenn wir ihn in der Hand hätten. Meines Wissens wird der Gebarungsplan im Trentino automatisch ausgehändigt, auch wenn, wie gesagt, der Landtag nicht mehr ihn, sondern nur die Grundeinheiten zu genehmigen hat. Ich bitte Sie gegebenenfalls mit der Landesregierung zu klären, ob wir bis zur Artikeldebatte den Gebarungsplan ausgehändigt bekommen.

PRÄSIDENT: Das Wort hat Landesrat Bizzo, bitte.

BIZZO (Assessore al bilancio e finanze, al lavoro, allo sviluppo cooperativo, all'innovazione e all'informatica – Partito Democratico/Demokratische Partei): Il piano di gestione è uno strumento che non è più previsto nelle strutture contabili, né all'interno dell'amministrazione né tanto meno all'interno del Consiglio. Gli stessi uffici non lo utilizzano più, perché superato dalla normativa.

PÖDER (UFS): Wir haben gerade den Beitrag des Kollegen Pardeller gehört, dessen Ausführungen zu einem beachtlichen Teil auch durchaus nachvollziehbar sind, weil sie das wiedergeben haben, was von Teilen der Opposition immer wieder vorgebracht wird, nämlich die Tatsache, dass es eine Gerechtigkeitslücke gibt, da die Haushaltspolitik dieses Landes enorme Gerechtigkeitslücken aufweist. Während die Wirtschaftslobby über Jahre hinweg Butter und Honig auf das frische Brot gestrichen bekommen hat, werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kleinen Selbständigen, die Familien, die Rentner, also die Masse, mit einem trockenen Stück Knäckebrot abgespeist. Und dies ist eben das, was gerade auch angesprochen wurde, was dann hoffentlich zum Schluss beim Abstimmungsverhalten zum Haushalt die entsprechenden Konsequenzen nach sich ziehen wird. Wie wir in den vergangenen Jahren immer wieder feststellen konnten, beweisen die Oppositionsvertreter eine natürliche Konsequenz und Kohärenz, indem sie den Haushalt nicht nur kritisieren, sondern auch gegen ihn stimmen. Bei den Mehrheitsvertretern wird man dann am Ende des Tages, nicht des heutigen Tages, sondern wahrscheinlich jenen fernen Tages, an dem dieser Haushalt beschlossen werden wird, sehen, ob diejenigen, die den Haushalt insgesamt oder Teile davon stark oder scharf kritisieren, zum Schluss dafür oder dagegen stimmen. Dies wird dann die Nagelprobe sein.

Ich glaube, dass wir eine Haushaltsrede gehört haben, die doch durch die rosa Brille geschrieben wurde. Man muss ganz klar feststellen, dass die Landesregierung nach vielen Äußerungen der letzten Wochen seitens der Industriellenlobby – diese kriegt den Hals offensichtlich nicht voll genug - ganz speziell darauf reagiert hat. Aber auf die anderen Einlassungen, auf die anderen Kritikpunkte nicht nur von Seiten der Opposition, sondern auch von Teilen der Mehrheitspartei und von Verbänden und Vereinigungen über die Gerechtigkeitslücken wurde kaum reagiert. Der Ruf der vielen Steuerzahler, der Familien, der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nach Entlastung und für ein bisschen mehr Geld in den privaten Haushaltskassen wird wohl kaum ernst genommen. Der Landeshauptmann hat in seinem Bereich den Belangen der Wirtschaft zehnmal so viel Raum gegeben als den Problemen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und der Familien. Natürlich wird dann die abgedroschene Plattitüde "Wir alle sind Wirtschaft" vermittelt. Dies möchte man meinen, aber dies stimmt nur beim Zahlen, denn beim Kriegen sind nicht alle Wirtschaft. Es sind einige, die mehr bekommen, die mehr entlastet werden, die in den vergangenen Jahren, wie gesagt, Butter und Honig aufs Brot geschmiert bekommen haben und die anderen sind nur beim Zahlen mit dabei. Gibt es was zum Verteilen oder zum Entlassen, dann gehört die Masse nicht mehr dazu, denn sie ist nur beim Zahlen dabei.

Der Landeshauptmann hat die Gesamtsituation in Südtirol in doch sehr schönen Farben gezeichnet. Sowohl die wachsenden Probleme der Familien und der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als auch die erdrückende Steuer und Bürokratielast für die kleinen und mittleren Betriebe waren kaum oder gar kein Thema. Weder der Reallohnverlust in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren, der 15 bis 20 Prozent ausmacht, also die reale Kaufkraft des Lohnes, noch die erdrückende Steuerlast, noch die Verschuldung der Familien, die bei durchschnittlich über 19.000 Euro liegt, noch die sinkende Geburtenrate waren ein Thema in der Haushaltsrede. Natürlich kann man die vielen Zahlen, die es gibt, auch ignorieren, dies ist schon klar, denn man kann auch wegschauen. Ich verstehe sogar, dass man als Regierungsverantwortungsträger auch dies herauszieht und das darstellt, was man selbst als positiv empfindet, doch sollte man nicht ganz die Probleme, die reell herrschen, außer Acht lassen.

Laut Berichten sind die realen Einkommen auch bei uns in den vergangenen Jahren um 5.000 Euro gesunken. Der Reallohn im Jahr ist um 5.000 Euro weniger wert. Viele Lohnabhängige verdienen, laut Steuererklärung 2008, weniger als 1.300 Euro im Monat, sehr viele sogar unter 1.000 Euro und sehr, sehr viele Frauen verdienen sehr wenig; dies muss man auch sagen. In diesem Zusammenhang sollte man wieder einmal das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ansprechen, das in der Gesamtsituation berechnet 17 bis 18 Prozent beträgt, also verdienen Frauen 17 bis 18 Prozent weniger.

Es ist doch zynisch, wenn erklärt wird, dass die Kritik am Haushalt, die Haushaltspolitik der Landesregierung eher noch bestärkt, dass man deswegen keinen Grund zum Umdenken sieht. Man kann es sich leicht machen, wenn man in einer Wellness-Oase lebt – dies tun offensichtlich einige Abgeordnete in diesem Haus –, in der es nur die heile Welt gibt. Dies kann man sich sehr leicht machen, aber die große Mehrheit der Bevölkerung hat es nicht so einfach und so leicht. Wenn man, wie der Landeshauptmann, unter die Bürger geht, dann weiß man auch, wo hoffentlich die Probleme der Bürger liegen, aber dies sollte man dann auch ansprechen und nicht so tun, als ob es sie nicht gebe, wenn man auf politischer Ebene über den Haushalt diskutiert. Wenn man die Ängste der hoch verschuldeten Familien, der doch zunehmend verarmenden Rentnerinnen und Rentner, der von den Lebenshaltungskosten erdrückten und mit real sinkenden Löhnen abgespeisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Sorgen der Bürger über diese Entwicklung als Bestätigung der eigenen Politik sieht, dann ist dies

Zynismus. Man muss dann wirklich auch einmal sagen, dass man nicht jede Kritik zum haltlosen Gejammere degradieren kann und man dann einfach zur Tagesordnung übergeht und erklärt, dass alles in bester Ordnung sei.

So wird erneut der Verzicht der Landesregierung auf die Höchstsätze bei den Landessteuern als steuerpolitische Großtat hervorgehoben. Dabei werden auch im kommenden Jahr Abgaben wie die Landeseinkommensteuer, der IRPEF-Zuschlag die meisten privaten Haushaltskassen schwer belasten. Es ist keine Leistung, dass man bei einem 5-Milliarden-Haushalt, in dem Geld für alles da zu sein scheint, von der Filmförderung über den berühmten Flugplatz bis hin zur schlaun Prämie bei der Bauernhaussanierung, nicht einmal die Masse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steuerlich entlasten kann. Im Landeshaushalt müssen mehr finanzielle Mittel für die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der kleinen und mittleren Selbständigen, für die Masse der Steuerzahler bereitgestellt werden. Es ist richtig, dass heute auch die Gewerkschaften, nachdem sie in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedene Vorschläge vorgebracht haben, die Forderung erheben, dass der IRPEF-Zuschlag für Einkommen bis 35.000 Euro gestrichen wird und für die Einkommen ab 70.000 Euro der Höchstsatz von 1,4 Prozent angewandt werden soll. Natürlich lässt sich das Geld auftreiben. Wir haben erst letzthin gesehen, wie einfach es geht, wenn man zum Beispiel Geld für diese schlaue Prämie zur Sanierung von Bauernhäusern auftreiben will, in der ohnehin schon zu viel Geld hineingesteckt wird, dass man dort eine Priorität setzt und sagt, dass man das Geld schon von irgendwo her, nämlich aus dem Landeshaushalt bekomme, aber wenn es um die Familien geht, dann gibt es interessanterweise kein Geld.

Es scheint auf der einen Seite kein Problem zu sein, dort 4 oder 5 Millionen Euro und auf der anderen Seite für verschiedene Projekte ein paar Millionen mehr einzusetzen. Wenn wir die externen Beraterverträge anschauen ... Heute gab es in der Fraktionssprechersitzung die Diskussion über die veröffentlichten Zahlen des Ministeriums und über die Zahlen, die hier reell existieren; dies sind aber andere Berechnungen. Das Ministerium nimmt die Gesamtheit her, das stimmt, denn der Landesrat hat gegenüber den Ausländergewerkschaften Recht. Wenn man aber allein die externen Beraterverträge der Landesverwaltung, der Sanitätsbetriebe und alles, was mit der Landesverwaltung zu tun hat, auch natürlich der verschiedenen Schulen draußen, hernimmt, dann, muss man sagen, ist die Zahl immer noch sehr beachtlich, denn dies kann man sich anhand der veröffentlichten Zahlen auf der Internet-Seite des Landes ganz einfach ausrechnen. Da sieht man, dass das Einsparungspotential wahrscheinlich nicht nur bei 20 Prozent liegt, wie im Landeshaushalt, im Finanzgesetz vorgesehen, sondern dass es, wie im Trentino, beachtlich höher liegen sollte.

Laut Haushaltsvoranschlag – auch dies sticht ins Auge – soll es im kommenden Jahr Mehreinnahmen im Umfang von über 200 Millionen Euro geben, das heißt, dass allein 108 Millionen Euro für die vom Staat zurückfließenden Steuern auf Einkommen und Vermögen veranschlagt werden. Dies ist eine beachtliche Zahl. Wenn wir nur einen so geringen Gesamtrückgang des Haushaltes haben und die Durchlaufposten und alles mit einbeziehen, dann müssen wir uns fragen, wieso wir jetzt nicht imstande sind, mehr Entlastung für die Privathaushalte, für die Masse der Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, nachdem wir in den vergangenen Jahren bei wesentlich schwierigeren Haushaltsziffern, bei größeren Rückgängen im Gesamthaushalt, bei der Entlastung der Wirtschaft, von der dann letztlich im Besonderen die Industriellenlobby profitiert hat, wesentlich großzügiger waren. Das war richtig, aber man hätte sich erhofft – und dies ist leider nicht eingetreten, aber dafür kann jetzt die Landesregierung nichts -, dass gerade die Betriebe, die viele Leute beschäftigen, durch die Entlastung bei der Wertschöpfungssteuer beachtliche Einsparungen zu verzeichnen hatten, wobei sie diese Einsparungen wenigstens teilweise hätten weitergeben sollen in Form, wie auch immer, von Lohnerhöhungen für die Angestellten; dies ist nicht geschehen bzw. in keinem Fall geschehen. Ich denke, dass man hier deutlich gesehen hat, dass dort das soziale Verantwortungsbewusstsein wenig bis gar nicht vorhanden ist.

Der 5-Milliarden-Haushalt müsste es schon erlauben, die Bürger zu entlasten, nachdem, wie gesagt, davon jahrelang die anderen, nämlich der Teil der Wirtschaft, profitiert hat, wenn wir schon alle Wirtschaft sind, die immer profitieren. Doch während man gerade auf das böse Rom und das unnahbare Brüssel schimpft, sitzt man hier auch auf dem Geld wie die Henne auf den Eiern. Warum schimpft man dorthin in Sachen Steuerbelastung und ist nicht selbst imstande, mehr zur Verfügung zu stellen als eigentlich nur Almosen, wenn man den Gesamthaushalt betrachtet? Zwar ist man auf Druck der Öffentlichkeit auch einen Schritt nach vorne geschlichen, doch trotz der Propaganda handelt es sich hierbei um eine Alibi-Befreiung. Es ist ein billiger Taschenspielertrick, der hier vorgenommen wird.

Wenn wir nur 8 Millionen Euro bereitstellen, wie scheinbar die Vereinfachung getroffen wurde, dann schafft dies neue Ungerechtigkeiten. Es ist ganz klar, dass, wenn wir nur die Einkommen bis 12.500 Euro generell befreien, ein beachtlicher Teil von Steuerzahlern oder Lohnabhängigen von der Steuer befreit sind, nämlich diejenigen, die weniger oder bis 7.500 Euro verdienen. Wenn wir dann ab 12.500 Euro nur mehr jene begünstigen, die

zu Lasten lebende Kinder haben, dann vergessen wir alle jene Rentnerinnen und Rentner, die ein bisschen mehr als 12.500 Euro bekommen und keine zu Lasten lebende Kinder mehr haben und all jene, die noch keine Kinder haben, aber sich eine Existenz aufbauen wollen und das Problem haben, weiterhin Steuern zu zahlen, und all jene, die gerade das Pech haben, dass sie Kinder großgezogen haben und diese gerade dabei sind, eine Lehre zu absolvieren und dann natürlich nicht mehr zu Lasten leben. Hier wird der große Teil, die große Masse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler überhaupt nicht berührt, nicht einmal ein Viertel wird durch diese Maßnahme entlastet. Des ist doch eigentlich sehr schade und auch beschämend, wenn man diesen Landeshaushalt anschaut. Es würde eine spürbare und sinnvolle Steuerentlastung, auch volkswirtschaftlich sinnvoll - das Geld fließt dann wieder irgendwann und irgendwie zurück - geben, wenn man mindestens 20 Millionen Euro entlastet. Natürlich würde man wesentlich höher hinaufkommen, wenn man die Einkommen bis zu 35.000 Euro entlasten würde. Dies ist mir schon klar, aber unterm Strich würde es, wie gesagt, irgendwie auch wieder zurückfließen und es wäre eine gerechte Lösung, die hier angegangen werden könnte.

Wenn wir schauen, wie in den letzten Wochen die Kritik auch von Seiten der Industriellenlobby vorgebracht wurde und man der Landesregierung alles Mögliche vorwarf und unterstellte, nämlich einen Abbau der Bürokratie anmahnte, da und dort Kürzungen verlangte, dann sind dies teilweise richtige Kritikpunkte, aber teilweise auch wieder Plattitüden. Man hätte sich auch von Seiten der Industriellenlobby erwarten können, dass sie sich einmal stark dafür macht, dass in diesem Land auch die Masse vom hohen Steuerdruck, der, leider Gottes, immer noch herrscht, entlastet würde. Wenn man schon von Seiten der Wirtschaft etwas tun will, um etwas einmal auch insgesamt in Sachen Entlastungspolitik voranzubringen, dann könnte man dafür sorgen, dass die drastisch gestiegenen Preise etwas eingedämmt werden. Natürlich kann die Politik die Preisentwicklung nicht dahingehend beeinflussen, dass man irgendwelche Preise vorschreibt, egal in welchem Bereich, ob es nun bei den Dienstleistungen, im Handelssektor im Gastgewerbe oder in einem anderen Bereich der Fall ist, denn in all diesen Bereichen wurde im Zuge der Euroumstellung schamloser Missbrauch betrieben. Es ist nicht immer und überall so, dass man sagen kann, dass wir, nachdem alles teurer geworden ist, die Preise in unseren Geschäften oder wo auch immer nach oben drücken müssen. Es wurde schon auch willkürlich gehandelt und hier haben die Unternehmen kein großes Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Kurzfristig hat man davon profitiert, dass die Preise nach oben getrieben wurden, aber irgendwann einmal hätte man doch verstehen müssen, und man hat es wahrscheinlich auch verstanden, dass die Leute bei dieser Preisentwicklung bei uns weniger einkaufen oder gar nicht mehr einkaufen können, sondern irgendwohin fahren, um dort billiger, günstiger einkaufen zu können.

Die Wirtschaft hat bei der Preisentwicklung versagt und ist den Leuten in die Tasche gestiegen. Dies mag jetzt nicht immer nur hier in Südtirol verschuldet sein, sondern man muss es auch an der Tatsache sehen, dass die meisten hier verkauften Produkte, egal in welchem Sektor, importiert werden müssen und die Rohstoffpreise gestiegen sind, ob dies nun im Lebensmittelsektor oder auch im Bausektor der Fall ist. Wenn wir zum Beispiel die Benzinpreisentwicklung verfolgt haben - vor kurzem waren wir bei 1,20 Euro pro Liter -, dann sind wir jetzt bei 1,30 und mehr Euro pro Liter angelangt. Man begründet es damit, dass der Dollarpreis gestiegen ist, aber dies ist natürlich blanker Nonsens, denn der Treibstoff, der derzeit und noch über Monate hinaus verkauft wird, stammt nicht aus der Ad-hoc-Produktion, aus den jetzt zu einem höheren Dollarpreis angekauften Ölmengen, sondern aus der Produktion der Mengen, die vor einigen Monaten angekauft wurden. Dies ist selbstverständlich klar. In dieser Zeit, in diesem Zeitraum ist eine enorme Gewinnspanne für die Ölfirmen zu verzeichnen gewesen. Dies mag jetzt unsere Wirtschaft in Südtirol wenig betreffen, aber es soll auch zeigen, dass hier überall Schindluder betrieben wird, wie eben auch mit der Preisentwicklung, und dass diesbezüglich willkürlich verfahren wird. Man darf in diesem Zusammenhang wiederum nicht vergessen, dass gerade bei den Treibstoffpreisen 60 Prozent in die öffentlichen Haushaltskassen fließen und 60 Prozent an Abgabensteuern, der sogenannten Akzisen, eingehoben werden, die teilweise direkt dort eingehoben werden, wo der Treibstoff die Lager verlässt. Dies sind aber immer Abgaben, Akzisen, von denen zum großen Teil, nicht immer und nicht überall, auch das Land mitprofitiert. Wir sollten diese Steuerbelastung, diesen Steuerdruck einfach ernst nehmen. Wenn wir schon einmal etwas dagegen tun können, dann sollten wir nicht bei einem Fünftelschritt stehenbleiben, sondern einmal einen ganzen Schritt wagen.

Eine schwierige Entwicklung sehen wir auch, wenn wir die Bevölkerungsentwicklung ansehen. Das mag zwar überall so sein - diesbezüglich sind wir vielleicht keine Ausnahme; dies stimmt schon -, aber es ist doch beachtlich, wenn wir in Südtirol Geburtenraten haben, die weit unter den für einen Bevölkerungsgleichstand erforderlichen 2,2 Lebendgeburten pro Frau - es ist ein statistischer Wert, den man so ausdrückt - liegen. Bei den Einheimischen liegen wir bei 1,4 Prozent, wobei die Rate zu sinken tendiert. Wir haben gesehen, dass die Entwicklung nach unten zeigt und in einem Zeitraum der letzten zwanzig, dreißig Jahre stetig nach unten gezeigt hat, und dass wir in eine Richtung gehen, wo wir wirklich sagen müssen, dass wir Südtirolerinnen und Südtiroler den

Schutz der Volksgruppe wahrscheinlich nicht mehr so ernst nehmen. Irgendwann einmal wird es diese Volksgruppe, die wir so schützen wollen, nicht mehr geben oder sie wird zur Minderheit im Land werden. So schnell wird es zwar nicht gehen, aber wir müssen einmal anmerken, dass die Entwicklung der Familien bei uns, leider Gottes, in eine ganz andere Richtung geht als sie gehen müsste angesichts der beachtlichen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um auch die Masse, die Familien zu unterstützen. Ich will damit nicht sagen, dass in diesem Bereich nichts getan wird - dies muss man auch fairerweise sagen -, aber es wird immer noch zu wenig getan, weil immer noch die falschen Prioritäten gesetzt werden.

Wenn wir mitanschauen müssen, dass viele nicht nur aus Bequemlichkeit, sondern aus vielerlei Gründen weniger oder keine Kinder mehr bekommen, dann mag dies schon sein. Es gibt natürlich auch eine Änderung in der gesellschaftlichen, kulturellen Entwicklung und es gibt natürlich auch Gründe, die außerhalb, abseits des finanziellen Bereiches liegen. Wir haben aber immer noch Umfragewerte über die Frage, warum man nur mehr ein Kind oder nicht mehr als zwei Kinder bekommt, die belegen, dass der Hauptgrund der finanzielle Grund ist, finanzielle Nachteile sind, denn es ist halt einmal so: je mehr Kinder, desto mehr finanzielle Nachteile. Heute muss auch darauf geschaut werden, denn man kann nicht die finanziellen Nachteile außer Acht lassen. Es ist halt eben auch so, dass Kinder etwas kosten und es ist klarerweise so, dass es auf längere Sicht auch finanzielle Nachteile gibt, selbstverständlich. Davon sind speziell Frauen betroffen, die, wenn sie die Kinder zuhause betreuen, finanzielle Nachteile nicht nur im Moment ertragen, sondern sie auch später bei der Rente erleben müssen. Das Problem ist, dass wir die Entwicklung in unserem Land in diese Richtung nicht nur nicht verhindern, sondern teilweise sogar fördern, und dass wir mit all den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, nichts oder wenig dagegen unternehmen. Es gibt nicht mehr die Wahlfreiheit zwischen jenen Eltern, die die Kinder eine bestimmte Zeit zuhause betreuen und erziehen, und jenen, die berufstätig sind, der Karriere nachgehen und die Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen betreuen lassen. Diese Wahlfreiheit gibt es nicht mehr, denn dies würde bedeuten, dass beide finanziell gleichgestellt sind, nämlich jene, die arbeiten gehen und berufstätig sind, und jene, die zuhause bleiben. Dieses finanzielle Gleichgewicht existiert nicht und es existiert, leider Gottes, auch nicht in der Rentenabsicherung.

Wenn wir gehört haben – dies muss man auch als problematische Entwicklung ansehen -, dass in der Mehrheitspartei offensichtlich die Meinung herrscht, dass man ganz stark in Richtung Ausbau des strukturellen Angebotes gehen muss und deshalb die Familienförderung noch mehr zugunsten der Strukturen verschieben will, dann ist dies die falsche Entwicklung. Die richtige Entwicklung wäre, ein Gleichgewicht zu schaffen, dass man einen bestimmten Betrag für ein Kind in einer Kindertagesstätte bezahlt, denn dort kostet ein Kind im Monat 900 bis 1.000 Euro. Das sind zumindest die Zahlen, die veröffentlicht wurden und die mir offiziell auch von Seiten der Landesverwaltung auf eine Anfrage hin mitgeteilt wurden. Wenn man den gleichen Betrag jemandem geben würde, der sein Kind zuhause betreut, dann wäre diesem auch geholfen. Ich glaube, hier wird ein Ungleichgewicht geschaffen und gefördert, das in jene Richtung geht, dass die Geburtenrate mit solchen Mitteln nicht steigt – dies ist ganz klar -, sondern dass die Leute regelrecht gezwungen werden, berufstätig zu sein. Einerseits schafft man zwar Anreize, aber andererseits wird die Wahlfreiheit nicht ermöglicht. Jetzt sollte man nicht dem Irrglauben erliegen, dass sich durch ein größeres Angebot von Strukturen die Leute überlegen würden, mehr Kinder zu bekommen, wenn also Strukturen angeboten werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Das Gegenteil ist der Fall, denn man wird trotzdem nicht über den statistischen Wert von 1,4 Kindern hinauskommen, weil viele sagen, dass sie bereits ein Kind hätten und weiterhin berufstätig sein wollen. Wenn sie aber ein zweites und drittes Kind hätten und sie diese auch in eine Kindertagesstätte oder in eine Kinderbetreuungseinrichtung bringen könnten, dann würde dies doch immer eine zusätzliche finanzielle Belastung und Beeinträchtigung ihrer beruflichen Möglichkeiten mit sich bringen. Man fördert hier mit Sicherheit nicht die Umkehr dieser Negativentwicklung, die wir im familienpolitischen Bereich haben, sondern die negative Entwicklung, sodass die Geburtenraten noch weiter sinken werden.

Es ist schon richtig, dass man von Seiten der Landesregierung, nachdem vor zwei oder drei Jahren diesbezüglich noch ganz andere öffentliche Äußerungen zu hören waren, andenkt, auch die Angestellten im Privatbereich zumindest auf eine ähnliche Ebene hinsichtlich der Rentenabsicherung im Rahmen der Elternzeit, wie diese im öffentlichen Sektor ist, zu heben. Dort wird das Richtige getan, dies muss man klar unterstreichen und es soll auch so bleiben. Wenn jemand für drei Jahre zuhause bleiben kann, ihm der Arbeitsplatz erhalten bleibt und er zusätzlich noch eine Rentenabsicherung und für eine bestimmte Zeit auch eine finanzielle Absicherung hat, dann ist dies richtig, denn hier wird für die Gesellschaft etwas geleistet. Wer Kinder in die Welt setzt, sie erzieht, sie großzieht, sie aufs Leben vorbereitet, sie ins Berufsleben entlässt, der leistet aktuell etwas für die Gesellschaft und für die Zukunftssicherung dieser Gesellschaft.

Wenn wir im öffentlichen Sektor die Angestellten absichern – in der Regel sind es auch wieder die Frauen –, dann ist dies, wie gesagt, eine absolut richtige Maßnahme. Wie können wir diese Maßnahme auf den Privatsektor ausdehnen? Dies ist sicherlich nicht einfach. Wir könnten sie mit unseren Haushaltsmitteln finanzieren, wobei sich dies andere Regionen bzw. Länder nicht leisten können. Natürlich kann man die Belastung nicht auf die Privatwirtschaft abwälzen, welche die Plätze nicht frei halten und eine Rentenvorzahlung garantieren können, das ist schon klar, denn dann würde man die Privatbetriebe ausbluten. Wie kann es anders gestaltet werden? Hier müssen wir einiges noch auch in rechtlicher Hinsicht klären. Wir haben die Zuständigkeit im Bereich der Rentenbeiträge usw. nicht, aber die Landesregierung hat zumindest in diesem Bereich, nachdem einige Zahlen veröffentlicht wurden, gesagt – ich habe eine Anfrage eingebracht und habe mir die Zahlen aushändigen lassen, wie viel in der Landesverwaltung für Rentenvorzahlung im Wartestand, für die Elternzeit usw. ausgegeben wird –, dass es gar nicht einmal so viel Geld sei für das, was unterm Strich, wie gesagt, an Leistung geboten werde, obwohl es doch sehr viele sind, die diese Leistung im Moment im öffentlichen Sektor in Anspruch nehmen. Wenn man dies auf den privaten Sektor umrechnen will, dann wird es das Fünf- bis Sechsfache, wenn nicht mehr, kosten, das ist schon klar, aber hier muss man andenken, wie diese Vorzahlung, diese Absicherung garantiert werden kann. Dies ist, meiner Meinung nach, einer der Angelpunkte im familienpolitischen Bereich, weil es, wenn man als Eltern die Kinder für einige Jahre zuhause betreut und dann im Rentenalter diese Nachteile dagegen sprechen, finanzielle Nachteile gibt, sodass man sich überlegt, mehr als ein Kind oder zwei Kinder zu bekommen. Heute muss sich jeder junge Mensch überlegen, ob er überhaupt eine Familie gründen oder mehr als ein Kind oder zwei Kinder haben kann, denn die Nachteile überwiegen, finanziell gesehen. Alles andere ist eine gesellschaftlich auch kulturelle Überlegung für jeden, der sie selbst anstellen muss, abseits der finanziellen Überlegung, aber in diesem Bereich können wir wenigstens die Rahmenbedingungen verbessern und müssten sie auch verbessern.

Ich glaube, dass wir, wenn wir den Haushalt und die Haushaltsrede des Landeshauptmannes anschauen, auch einmal kurz darüber nachdenken sollten, wie es mit der einheitlichen Einkommens- und Vermögensberechnung steht. Diese wurde als große Neuerung angekündigt und ist auch eine Neuerung, die einiges erleichtern mag, die aber unterm Strich wiederum Probleme mit sich bringen wird. Es wird zum Beispiel nicht unbedingt eine gerechte Lösung geben, wenn man die Vermögen im Unternehmensbereich, sozusagen die Unternehmensimmobilien, nicht mit einberechnet. Dort gibt es auch wieder eine Einschränkung, dass man nicht alles voll mit einrechnen kann, sodass man in diese Richtung etwas unternehmen muss, denn wenn man die Unternehmensimmobilien außen vor lässt, dann schafft man Ungerechtigkeit. Es ist selbstverständlich klar, dass es eine Ungerechtigkeit ist, die sich wiederum zugunsten der Unternehmer, speziell jener, die großen Immobilienbesitz oder große Unternehmensimmobilien haben, auswirkt, die bei einem Verkauf entsprechende Erträge bringen würden. Dies schafft wieder ein Ungleichgewicht zugunsten der Wirtschaft und zugunsten der Unternehmen.

Das andere ist die Berechnung, die angestellt wird. Hier hat man eine Einstufung vorgenommen, die recht eigenartig ist und im europäischen Standard liegt, nämlich je mehr Familienmitglieder, desto tiefer sinkt der Koeffizient. Für das dritte, vierte, fünfte Familienmitglied ist der Koeffizient geringer als für das erste und zweite Familienmitglied, weil man davon ausgeht, dass, je größer die Familie ist, desto weniger für den Einzelnen ausgegeben werden muss. Dies ist, glaube ich, ein Irrglauben. Man kann nicht, wenn man für das erste und zweite Familienmitglied eins und eins rechnet, für das vierte zum Beispiel 0,5 oder 0,4 usw. rechnen. Ich halte dies für ein Fehldenken, denn je mehr Familienmitglieder sind, desto größere Ausgaben gibt es in bestimmten Bereichen, wenn man zum Beispiel ganz banal an die Größe der Wohnung oder an jene eines Autos denkt. Hier wird die Einstufung der Zahl der Familienmitglieder etwas eigenartig gehandhabt. Es gibt Beispiele wie in Frankreich beim Familiensplitting, wo es ganz anders berechnet wird und wo der Koeffizient nicht kleiner wird, um es einmal so zu sagen. Hier bin ich mit der einheitlichen Einkommens- und Vermögensberechnung überhaupt nicht einverstanden.

Wir haben kürzlich die Wohngelddebatte geführt, welche auch heute nicht ganz außen vor bleiben kann, wenn man bedenkt, wie viel Geld in diesem Bereich ausgegeben wird. Dies ist auch eine Sozialleistung, das stimmt schon, und es ist auch gut, dass wir uns solche Sozialleistungen leisten können, aber in diesem Umfang und in dieser Form – dies hat die Landesregierung gesagt – können wir uns dies nicht mehr leisten. Wenn im Jahre 2009 34,2 Millionen Euro ausgegeben wurden und davon 10,2 Millionen Euro Nicht-EU-Bürger erhalten haben, dann kann man dies unterschiedlich betrachten. Ich persönlich betrachte es als Ungerechtigkeit zu Ungunsten der einheimischen Familien, ganz einfach deshalb, weil die Nicht-EU-Bürger 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber 30 Prozent vom Kuchen des Wohngeldes bekommen. Dies mag jetzt hinsichtlich der Bedürftigkeit vielleicht gerechtfertigt sein, aber hinsichtlich des Bevölkerungsanteils in keinem Fall. Wenn man dann eine andere Berechnung anstellt und im Jahr 2010 12 Millionen Euro bereitstellt, dann sieht man, dass gar nichts eingegrenzt und eingedämmt wurde, sondern dass man, im Gegenteil, wesentlich mehr ausgibt. Diesbezüglich gibt

es Vorschläge von Seiten der Landesregierung, denn wir haben hier kürzlich über Vorschläge diskutiert, wobei ich auch einen Antrag eingebracht habe. Ich glaube ganz einfach, dass man, wenn man die Zahlen ansieht, eine klare Deckelung der Gesamtausgaben für das Wohngeld einführen muss und es strikt, bin ich der Meinung, nach prozentuellem Anteil der Bevölkerung auszahlen und dann nur mehr innerhalb dieses prozentuellen Anteiles die Bedürftigkeit berechnen darf. Wer 5 Prozent der Bevölkerung ausmacht, der bekommt 5 Prozent und nicht mehr, aber auch nicht weniger am Anteil des Wohngeldes. Wenn das, was bisher ausbezahlt wurde, nicht genug ist und Grund dafür ist, vors Gericht zu gehen, um gegen diese Maßnahmen zu klagen, dann wird nicht nur der kleine Finger, der gereicht wurde und eigentlich ein vergoldeter Finger ist, genommen, sondern die ganze Hand oder der ganze Arm gleich mitgenommen. Es ist einfach so, dass 12 Millionen Euro für das Wohngeld im heurigen Jahr für Nicht-EU-Bürger ein beachtlicher Betrag ist, über den sich wirklich niemand aufzuregen bräuchte, denn das Wohngeld ist letztlich nichts anderes als ein Zuwanderungsmagnet in diesem Land; dies ist, leider Gottes, so.

Im Zusammenhang mit dem Wohngeld muss man ein für allemal klarstellen, dass die Wohnbaupolitik viel Gutes gebracht hat, vor allem aber dazu geführt hat, dass die Wohnungspreise gestiegen sind. Man vergleiche einmal Immobilienpreise der 80er- oder 90er-Jahre und die aktuellen Immobilienpreise! Es ist klar, dass alles gestiegen ist, wie man so schön sagt, aber es sind unnatürliche Steigerungsraten, die in dieser Form in Nachbarländern nicht zu verzeichnen sind. Bei uns gibt es sicherlich eine Überhitzung des gesamten Marktes. Die Wohnungspreise, speziell im Sektor der Privatwohnungen, wurden auch durch die Wohnbaupolitik des Landes, durch die Wohnbauförderung mit angeheizt. Auch die Mieten wurden angeheizt. Dieser Beitrag wird bereits beim Verkaufen oder Vermieten mit eingerechnet, wie im Übrigen überall. Das ist auch der Fluch einer Beitragspolitik, dies ist selbstverständlich klar. Wenn wir zum Beispiel andere Bereiche wie den Bereich der Pelletsheizanlagen anschauen, der mit 30 Prozent der Ausgaben gefördert wurde, dann wurden diese 30 Prozent beim Verkaufspreis fast schon mit eingerechnet. Der Verkaufspreis lag entsprechend höher und man hat den Leuten gesagt, dass sie einen Beitrag für die gesamte Anlage bekommen würden und man die ganzen Gesuche und alles erledigen würde. Dies ist halt der Fluch dieser Beitragspolitik, die soziale Komponente, dass es öffentliche Unterstützungen im sozialpolitischen und familienpolitischen Bereich gibt.

Es ist richtig, dass es eine klare und gezielte Unterstützung gibt, wenn aber diese dann dazu führt, dass sie nicht mehr gezielt ist, sondern fast schon wahllos gestreut wird, dass es Steigerungsraten wie beim Wohngeld gibt und unterm Strich nicht eine Gesamtentlastung, sondern eine zusätzliche Belastung durch höhere Miete oder durch höhere Wohnungspreise herauschaut, dann muss man sich doch einmal überlegen, ob es nicht eine Umkehr bräuchte. Jetzt sagt man, dass man Wohnungen für den Mittelstand bauen würde, wobei als Großtat angekündigt wird, dass der Mittelstand mit dem, was er verdient, imstande sein sollte, eine Immobilie zu kaufen, ohne dass er öffentlich gefördert werden muss. Hier ist wirklich etwas falsch gelaufen, denn wenn heute der Mittelstand nicht mehr imstande ist – dies muss man feststellen – auf dem freien Sektor ohne öffentliche Förderung eine Immobilie, eine Wohnung, ein Haus zu erwerben, dann muss man sich fragen, wie es dann alle anderen, nämlich der untere Mittelstand oder die geringer Verdienenden, schaffen sollen. Diese schaffen es wahrscheinlich nicht einmal mehr mit dem Landesbeitrag! Es kommt immer häufiger vor, dass es Leute im Wohnbaubereich trotz der öffentlichen Förderung, die zur Verfügung steht, nicht schaffen, die Wohnbaudarlehen zurückzuzahlen.

Nicht umsonst gibt es heute, wie gesagt, aufgrund dieser Darlehen, selbstverständlich nicht nur von Konsumkrediten, eine beachtliche Zahl, die wir immer wieder hören und auch immer wieder nennen müssen, von verschuldeten privaten Haushalten, und die Verschuldung liegt im Durchschnitt bei über 19.000 Euro pro Haushalt. Dies ist ein unglaublicher Betrag, der noch mehr zu denken geben muss als alle anderen Beträge, wie jene der Renten, die auf einem absoluten Tiefstand sind, wobei der Betrag nicht steigt, warum auch immer. Der Reallohn ist, wie ich schon gesagt habe, in den letzten zehn und fünfzehn Jahren um 5.000 Euro im Jahr gesunken. Dies alles, insbesondere die hohe Verschuldung, muss zu denken geben. Jetzt kann man sich natürlich fragen, warum sich die Familien und die privaten Haushalte verschulden. Es ist nicht so einfach zu sagen, dass sie sich nicht zu verschulden brauchen. Wenn man sich die Einnahmen- und Ausgabenseite des ganz normalen Durchschnittshaushaltes anschaut, dann geht mehr Geld hinaus als herein, auch wenn man nicht unbedingt auf großem Fuß lebt. Wenn man bei einem ganz normalen Lebensstandard, der vielleicht bei uns hoch sein mag - das stimmt schon -, und manchmal auch auf hohem Niveau gejamert wird - das mag auch stimmen - die ganz normalen Lebenshaltungskosten mit dem, was täglich so anfällt, bezahlt, dann geht, statistisch gesehen, mehr Geld hinaus als herein. Dass dann, wenn einmal für eine Autoreparatur einmal mehr ausgegeben werden muss als vorhergesehen oder im Haushalt ein Gerät kaputtgeht, das man ersetzen muss, eine Familie sich in Schulden oder in zusätzliche Schulden stürzt, ist ein Problem. Dieses kann nicht immer und in jedem Fall von der öffentlichen Hand gelöst werden, sondern muss auch durch eine Lohnentwicklung ausgeglichen werden.

Jetzt kommt man natürlich wieder zum Punkt, bei dem man sagt, dass die Betriebe hoch belastet sind und hohe Belastungen durch die Lohnnebenkosten, durch den Steuerdruck usw. haben und nicht mehr zahlen können. Der Steuerdruck wurde in den letzten Jahren von den Betrieben, zumindest hier in Südtirol, durch die IRAP-Senkung, durch eine Senkung der Wertschöpfungssteuer, genommen, aber dass sich dies bei den Lohnerhöhungen zumindest teilweise umgesetzt hätte, ist nicht festzustellen gewesen. Diese IRAP-Senkung wurde nicht weitergegeben, wobei dies von der Wirtschaftslobby sozialpolitisch unverantwortlich ist; dies muss man ganz klar sagen. Deshalb sind jetzt wir als Landtag und auch die Landesregierung gefordert, weil wir einen Haushalt mit diesem enormen Umfang haben, denn wenn man es zu deutschen und österreichischen Bundesländern, italienischen Regionen umrechnet, dann sind wir mit diesem enormen Haushalt nicht imstande, mehr als diese lächerliche Summe von 8 Millionen Euro zur Entlastung bereitzustellen. Dies glaubt wirklich niemand, wenn man hier im gleichen Atemzug vor einigen Wochen eine Diskussion über diese schlaue Prämie für die Sanierung von Bauernhäusern mitverfolgt hat. Dabei wurde gesagt, dass man das Geld schon von irgendwoher bekommen würde und man nur im Haushalt umschichten müsste. Wunderbar! Wenn es so einfach ist, dann machen wir es aber auch an anderer Stelle, und zwar dort, wo die Priorität liegt, nämlich bei der Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der kleinen Selbständigen!

Wer das Geld hat – dies muss man ganz offen auch in diese Richtung sagen, denn ich komme auch aus einer bäuerlichen Familie und getraue mich deshalb, es auch zu sagen -, ein neues Haus zu bauen, hat auch das Geld, das Haus zu sanieren. Ich sehe überhaupt nicht ein, dass man jetzt, nachdem es die Mittel für den Denkmalschutz, für den Ensembleschutz gibt, jene Schlaunen belohnt, die dafür gesorgt haben, dass ihre Buden nicht unter den Ensembleschutz fallen. Dies darf nicht passieren und dafür darf im Augenblick, wenn wir schon beim Haushalt so knapp und so klamm sind, kein einziger Euro ausgegeben werden, denn jetzt bräuchte es diesen Euro einmal an anderer Stelle.

Es ist sicherlich so, dass man, wenn Wünsche angemeldet werden, rechnen, tun und machen kann. Ich habe heute in der Fraktionssprechersitzung, als die Gewerkschaften ihre Wünsche vorgebracht haben, eine kleine Einschränkung gemacht, weil sie gefordert haben, dass alle Einkommen bis 35.000 Euro von der Landeseinkommenssteuer befreit werden sollten. Gleichzeitig haben sie gefordert, dass die Gehälter der Landesangestellten steigen sollen. Man muss irgendwo auch einmal insofern realistisch sein, dass, wenn man auf der einen Seite entlastet, auf der anderen Seite nicht all diese Millionen, die man für eine Entlastung ausgibt, wieder für Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor ausgeben kann, ganz abgesehen davon, dass es im Bereich des Stabilitätspaktes ganz klare Grenzen gibt. Man darf natürlich nicht alles nur im Schlaraffenland Südtirol sozusagen fordern, aber es kann für die Masse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler - ich glaube es sind über 292.000, von denen nur ein kleiner Teil entlastet wird - so nicht angehen, denn man muss sich angesichts des Umfangs dieses Haushaltes schämen, wenn es nur diese Einsparungspotentiale gibt.

Man könnte alles machen, man kann, wie gesagt, die Filmförderung machen, und, wie Kollege Egger gemeint hat, alles finanzieren und wunderbare neue Projekte machen. Jeder hätte eine tolle Idee für die Entwicklung des Landes und für alle möglichen Bereiche, aber man muss Prioritäten setzen, denn in diesem Lande wurden viele Jahre lang, meiner Meinung nach, nicht die richtigen Prioritäten gesetzt. Jetzt haben wir aber diese Möglichkeit. Wir haben keine Steuerhoheit, aber wir haben wenigstens eine bestimmte Möglichkeit, Steuern zu beeinflussen, und es gibt diesen IRPEF-Zuschlag, der auf die Einkommenssteuer erhoben wird. Wenn wir schon die Möglichkeit haben, das umzusetzen, was ... Seit ich mich politisch interessiere, hat jede politische Partei in ihr Wahlprogramm und in ihr politisches Programm die Entlastung der Bürger aufgenommen. Wenn wir dies schon können und die Möglichkeit dazu haben und angesichts der Ausstattung dieses Haushaltes auch die dafür nötigen Gelder finden können, dann sollten wir uns einen Ruck geben und dies tun. Alles andere ist inakzeptabel, ich sage es ganz deutlich.

Ein solcher Haushalt, der die Leute draußen an der Nase herumführt und ihnen eine Entlastung vorgaukelt, die dann letztlich wiederum, leider Gottes, für zu wenige kommt, kann nicht beschlossen werden, sollte nicht beschlossen werden, weil er völlig falsche Prioritäten setzt und neue Ungerechtigkeiten schafft. Ein sozial ungerechter Haushalt ist inakzeptabel. Ich bin auch der Meinung, dass man sich in den nächsten Tagen noch gut überlegen sollte, ob man die Bürger mit so einem trockenen Knäckebrot abspeisen will, wenn man in den vergangenen Jahren, wie gesagt, der Industriellenlobby, der Wirtschaftslobby Butter und Honig aufs Brot geschmiert hat. Jetzt sind einmal die Bürger, ist die Masse dran, wobei dies auch die Mehrheit erkennen müsste, denn es leben eben nicht alle in einer politischen Wellness-Oase wie offensichtlich die Landesregierung und ein großer Teil der Mehrheitsvertreter, die immer noch erklären, dass es allen gut gehe und in diesem Land alles toll und wunderbar sei.

Es mag uns viel besser gehen als vielen anderen in der Welt, dies mag alles sein, aber gemessen an dem, was wir hier an Geld erwirtschaften und zur Verfügung haben, und gemessen an der Tatsache, dass wir im kommenden Jahr, laut Haushaltsvoranschlag, 108 Millionen Euro mehr an Einkommens- und Vermögenssteuer einnehmen, ... Dies habt Ihr und nicht ich geschrieben! Im Haushaltsvoranschlag unter dem Kapitel "Einnahmen" steht: Vom Staat abgetretene Leistungen: 108 Millionen Euro mehr bei den Steuern aus Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen. Um Himmels Willen! Dass wir dann nicht mehr als 8 Millionen Euro zur Verfügung stellen können, um draußen den Leuten ein bisschen von dem zurückzugeben, was sie für dieses Land und für den Wohlstand der Wirtschaft geleistet haben, kann ich nicht verstehen und dies können viele andere auch nicht verstehen. Man kann herumrechnen, wie man will, aber 8 Millionen bleiben 8 Millionen Euro! Wenn man mit einem Taschenspielertrick ein bisschen herumrechnet und sagt, bis 12,5 Millionen diese und dann wieder die anderen, und damit neue Ungerechtigkeiten schafft, dann soll man wenigstens ehrlich genug sein und sagen, dass man gar nicht entlasten und herumjammern wolle, auf 8 Millionen Euro zu verzichten, und man ohnehin nicht die Höchstsätze einhebt. Dieses Gejammere können die Leute draußen schon gar nicht mehr hören, wenn sie gleichzeitig mitanschauen müssen, dass 10, 20 oder 40 Millionen Euro ausgegeben werden wie zum Beispiel für den Bau des Thermenhotels in Meran, der 40 Millionen Euro gekostet hat. Jetzt muss man es verkaufen, verscherbeln, weil man gemerkt hat, dass es doch nicht so ganz das Gelbe vom Ei war. Jetzt verzichtet man beim Ausschreibungspreis auf 10 Millionen Euro, und damit es hoffentlich jemand kauft, verzichtet man noch einmal auf 5 Millionen Euro. Dies alles wissen die Leute und darüber haben wir hier zur Genüge diskutiert. Die Leute draußen haben auch verstanden, dass mit dem Geld, das zur Verfügung steht, wahnsinnig viele und teure Projekte finanziert werden, dass wahnsinnig großzügig damit umgegangen wird, dass in den vergangenen Jahren die Summen, die zum Beispiel für externe Berater gezahlt wurden, enorm hoch waren. Dies alles stinkt draußen den Leuten, die sich fragen, warum bei ihnen nicht irgendetwas mehr in der Tasche steckt. Dies muss für die Politik absolut verständlich sein. Es wäre nicht nur sozialpolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich ein Gewinn, wenn die Bürgerinnen und Bürger, die Masse draußen, einmal ein paar hundert Euro mehr im Jahr auszugeben hätte.

Natürlich würde es wesentlich mehr als 8 Millionen Euro kosten, wenn wir die Einkommen bis zu 35.000 Euro von der Landeseinkommenszusatzsteuer befreien würden. Man könnte einen kleinen Teil davon wieder hereinholen, indem man die Gerechtigkeit dahingehend verschärft und verstärkt, dass man die Gehälter ab 70.000 Euro mit dem Höchstsatz von 1,4 Prozent besteuert und die anderen bei 0,9 Prozent Besteuerung belässt. Es wären keine großen Wunder, die man da vollbringen müsste, sondern es bräuchte nur ein bisschen mehr Anstrengung und man müsste ein bisschen mehr von dem sozialpolitischen Gewissen umsetzen, das man bei Wahlen, bei politischen Programmen, bei Veranstaltungen und bei Sonntagsreden gerne öffentlich kundtut. Man sollte sich auch am Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag daran erinnern, dass man am Sonntag den Leuten erzählt hat, dass man den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Steuerzahlern, die schwer belastet sind, einmal helfen muss. All das sollte man nicht schon am nächsten Tag vergessen haben und die Leute mit einem Achselzucken glauben machen, dass man nicht mehr Geld zur Verfügung hätte und sie froh sein sollten, dass sie das bekommen, was man ihnen gewährt.

Dieser Landeshaushalt wird aus den Geldern gespeist, die die Menschen in diesem Land erwirtschaften und hart erarbeiten. Es ist sicherlich nicht in Ordnung, wenn wir den Menschen, denen wir eigentlich immer nur Geld herausziehen, nicht auch einmal etwas zurückgeben.

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Mauro Minniti

PRESIDENTE: La parola al consigliere Egger, prego.

EGGER (Die Freiheitlichen): Ich muss einleitend etwas gestehen, weil es mir sonst – es ist ein klein wenig ironisch - im Magen liegenbleiben würde. Ich habe in Innsbruck italienisches Recht studiert und habe heute aus den Medien vernommen, dass die Laurin-Stiftung auch die Universität Innsbruck unterstützt hätte, und zwar jenen Bereich, in dem Südtiroler italienisches Recht studieren. Insofern gestehe ich öffentlich, dass ich indirekt, ohne es zu wissen, vielleicht von dieser Stiftung profitiert habe. Nachdem ich es jetzt gesagt habe, werde ich heute auch besser schlafen können. Ich möchte noch hinzufügen – dies betrifft nicht nur mich, sondern auch ganz illustre Personen -, dass auch Staatsanwalt Guido Rispoli in Innsbruck studiert hat. Soviel zu diesem Thema, wobei mir jetzt schon viel wohler ist.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema, nämlich zum Landeshaushalt. Der Bericht des Landeshauptmannes umfasst 26 Seiten, auf denen mit großer Druckschrift bzw. mit großen Buchstaben geschrieben wurde,

also kann in dem Bericht nicht viel drinnenstehen. Wenn man bedenkt, dass über 5 Milliarden Euro in 26 Seiten abgehandelt sind, dann ist dies so ein bisschen ein längerer Schulaufsatz eines zugegebenermaßen guten Schülers. Ich habe versucht aufmerksam zuzuhören, wobei ich auch beide Gesetzesentwürfe studiert habe.

Die soziale Schieflage – ich schließe mich an die Ausführungen meines Vorredners Andreas Pöder an – wird in Südtirol immer größer und auch mit diesem Landeshaushalt größer. Das System in Südtirol funktioniert immer noch, leider. Es funktioniert zwar nicht immer mehr so geschmiert wie es einmal funktioniert hat, aber es funktioniert immer noch. Man entnimmt aus den Worten des Herrn Landeshauptmannes, dass er über gewisse Wirtschaftszweige oder über alle Wirtschaftszweige verärgert ist - dies kann ich jetzt im Detail nicht so beurteilen -, weil er ihnen auch Arroganz vorwirft usw. Herr Landeshauptmann! Dies ist das System in Südtirol, woran Sie, ganz offen gesagt, nicht ganz unschuldig sind. Die Wirtschaft ist es nämlich gewohnt, an prominenter Stelle einzuflüstern, wobei ich wage zu behaupten, dass die Wirtschaftsverbände unter dem Strich wohl mehr Macht und politischen Einfluss haben als die gewählten Mandatäre hier im Landtag. Dies ist jetzt für uns alle kein Kompliment, aber diesen Eindruck bekomme ich zunehmend.

Wenn ich jetzt zum Beispiel sehe, wie das Thema "Erreichbarkeit" von der Handelskammer und von deren Präsident Dr. Ebner hochgespielt wird, dann muss ich sagen, ist es immer wieder dieser "alte Hut". Bereits vor einigen Monaten habe ich eine Pressemitteilung zu diesem Thema ausgearbeitet und habe damals auf eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Bezug genommen, welches bekanntermaßen bei der Handelskammer angesiedelt ist. Dieses Institut hat vor einiger Zeit - Herr Landeshauptmann, Sie wissen es - festgestellt, dass die Wirtschaft in Südtirol mit der Erreichbarkeit im Großen und Ganzen zufrieden ist. Nun, man macht offensichtlich so lange Studien, Erhebungen und Forschungen, bis irgendwann einmal ein Wirtschaftstreibender sagt, dass er in Ruhe gelassen werden möchte und somit halt unzufrieden sei. Dann kommt der große Druck und man schreit wieder auf, dass die Erreichbarkeit nicht gegeben sei. Wir leben an einer Hauptverkehrsader Europas, denn wenn wir nicht erreichbar sind, wer dann?! Wir leben ja nicht im hintersten Böhmerwald, sondern an einer der Hauptverkehrsrouten Europas! Die Erreichbarkeit in Südtirol, glaube ich, ist immer noch sehr, sehr gut. Zumindest hat es die Wirtschaft vor einigen Jahren selbst noch so gesehen.

Zum Finanzgesetz. Der Artikel 1 ist ein sehr umstrittener und gleichzeitig auch sehr wichtiger Artikel. Es geht dort um eine "Steuerreduzierung" für die Bürger. Ich bin der Meinung, dass dies, Herr Landeshauptmann, ein Auf-den-Arm-Nehmen aller Beteiligten ist. Ich werde nachher beweisen, dass dies in Wirklichkeit keine Steuererleichterung ist - ich meine insgesamt für die Bürgerschaft -, denn die Landeskassa verzichtet überhaupt auf nichts, auch nicht auf 8 Millionen Euro. Es kann sich maximal und bestenfalls um eine Verringerung des Anstieges der Steuerbelastung handeln, aber darauf komme ich noch zu sprechen.

Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, behaupten, dass wir auf dieses Geld nicht verzichten können und sagen, dass man die 8 Millionen Euro den unteren Einkommensstufen nachlasse und Sie gleichzeitig ankündigen, dass die IRAP - unser Zuschlagsbereich, unsere Zuständigkeit - bei Banken und Versicherungen entsprechend zu erhöhen wäre, dann kann, aus dieser Sicht, von einer Entlastung keine Rede sein, denn irgendjemand bezahlt dies dann wieder. Natürlich, Herr Landeshauptmann, wälzen es die Banken wieder auf die Bürger ab, denn sie bleiben nicht auf diesen Spesen sitzen. Treffen tut es dann wieder den famosen Mittelstand und natürlich all jene, die mehr als 12.500 Euro brutto verdienen und kein Kind zu Lasten haben. Diese trifft es dann alle voll und auch jenen, der 14.000 Euro verdient und kein Kind zu seinen Lasten hat. Dieser ist ganz gewiss kein reicher Mensch, aber diesen trifft es auch. Diese Maßnahme entlastet zum einen, wenn ich an die Gesamtheit der Bürger denke, überhaupt niemanden.

Zum anderen, Herr Landeshauptmann, haben wir auch die sogenannte kalte Progression. Die kalte Progression heißt, dass ich durch ganz geringfügige Erhöhungen des Einkommens, zum Beispiel durch inflationsmäßige Erhöhungen, Landesrat Bizzo, in eine höhere Steuerkategorie falle und dadurch auch mehr Steuern zahlen muss. Jedes Jahr verzeichnen wir durch die sogenannte kalte Progression, auch wenn die Steuersätze gleich bleiben, Erhöhungen. Im Jahr 2007 haben wir beim regionalen IRPEF-Zuschlag 59 Millionen Euro eingenommen, im Jahr 2008 64 Millionen, im Jahr 2009 – einem Krisenjahr - immer noch 65 Millionen, das heißt, diese 8 Millionen Euro, die wir jetzt vorgeben irgendjemandem nachzulassen, sind bestenfalls der Zuwachs der letzten Jahre. Wenn wir diesen Betrag nachlassen würden, dann wären wir auf der gleichen Ebene geblieben und hätten die Zuwächse der letzten Jahre sozusagen kompensiert. Weil wir den Betrag aber zu den Banken und Versicherungen hinüberschieben, geben wir ihn voll weiter. Da die Progression nicht stehen bleibt, sondern auch im nächsten Jahr wieder wirkt, wage ich die Prognose, dass wir unter dem Strich insgesamt ein deutliches Plus an IRPEF-Einnahmen haben werden und dass dieses wirklich dumme Geschwätz, dass man löblicherweise auf 8 Millionen Euro

verzichtet, um irgendjemandem zu helfen, völlig für die Katz ist. Dieses Geschwätz können wir uns wirklich ersparen!

Herr Landesrat Bizzo! Sie kennen wahrscheinlich schon die voraussichtlichen Steuereinnahmen - die heutige On-line-Ausgabe der "Südtiroler Wirtschaftszeitung" berichtet jedenfalls darüber -, denn wir alle gemeinsam erwarten im nächsten Jahr deutlich erhöhte Steuereinnahmen. Dann soll mir noch jemand erzählen, dass wir auf irgendwelche Gelder verzichten?! Nein, wir reduzieren und wir vermindern vielleicht ein bisschen den Zuwachs, und das ist die Realität. Unter dem Strich werden die Bürger in ihrer Gesamtheit aber mehr bezahlen – dies ist meine Prognose –, als sie in diesem Jahr an Steuern bezahlt haben. Und da irrt der Chef der SVP-Arbeitnehmer, Herr Gufler, wenn er sagt, Fakt sei – ich habe das Zitat hier -, dass die Bürger im nächsten Jahr 8 Millionen Euro weniger bezahlen werden. Dies ist überhaupt nicht Fakt, sondern das Gegenteil ist der Fall. Diese 8 Millionen Euro werden bei weitem nicht reichen, um Zuwächse auszugleichen und schon gar nicht reichen, um die Kosten, die die Banken und Versicherungen wieder auf die Bürger abwälzen, abzudecken. Dieses Märchen, diese 8 Millionen Euro ... Ich verstehe diese Summe überhaupt nicht. Diese muss dem Landeshauptmann irgendwann einmal eingefallen sein, denn er hätte auch von 10 oder 12 Millionen Euro sprechen können, nachdem man es sowieso auf die Banken hinüberschiebt. Ich verstehe überhaupt nicht, wie man, ehrlich gesagt, auf diese 8 Millionen Euro gekommen ist. Ich kann diese 8 Millionen, dieses Leintuch sozusagen, das man hin und herzieht, überhaupt nicht nachvollziehen. Es ist so klein und so gering, dass man auch mit diesen 8 Millionen Euro nichts anfangen kann.

Ich betone es noch einmal. Geholfen ist mit dieser Reduktion eigentlich niemandem, denn dies macht, wenn man es auf das Nettomonatsgehalt ausrechnet, im Monat zwischen 5 bis maximal 16 Euro aus. Dies betrifft dann diejenigen, die im Monat 25.000 Euro brutto verdienen, immer auf 14 Monatsgehälter gerechnet. Mehr macht es nicht aus. Der Kammerabgeordnete Zeller hat natürlich Recht, wenn er in einem Interview gesagt hat, dass alles nur Unfug sei und es eigentlich nur um eine Pizza gehe, weil man auch für 5 Euro keine Pizza mehr bekommt. Ich muss ihm diesbezüglich Recht geben. Ich zitiere: "Den Verzicht auf den IRPEF-Zuschlag im Ausmaß von 0,9 Prozent für Einkommen bis 15.000 Euro – damals war dies der Vorschlag, jetzt sind wir bei 12.500 Euro usw. -, den die Landesregierung für 2011 beschlossen hat, nennt Zeller in den positiven Wirkungen für den Steuerpflichtigen unerheblich und nicht nennenswert, da es um nicht mehr als um eine Pizza gehe".

Die Steuern sprudeln hingegen, dies in der heutigen "Südtiroler Wirtschaftszeitung", On-line-Ausgabe. Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat Bizzo! Sagen Sie uns die Wahrheit! Wie viel werden wir als Land, als Landesregierung – man kann es bereits heute ziemlich genau abschätzen, denn wir sind im Dezember – im nächsten Jahr an Einkommenssteuern, also an IRPEF einnehmen? Wenn Sie es heute nicht sagen, dann werden wir es wohl irgendwann einmal im nächsten Jahr erfahren. Wir werden draufkommen, dass anstatt dieser 8 Millionen Euro Minus in Wirklichkeit ein Plus herauskommen wird.

Ein Punkt im Bericht des Landeshauptmannes war die Kleinkinderbetreuung. Ich gebe Ihnen diesbezüglich vollkommen Recht. Es muss unser Ziel sein, die Plätze für die Kleinkinder, die unter dem Kindergartenalter sind, wie die Kindertagesstätten, das Angebot an Tagesmüttern usw., zu erhöhen. Allerdings müssten wir schon – dies ist meine Meinung – den Bürgern die Freiheit lassen, wo sie ihre Kinder betreuen lassen wollen, ob sie das Kind in einer Kindertagesstätte, in einem Kinderhort oder von einer Tagesmutter betreuen lassen. Wenn es die Mutter oder der Vater vorzieht, zuhause zu bleiben, um die Kinder zu betreuen, dann sind diese Kinder auch anständig zu fördern. Unter "anständig" verstehe ich deutlich mehr als es heute die Mittel sind, die das Land, die Region und auch ein wenig der Staat für diesen Zweck bereitstellen, sprich das sogenannte Kindergeld. Wir müssten schon die Courage haben, und diese Meinung vertrete ich, wenn wir den Bürgern schon die Freiheit lassen ... Ich würde es nicht richtig finden, wenn man sagt, dass alle ihre Kinder abgeben und in irgendeine Tagesstätte oder in irgendeinen Kinderhort geben müssen. Wenn die Eltern die Freiheit haben sollen - ich hoffe, Herr Landeshauptmann, dass Sie auch dazu stehen -, dann muss man auch jene entlasten, die die Kinder zu Hause betreuen und auf einen Teil ihres Einkommens verzichten. Unter dem Strich wäre es immer noch billiger, das Kindergeld zu erhöhen, als zusätzliche Kinderhortplätze zu schaffen. Ich bin der Meinung, dass es günstiger ist, die Familien, die die Kinder zuhause behalten, zu unterstützen, als Einrichtungen zu schaffen. Ich unterstütze aber auch die Forderung all jener, die sagen, wer das Kind in die Einrichtung geben möchte, dem möge man auch einen Platz zur Verfügung stellen. Ich bin in diesem Bereich für ein duales System.

Herr Landeshauptmann! Sie haben auch von einem würdigen Lebensabend – das letzte Wort auf Seite 7 und das letzte auf Seite 8 in Ihrem Bericht - gesprochen. Einen würdigen Lebensabend haben sehr viele Senioren in Südtirol nicht, und dies ist einer der Punkte, bei dem ich sage, dass das soziale Ungleichgewicht stetig zunimmt und die soziale Schere immer weiter auseinanderklafft - Kollege Pardeller hat es auch so ähnlich angesprochen -, denn die Ungerechtigkeiten in unserem Land werden nicht kleiner, sondern größer. Wenn wir vom Landesstatis-

tikamt ASTAT – aus dem Jahr 2007 stammen diese Studien – vernehmen, dass 45,2 Prozent der Rentenleistungen in Südtirol weniger als 500 Euro im Monat ausmachen, dann muss ich feststellen – ich weiß, dass die Rentenleistung nicht mit Rentenbezieher gleichzustellen ist, denn es gibt auch einige, die zwei Renten beziehen, dies ist mir schon klar -, dass ein großer Teil unserer älteren Mitbürger, die – dies wird in allen Sonntagsreden betont – unser Land mit aufgebaut haben usw., in sehr ärmlichen Verhältnissen leben und mit dem wenigen Geld, das sie an Rente bekommen, auskommen müssen. Dies ist einer der Punkte, bei dem ich sagen muss, dass mich mein Gewissen schon sehr plagt, Herr Landeshauptmann und auch Herr Soziallandesrat Theiner! Ich weiß, dass auch Sie ein soziales Gewissen haben, aber dieser Bereich tut mir persönlich weh, wenn ich sehe, dass im reichen Land Südtirol, wie es immer so schön heißt, 45 Prozent der Rentenleistungen unter 500 Euro liegen. Die alten Menschen sind bescheiden, ich weiß es, und schämen sich auch für ihre Armut, aber es ist die Aufgabe der Politik, also von uns allen, diesen Menschen zu helfen. Da dürfen wir nicht auf die Wirtschaftslobbys hören, die sich immer groß zu Wort melden, denn sie werden nie dafür sorgen, dass die Renten für die alten Leute erhöht werden. Dafür müssen wir sorgen, auch wenn es der Wirtschaft nicht gefällt. Die Wirtschaft – Kollege Pardeller hat es bereits angedeutet – hat ihren Teil bereits erhalten. Ich glaube, wenn man sich die Statistiken, die Mindereinnahmen an der IRAP, die 90 Millionen Euro auf ein Jahr zurück, die 120 Millionen Euro auf zwei Jahre zurück, ansieht, dann muss allen klar sein, wer davon massiv profitiert. Jetzt wird die andere Seite mit 8 Millionen Euro abgespeist - Kollege Pardeller, Sie haben völlig Recht -, und ich behaupte noch einmal, dass es diese 8 Millionen Euro unter dem Strich gar nicht geben wird. Die Bürger werden nicht insgesamt 8 Millionen Euro weniger, sondern mehr einzahlen als heuer. Die Ursachen habe ich vorhin versucht zu erläutern.

Die Altersarmut ist vor allem weiblich. Dies ist das Nächste, das uns allen zu denken geben sollte. Herr Landeshauptmann! 69,9 Prozent – dies geht aus der Studie vom ASTAT 2007 hervor - jener Rentner, die weniger als 500 Euro erhalten, sind Frauen. Die Altersarmut ist in Südtirol zu 70 Prozent zirka weiblich. Wir haben als Freiheitliche einen Beschlussantrag bzw. eine Tagesordnung zu diesem Thema eingebracht. Ich weiß, Herr Landesrat Theiner, dass jeder zur finanziellen Sozialhilfe gehen und das soziale Mindesteinkommen verlangen kann. Wenn er weniger als 585 Euro verdient, dann bekommt er den Differenzbetrag, dies ist mir schon klar, aber ich bin der Meinung, dass ein würdiges Leben im Alter in Südtirol – man sei mir nicht böse – auch mit 585 Euro, wo wir doch nicht die Preise von Kalabrien, sondern ganz andere Preise haben – nicht möglich ist. Deshalb heißt es auch soziales Mindesteinkommen, denn dies ist kein schönes Einkommen. Deswegen unser Vorschlag, das soziale Mindesteinkommen für Rentner um 20 Prozent zu erhöhen. Damit würde man auf zirka 700 Euro kommen. Das wäre eine treffsichere Maßnahme, mit der man alten Menschen direkt helfen könnte. Natürlich gilt es dann auch, die Leute zu informieren und davon zu überzeugen, dass sie sich nicht zu schämen brauchen, wenn sie mit der Mindestrente im Ausmaß von 460 Euro oder vielleicht sogar noch mit dem Sozialgeld von 411 Euro oder vielleicht mit der Sozialrente im Ausmaß von 300 und etwas mehr Euro auskommen müssen. Deshalb muss man sie überzeugen hinzugehen und sich den Differenzbetrag auszahlen zu lassen. Wir werden im Rahmen einer Tagesordnung vorschlagen, als ersten Schritt das soziale Mindesteinkommen nur für Rentner – für alle wäre es richtig, aber wir sollten nicht den Haushalt zu sehr belasten - um 20 Prozent, nämlich von 585 auf zirka 700 Euro, zu erhöhen. Man kann dies auch begründen. Rentner haben einfach größere Probleme als jüngere Leute, denn sie sind manchmal auf Begleitung und Schutz angewiesen und haben keine oder weniger Möglichkeiten des Zuerwerbs, kleinere Arbeiten zu verrichten usw. In diesem Sinne kann man es auch begründen, warum man diesen Menschen – sie haben auch Verdienste, weil sie das Land aufgebaut haben – nicht auch zusätzlich helfen kann.

Im Bericht des Landeshauptmannes geht es auch um das Thema SEL bzw. Energie. Ich verstehe bald nicht mehr, welche Politik das Land in diesem Zusammenhang betreibt und kann es auch nicht nachvollziehen - ich muss dies gestehen -, sonst wäre es auch nicht möglich, dass die SEL bei den Bürgern so schlecht angesehen ist. Ich möchte einmal wissen, wie viel die SEL insgesamt für Werbemaßnahmen wie für Fußballleibchen und insgesamt als Sponsor ausgibt, um das ramponierte Image aufzupolieren. Offensichtlich hat man dies bitter notwendig, aber besser wäre es, eine vernünftige Energiepolitik zu betreiben und sich als öffentlicher Betrieb dieses Geld für die Werbung zu sparen. Es ist irgendwo seltsam, dass dieser öffentliche Betrieb so viel Werbung machen muss. Ich verstehe grundsätzlich die Politik nicht, denn ursprünglich wollte man die Gemeinden aufwerten - ich stehe nach wie vor zu dieser Idee und zu diesem Konzept -, wobei man jetzt immer mehr dazu übergeht, die SEL immer größer und mächtiger werden zu lassen und die Gemeinden an den Rand zu drängen, die zwar einige Brosamen vorgeworfen bekommen und mitnaschen dürfen, aber das große Sagen hat weiterhin die SEL, und dahinter steht natürlich die mächtige Landesregierung. Zudem haben wir die Probleme mit der doppelten Funktion der SEL als Spieler und Schiedsrichter, aber ich möchte jetzt die Sache nicht allzu sehr vertiefen.

Die klinische Reform ist auch ein Thema. Es hilft alles nichts, wenn man immer wieder behauptet, dass kein Krankenhaus geschlossen würde. Dies hat niemand behauptet, weder ich noch ein anderer Vertreter der Opposition. Der Einzige, der es irgendwo niedergeschrieben hatte, war Generaldirektor Fabi selber. Er hat zwar auch nicht niedergeschrieben, dass sie geschlossen würden, sondern dass es angedacht sei, ab 2013 aus den peripheren Strukturen Altersheime zu machen. Von der Schließung war in dem Papier nicht die Rede, dies gebe ich gerne zu. Deshalb immer wieder zu behaupten, dass nie gesagt worden sei, dass sie geschlossen würden, ist auch nicht ganz richtig. Deshalb kann man sich diesen Sager langsam aber sicher ersparen.

Insgesamt kann man schon sagen, dass die klinische Reform – diesbezüglich muss ich Ihnen, Herr Landeshauptmann, auch Anerkennung zollen und danken – nicht so schlimm war, wie es ursprünglich ausgesehen hat. Durch die Information der Medien, durch die Information der Bürger, durch die Information der betroffenen Gemeindeverwalter ist es gelungen, einiges noch auszubügeln, denn dies ist mein Eindruck in dieser Angelegenheit. Die Verwaltung des Sanitätsbetriebes und auch die Landesregierung haben irgendwo auch zurückgerudert. Es hat sich dann nicht so sehr viel geändert, bis auf zwei, drei Sachen, die nicht unausgesprochen bleiben dürfen und die mir auch weiterhin große Sorgen bereiten. Frau Kollegin Klotz hat es heute bereits angesprochen. Wenn in den Grundversorgungskrankenhäusern die onkologische Chirurgie gestrichen wird und die Eingriffe nur mehr im Zentralkrankenhaus durchgeführt werden können, dann wird die Chirurgie in der Peripherie langsam, aber sicher sterben. Dies ist die Folge dieser Entscheidung, womit ich ganz große Bedenken habe, sodass ich mich energisch gegen diese Variante, diese Vorgangsweise aussprechen muss.

Ein weiterer Punkt sind die Geburtenabteilungen. Wenn es diese komische Lösung mit den 300 Geburten im Jahr nicht gibt, dann wird eine Geburtenabteilung geschlossen. Dies kann ich nicht nachvollziehen. Warum? Weil vor den Landtagswahlen 2008 von der Politik hoch und heilig versprochen wurde, dass die Grundversorgung überall, auch in der Peripherie in den drei sogenannten Grundversorgungskrankenhäusern erhalten bleibt. Wenn die Grundversorgung, laut Versprechungen, erhalten bleibt, dann gehört dazu wohl auch die Geburtenabteilung. Ich glaube, dass diese zur Grundversorgung dazu gehört, wobei dies auch niemand in Frage stellt. Wenn die Geburtabteilung zur Grundversorgung gehört und die Grundversorgung garantiert wurde, dann verstehe ich nicht, wieso jetzt plötzlich Gemeinden unter Umständen mitzahlen müssen. Da wurde doch, meiner Meinung nach, ein Versprechen eindeutig gebrochen. Wir können nur hoffen, dass vor allem in Innichen – darum geht es vor allem, aber vielleicht geht es morgen auch einmal um Sterzing - die Zahlen so sind, dass niemals das Krankenhaus oder die Geburtenabteilung in Gefahr kommt, denn die Bürgermeister sind sonst einem großen Druck ausgesetzt und werden wohl oder übel in die Tasche greifen müssen. Ich hoffe, dass auch der Gemeindenverband stark genug ist und sagt "Wehret den Anfängen", denn Kompetenzen des Landes sollte man grundsätzlich nicht über die Gemeinden finanzieren.

Abschließend möchte ich noch etwas ganz kurz zum Gesetzentwurf im Allgemeinen sagen. Mir persönlich sind diese beiden Gesetzentwürfe zu wenig sozial. Die Umkehr in Richtung mehr Hilfe für den "Normalbürger", für den kleinen Menschen, den wir bei unseren Versprechungen und Ansprachen immer wieder auf unseren Lippen haben, die Hilfe für den Rentner, die Hilfe für den Arbeitnehmer, die Hilfe für die Familien mit Kindern, diese Hilfen vermisse ich, Herr Landeshauptmann, wobei ich versucht habe zu erläutern, dass 8 Millionen Euro eigentlich keine 8 Millionen sind. Diese Lösung ist mir, mit Verlaub gesagt, ein bisschen zu kleinkariert. Dies darf ich mich getrauen zu sagen. Deshalb werde ich, sollte sich an diesen beiden Gesetzen vor allem in dieser Hinsicht nichts ändern, sicherlich dagegen stimmen. Ich darf auch mitteilen, dass wir als Freiheitliche Landtagsfraktion einen Beschlussantrag bzw. eine Tagesordnung vorgelegt haben, die in etwa 1.000 Seiten umfasst, weil wir alle der Meinung sind, dass es gerade in diesem sozialen Bereich deutliche Nachbesserung braucht. Vielen Dank!

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Als der Landeshauptmann den Bericht vorgelesen hat, ist mir ein Zitat eingefallen, das Prof. Hans Hinterhuber vor kurzem bei einer Buchvorstellung gebracht hat. Er hat gesagt, dass zu viel Weihrauch die schönste Kapelle schwarz mache. Vielleicht sollte man sich dies irgendwo für den nächsten Bericht merken.

Wir haben in der Gesetzgebungskommission beide Gesetze durchgearbeitet und mit den Anhörungen der Sozialpartner begonnen. Wir haben die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften der Arbeitnehmerverbände in die Kommission eingeladen und unabhängig von den Forderungen, die beide erhoben haben, ist ganz klar die sehr schlechte Stimmung gegenüber der Politik zum Vorschein gekommen. Ohne jetzt parteipolitisch wirken zu wollen, ohne Mehrheit und Minderheit hier ins Spiel bringen zu wollen, liegt es sicherlich an uns allen, an jedem Abgeordneten selbst, dass er die Politik in diesem Lande irgendwo auch, ich will jetzt nicht sagen, verteidigt, aber

versucht, ihr ein besseres Bild in der Öffentlichkeit zu geben, denn ich glaube, es ist eine sehr gefährliche Entwicklung, der wir hier entgegengehen.

Zu den einzelnen Maßnahmen selbst. Wir haben gehört, dass die Wirtschaft in der Vergangenheit sehr viel profitiert hat, weil ihr nämlich durch die IRAP-Senkung 90 Millionen Euro geschenkt wurden. Ich sehe es aber anders, denn dies muss ich ganz klar feststellen. Ich bin sicher, dass die IRAP-Senkung ein Zeichen vor allem an große Betriebe war, doch an Südtirol festzuhalten und ihre Betriebsstätten nicht in das benachbarte Ausland zu verlegen. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass die IRAP vor allem auf die Sozialabgaben der Arbeiter berechnet wird, die diese im Betrieb halten, das heißt, je mehr Arbeiter im Betrieb sind, desto höher ist die IRAP. Es steht fest, dass derzeit vor allem Baufirmen große Probleme haben, denn sie sind teilweise in ihren Bilanzen mit einer schwarz-roten Null, oder wie immer man es bezeichnen möchte, davongekommen und sind schlussendlich, nachdem sie die IRAP-Steuer zu zahlen hatten, in ein Minus geraten. Die IRAP wird nicht auf einen Gewinn ausgerechnet, sondern beruht auf anderen Grundlagen und ist eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer.

Auch über die IRPEF wurde viel diskutiert. Wir haben in der Kommission die 8 Millionen so aufgeteilt, wie wir es für richtig und gut erachtet haben. Jetzt schaut es aber so aus, dass Einkommen bis 12.500 Euro befreit davon werden sollen, dass bis 25.000 Euro jene Familien mit Kinder befreit werden sollen, die ein Einkommen haben, und dass bis 50.000 Euro Familien mit zwei Einkommen befreit werden sollen. Für mich ist es – ich habe es klar erklärt – auch dort zu wenig, aber mir ist lieber der Spatz auf der Hand als die Taube auf dem Dach. Wenn wir uns bei einem Haushalt von 5,3 Milliarden Euro 8 Millionen Euro anschauen, dann ist dies nicht nur lächerlich, sondern irgendwo eine Schande. Wenn wir sehen, dass die Fassade im Landhaus 2, die jetzt herunterfällt, 5 Millionen Euro kostet, dann geben wir der Südtiroler arbeitenden Bevölkerung das, was die Fassade im Landhaus 2 zweimal gekostet hat. Ich glaube, dass hier sicherlich Spielraum nach oben offen ist. Ich habe auch miterlebt, dass in der Gesetzgebungskommission plötzlich ein Antrag eingebracht wurde, bei dem es um 3,5 Millionen Euro für Zinszahlungen von Konzessionären gegangen ist. Dieser Antrag wurde von Landesrat Bizzo zweimal zurückgezogen, weil er ihm selbst wahrscheinlich nicht ganz geheuer war. Der Antrag ist dann aber schlussendlich von der SVP-Fraktion wieder eingereicht worden. Hier kann man wirklich nicht behaupten, dass man das Geld nicht findet, denn es ist zur Genüge vorhanden.

Kollege Hans Heiss hat heute die 50 reichsten Südtiroler angesprochen, die in der Wochenzeitung "FF" veröffentlicht worden sind. Wir haben auch heute sehr oft Klassenkampfparolen, vor allem von Ihnen, lieber Georg Pardeller, gehört. Ich denke aber, dass wir diese Klassenkampfparolen wirklich beiseiteschieben sollten. Wieso soll jemand bestraft werden, auch in unserem Land, wenn er Leistung erbringt? Leistung soll sich natürlich für jeden lohnen dürfen.

Im Haushaltsgesetz wird immer wieder die Wirtschaft dahingehend angesprochen, wie viel sie an Beiträgen kassiert. Ich habe es mir angeschaut und auch in den letzten Jahren verfolgt. Im Tourismus gibt es derzeit keine Beiträge mehr, denn es werden nur mehr die alten Gesuche abgearbeitet. Touristiker sagen der Landesregierung, dass sie keine Beiträge bräuchten, aber sie wollen wissen, ob es in Zukunft noch welche gibt oder keine mehr gibt, sonst würden sie ihre Investitionspläne nicht aus der Schublade herausziehen. Wir wissen, dass es derzeit im Lande 150 bauwillige Touristiker gibt, die auf eine Entscheidung warten. Wenn ich morgen als Hotelier weiß, dass es in den nächsten fünf Jahren keinen Beitrag mehr gibt, dann werde ich dennoch bauen, aber dies muss man ganz klar sagen und darauf warten die Menschen auch. Nicht nur die Hoteliers, sondern auch die Bauwirtschaft sollten sich mehr darauf konzentrieren und weniger fordern, dass das Land die öffentliche Bauaufträge steigert, sondern schaut, dass hier Klarheit herrscht.

Im Handel – ich komme aus dem Handel – sind die Beiträge nicht weiß Gott was, sondern betragen derzeit 13 oder 16 Prozent auf die Investitionssummen, die man tätigt, weshalb keiner investieren wird. Der Handel hat ein ganz anderes Problem, nämlich dass Gesetze nicht für alle gleich sind. Herr Landesrat Widmann! Es wäre wirklich wichtig, hier klare Spielregeln zu schaffen. Ich glaube auch, dass sich der Handel auf die Zukunft einstellen, damit leben muss und es Großverteilungen gibt. Diese sollte es auf das ganze Land verteilt geben, aber die Gesetze müssen, solange sie gelten, für alle gleich gelten. Es kann nicht sein, dass in Vintl, Brixen oder Bozen große Handelsflächen ausgewiesen werden, wobei die einen dürfen und die anderen nicht dürfen, und jeder weiß, dass, wenn man hier hinter diesen großen Handelsflächen einen Namen schreibt, dieser mit Vitamin B genügend versorgt wird.

Die Industrie ist auch interessant. Auch die Vertreter der Industrie - dies möchte ich schon klarstellen - gehen nicht her und sagen, wir wollen mehr Beiträge, ganz im Gegenteil. Sie sagen, die 7 oder 8,5 Millionen Euro könnt Ihr Euch auch noch behalten, aber wir brauchen Weichenstellungen für die Zukunft. Eine dieser Weichenstellungen wäre ein Innovationsgesetz. Dieses, Herr Landesrat Bizzo, das wissen Sie selbst, wird derzeit von unse-

ren Betrieben nicht angenommen, und dies aus einem ganz einfachen Grund. Erstens wird in die Innovation die Soa-Zertifizierung hineingerechnet, die dort überhaupt nichts zu suchen hat, denn auch dort wird nach dem Schema "Ich suche an und bekomme einen gewissen Betrag als Investition, als Verlustbeitrag geschenkt" verfahren.

Wir sollten uns aber auch andere Modelle anschauen, wie wir sie in Europa haben. Diesbezüglich habe ich einen Beschlussantrag bzw. eine Tagesordnung vorbereitet, bei der es – diese werde ich dann im Rahmen der Behandlung erläutern – um einen Technologiekredit und um eine Bürgschaft geht, die das Land oder Landeskreditgenossenschaften für innovative Unternehmen übernehmen. Hier wäre es wichtig, fortschrittlich zu denken, denn die große Herausforderung für unser Wirtschaftswachstum ist in Zukunft sicherlich die Innovation. Wenn wir uns die letzten Zahlen anschauen, dann sehen wir, dass bei uns nur 0,4 Prozent, im Gegensatz zu 0,6 Prozent in anderen Regionen Europas, in die Investitionsförderung investiert werden. Die Industrie ist hergegangen und hat noch etwas gesagt, nämlich die IRPEF für die Angestellten soweit als möglich zu senken. Die Industrie hat also, lieber Georg Pardeller, nichts für sich gefordert, sondern für die Angestellten, denn jeder weiß, dass, wenn diese mehr in der Tasche haben, sie das Geld natürlich wieder ausgeben und es somit wieder in den Wirtschaftskreislauf kommt.

Zum Nahverkehr. Ich habe den Nahverkehr als großen Gewinner dieses Gesetzes bezeichnet. Ich glaube, dass man auch hier ganz emotionslos an die Sache herangehen sollte, denn man sollte sich wirklich einmal die Förderkriterien des Nahverkehrs anschauen, die darauf hinauslaufen, in Südtirol wirklich Monopolisten zu züchten. In Zukunft wird von Landesseite bis zu 100 Prozent für die Investitionen gebürgt, die Fuhrparks können alle erneuert werden und zusätzlich gibt es noch ein Kilometergeld von 2,50 Euro. Was will man mehr als Unternehmer? In diesem Bereich kann man sich nichts Besseres wünschen und nichts Besseres vorstellen. Aber gleichzeitig sieht man, dass die Wahlgeschenke wie das Abo+ für 60- oder 70-Jährige oder ganz günstige Ticketkredite – ich bezeichne sie als Wahlgeschenke - nun doch Löcher in den Haushalt reißen. Jetzt herzugehen und die Tarife zu erhöhen, wird sicherlich schwierig sein, denn dies kann ich mir vorstellen. Ich glaube eher, dass man, wenn man den öffentlichen Nahverkehr fördern will, hergehen, die ganze Nahverkehrssituation durchforsten und schauen sollte, wo man einsparen kann, und nicht zusätzlich Geld ausgeben sollte.

Über die Erreichbarkeit wird viel gesprochen. Ich möchte hier nur zwei Punkte herausgreifen. Beim ersten Punkt geht es um den Flughafen Bozen. Auch hier sollen Sie, Herr Landesrat Widmann, eine Studie oder einen Masterplan vorstellen oder vorgestellt haben, wie er sich besser rechnen könnte. Diesbezüglich habe ich vielleicht eine etwas ganz andere Meinung zu der ganzen Sache, denn für mich kommt der Flughafen bei der Bevölkerung nicht an, weil er sich nicht rechnet. Jeder, der aus ökologischen Grundsätzen sagt, dass der Flughafen geschlossen werden soll, dem muss ich sagen, dass er auch nicht von Verona, von Innsbruck oder von München wegfliegen dürfe, wenn es ihm wirklich um den Umweltaspekt geht. Aber die Menschen haben irgendwo genug, wenn in Strukturen, die sich nicht rechnen, Geld hineingepumpt wird.

Beim zweiten Punkt geht es um die Pustertaler Straße. Sie wird derzeit in einigen Bereichen stark, ich will nicht sagen, ausgebaut, sondern umgebaut. Es werden dort Millionen von Euro hineingesteckt, aber der Verkehr, wie es scheint, wird nicht flüssiger. Hier schlagen wir vor, dass Überholmöglichkeiten geschaffen werden, denn es kann nicht sein, dass nach einem sehr teuren Ausbau immer noch Staus auf dieser Straße zu verzeichnen sind.

Zur SEL. Kollege Thomas Egger hat es bereits angesprochen. Ich wundere mich immer, wie man eine an sich nicht schlechte Sache, wenn man in Südtirol den Strom irgendwo heimholt, so negativ darstellen kann, dass sich das ganze Land über die SEL aufregt. Hier muss man einmal sagen, dass es nichts nützen wird, wenn die SEL Leibchen spendiert und als Sponsor auftritt. Vielleicht sollte sie einmal sich selbst hinterfragen und Öffentlichkeitsarbeit in anderer Weise machen. Wenn man bei der SEL die Gemeinden mitverdienen ließe und man den Leuten einen günstigen Strom anbieten oder dies mindestens in Aussicht stellen würde, dann, glaube ich, könnte die Diskussion ganz anders verlaufen.

Im Zusammenhang mit der Strom- und Energiesache sei noch eines erwähnt. Derzeit sprießen die Anlagen im ganzen Land aus dem Kraut, aber was man sich anschauen sollte und wirklich interessant ist, ist, dass bei nahezu jeder Anlage, bei jeder Erzeugungsform von Energie - ich nehme jetzt nicht nur die Wasserkraft, sondern auch BHKW usw. her - eine Treuhandgesellschaft dahinter steckt. Hier wäre es auch für die Landesregierung interessant, für Transparenz zu sorgen. Es werden Konzessionen an Treuhandgesellschaften vergeben, auch wenn man weiß, wer hinter diesen steckt. Wenn die Landesregierung schon weiß, wer hinter diesen steckt, dann sollte man in Zukunft keine Konzessionen mehr vergeben.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich nehme zur Kenntnis, dass alle alten Zöpfe abgeschnitten wurden, denn dies war das durchgängige Motto im letzten Jahr. Nachdem man sich jetzt der alten Zöpfe entledigt hat, kann man sich selbst loben. Dies ist der Einstieg in diesen Haushalt.

Ich muss vorausschicken, dass sicherlich sinnvolle Investitionen – es wurde hier bereits genannt –, wie gerade im Bereich des Personennahverkehrs getätigt werden.

Was ich allerdings bei diesem Haushalt sehr bemängele, ist die Einsparung auf Kosten der Bildung und Kultur. Wenn man sich ein bisschen die einzelnen Kapitel durchliest, dann stellt man fest, dass fast bei allen einzelnen Kapiteln, die die Bildung und Kultur betreffen, Einsparungen vorgenommen werden. Einsparungen gibt es nicht nur im heurigen Jahr – ich habe mir die Mühe gemacht, die Haushalte der letzten Jahre zu vergleichen –, sondern es hat sie bereits im Zuge der letzten Jahre gegeben. Manche Summe, die heuer mit 20.000, 30.000 Euro vielleicht noch geringer aussieht, bekommt eine andere Dimension, wenn man feststellt, dass im Jahr vorher dieselbe Summe bereits um 80.000 oder 120.000 Euro gekürzt wurde. Der Umstand, dass man gerade in Krisenzeiten, in denen es auch in Südtirol auf dem Arbeitsmarkt letzten Endes darauf ankommt, dass wir gut ausgebildete Menschen in die Berufswelt entlassen, gerade in diesen Bereichen spart, erscheint mir doch ein bisschen ungut gewichtet, um es einmal so zu sagen.

Sie haben in ihrer Rede, Herr Landeshauptmann, viel Richtiges, gerade auch was die politische Situation in Südtirol anbelangt, gesagt. Was ich sicherlich nicht teile und bemängele, ist die fehlende Zukunftsperspektive. Sie nennen sich selbst Pragmatiker, der die Tagespolitik, die auch wichtig ist, betreibt, was ich gar nicht in Abrede stelle, aber nichtsdestotrotz, denke ich, wird die Südtirolpolitik nicht umhin kommen, auch über die Tagespolitik hinauszukommen und sich darüber Gedanken zu machen.

Sie sprechen ganz richtig in Ihren Worten, dass man unter "Integration" auch nicht kulturelle Selbstaufgabe verstehen soll. Dies ist ein richtiger Aspekt, nur behandeln Sie ihn in Südtirol nicht durchgängig. Ich kann mich gut daran erinnern, dass Sie am Andreas-Hofer-Tag in Meran die Gedenkrede gehalten haben, in der Sie unter anderem dieselben Worte gebraucht haben, nämlich dass man das Land nicht zubetonieren sollte; dies ist aber eine andere Geschichte. Jetzt spreche ich nicht vom Betonieren der Straßen und Autobahnen, denn ich weiß, dass Sie ein fundierter Kenner der Autobahnen im Dritten Reich sind, sondern teilweise von Bauten, aber nichtsdestotrotz. Schauen Sie, Selbstaufgabe heißt auch kulturelle Geringschätzung, und da fallen sehr wohl die Ortsnamensfrage und auch die fehlende geschichtliche Aufarbeitung hinein. Wir haben jetzt das Geschichtsbuch bekommen, das für alle Sprachgruppen gemeinsam genutzt wird. Ich weiß nicht, ob Sie sich dieses angesehen haben, aber dort drinnen begeht man denselben Fehler. Dort werden beispielsweise Eigennamen ganz selbstverständlich von Personen ins Italienische übersetzt. Dies ist jetzt nur ein kleines Detail, aber nichtsdestotrotz zeigt es uns, dass selbst Namen, die nicht verändert werden sollten – hier sprechen wir nicht von Namen, die im italienischen Sprachgebrauch diese Bedeutung haben, sondern durchaus von Namen historischer Persönlichkeiten aus dem Raum Tirol, die in Italien teilweise nicht so bekannt sind –, ganz selbstverständlich ins Italienische übersetzt werden.

Gleich verhält es sich eben auch mit den Ortsnamen. Wir hatten hier bereits mehrfach die Diskussion, dass die Landesregierung teilweise hergeht und Namen übersetzt, die überhaupt nicht zu übersetzen wären. In meiner Heimatgemeinde Schenna gibt es beispielsweise einen Weiler, der "Verdings" heißt. Dieser trägt heute den italienischen Namen "Verdines". Wenn man sich ein bisschen die Mühe macht und im Prontuario nachschaut, dann wird man feststellen, dass es ein "Verdines" nur für "Verdings" gibt. In allen Militärkarten ist nur der Name "Verdings", aber nirgendwo der Name "Verdines" verzeichnet. Da hat irgendein sauberer Bürokrat gedacht, dass man das Wort "Verdings" mit dem Wort "Verdines" übersetzen könnte. Dies hat man sauber übernommen und in allen Akten, auch im Grundbuch, steht jetzt das Wort "Verdines" drinnen. Hat dies nichts mit kultureller Selbstaufgabe zu tun, wenn man hergeht und Namen übersetzt, die nicht einmal Tolomei übersetzt hat? Wir haben dasselbe Beispiel mit dem Namen "Laimburg". Wir hatten eine ähnliche Diskussion im Skigebiet ...

ABGEORDNETER: (*unterbricht – interrompe*)

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Fahren Sie einmal ins Unterland und schauen Sie auf die Schilder!

Ich denke, dass die Ortsnamen – Kollegin Klotz hat dies bereits am Vormittag aufgegriffen – sehr wohl etwas mit Kultur zu tun haben. Wenn man diese Namen nicht schätzt und bereit ist, alles blind anzuerkennen und der Bevölkerung etwas vormacht, ... Sie sagen selbst, dass alle Gemeindenamen doppelsprachig bleiben. Ich erinnere mich, dass ich mit einer Kollegin der Südtiroler Volkspartei in einer Podiumsdiskussion war, in der der Bevölkerung genau das Gegenteil erzählt wurde. Dort hat es geheißen, dass wir mit dieser Gesetzesvorlage, die Sie jetzt einbringen möchten, erstmals die Möglichkeit haben, auch die Gemeindenamen in die deutsche Ur-

sprungsform zurückführen zu können. Ich will nur sagen, dass hier mit doppelter Zunge gesprochen wird und der Bevölkerung teilweise ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht – interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich will die Kollegin hier im Saal nicht bloßstellen, sondern sage es Ihnen nachher. Ich will nur sagen, dass hier eine doppelzüngige Politik betrieben wird. Ich denke, dass gerade in Südtirol mit diesen ganzen unaufgearbeiteten politischen Problemen, die auch auf historische Gegebenheiten zurückzuführen sind, ein großes Spannungsfeld herrscht. Ich denke, dass der finanzielle Wohlstand, den wir in Südtirol haben, natürlich zu einer Befriedung beiträgt, aber dies ist keine Basis für einen dauerhaften Frieden. Ich habe es schon einmal gesagt. Wenn wir glauben, dass sich diese Probleme alle von selbst lösen, dann werden wir uns umschauen, wie es, wenn wir eines Tages in Südtirol keinen finanziellen Wohlstand mehr haben, dann mit dem friedlichen Zusammenleben bestellt ist.

Sie sprechen auch davon, dass uns gerade die Einwanderung in Südtirol vor neue Herausforderungen stellt. Diesbezüglich gebe ich Ihnen Recht. Sie sagen, dass man den europäischen Einwanderern den Vorzug geben sollte. Was macht Italien? Genau mit diesem Dekret, das wir jetzt haben, in dem es darum geht, dass man die Sprachtest verpflichtend in italienischer Sprache ablegen muss, schrecken wir jene Einwanderer ab, die sich eher der deutsch- und ladinischsprachigen Gruppe zuordnen würden und teilweise schon Deutsch können, wie jene aus Ungarn. Ich will damit nur sagen, dass viele Maßnahmen ineinandergreifen. Es ist halt zu wenig, sich herzustellen und zu sagen, wir hätten etwas gerne so - und erzählen es dann so der Bevölkerung -, wobei wir ganz genau wissen, dass es nicht umsetzbar ist. Dies gehört halt auch zu einer objektiven politischen Aufarbeitung und Information der Gesellschaft dazu und diese kann nicht nur unsere Aufgabe allein sein. Sie sind als Landesregierung genauso verpflichtet, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken.

Die Europaregion Tirol. Ich nehme es Ihnen nicht übel, denn aufgrund der Obstruktion im Regionalrat hat man irgendwann die Übersicht verloren. Sie haben es so schön genannt, um mit einer gemeinsamen Stimme der Alpenregionen zu sprechen. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass dies der falsche Beweggrund zur Gründung einer Europaregion Tirol ist. Wenn, dann sollten die kulturellen, politischen, wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten im Vordergrund stehen, aber nicht alleine, sondern man sollte vielleicht den Alpenregionen eine gemeinsame Stimme geben. Wenn man sich dies – diese Frage werde ich Ihnen danach noch einmal ganz konkret stellen – im Haushalt anschaut, dann sieht man, dass gerade im Bildungs- und Kulturbereich gekürzt wurde, für eine Kulturhauptstadt aber dennoch 600.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß, dass Sie den Begriff "Triveneto" nicht gerne hören, aber letzten Endes läuft es darauf hinaus, dass man im Jahr 2019, im Jahr der Teilung Tirols, nicht diese vielgepriesene Europaregion Tirol als gemeinsame Kulturhauptstadt bewirbt, nein, sondern versucht, irgendwelche Gemeinsamkeiten mit gewissen Regionen zu finden, wobei wir eigentlich ganz froh sein können, dass wir mit diesen Regionen nicht mehr so viel wie vor einigen Jahrzehnten zu tun haben. Sie sind uns und auch der Bevölkerung noch immer die Antwort dahingehend schuldig, warum man für das Jahr 2019, für diese Bewerbung, nicht die Europaregion Tirol hernimmt, wenn diese schon für Sie dieses vielgepriesene Zukunftsmodell sein soll. Und hier ...

ABGEORDNETER: *(unterbricht – interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ja, aber dies hat nichts damit zu tun, denn Südtirol gehört auch noch nicht zu Österreich, aber deswegen könnten wir trotzdem versuchen, eine Gemeinsamkeit ... Sie predigen doch immer, dass es keine Grenzen mehr gibt! Warum kann dann Südtirol nicht gemeinsam mit dem Trentino und dann in weiterer Kooperation mit dem Bundesland Tirol diese Kandidatur einrichten? Dies sind fadenscheinige Ausreden! Aber darauf werden wir sicherlich noch zu sprechen kommen.

Was die Volkszählung anbelangt, haben Sie ganz richtig darauf hingewiesen, dass sie nächstes Jahr wieder stattfindet. Ich denke – dies wird ganz gerne verschwiegen –, dass nicht die nächste Volkszählung, sondern die Volkszählung in zehn oder zwanzig Jahren, wenn die Entwicklungen so weitergehen wie bisher, Südtirol vor große Probleme stellen wird. Das Landesstatistikamt hat uns vorgerechnet, dass vier Prozent der ausländischen Kinder eine deutschsprachige Schule besuchen. Wir haben jetzt zirka 40.000 ausländische Schüler und das Landesstatistikamt hat diese Ziffer hochgerechnet und gesagt, dass wir in zehn Jahren, im geringsten aller Fälle, 75 und mehr Prozent haben werden. Dies ist nicht die Schuld der Einwanderer, sondern teilweise die Schuld der Landesregierung und von uns allen, weil es für uns natürlich bequem gewesen ist, über viele Jahre die Ausländer-

kinder in die italienische Schule zu schicken, weil man damit das Problem in den deutschen Schulen nicht hatte. Man hat aber natürlich verkannt, dass dies dazu führt, dass Ausländerkinder in die italienische Sprachgruppe integriert werden, dass sie hier geboren werden, in die Schule gehen, Freunde finden und sich irgendwann einmal der italienischen Sprachgruppe zugehörig fühlen.

ABGEORDNETER: (*unterbricht – interrompe*)

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir haben nie irgendwelche ausländerfeindliche Parolen von uns gegeben und ich wüsste nicht, dass hier im Landtag irgendjemand einmal ausländerfeindliche Parolen von sich gegeben hätte.

Aber unabhängig davon denke ich, dass dies eine Herausforderung für die Landesregierung sein wird – nicht nur der Landesregierung, diesbezüglich haben Sie Recht, sondern von uns allen –, aus den Ausländern von heute Einheimische zu machen, denn sonst werden wir in Südtirol in zwanzig Jahren 80.000 "neue Italiener" haben, mit allen Konsequenzen was den Proporz, die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung usw. anbelangt. Ich denke, dass dann Südtirol vor große Probleme gestellt sein wird.

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Südtiroler Volkspartei im Jahre 1957 zur Großkundgebung nach Schloss Sigmundskron wegen 5.000 Wohnungen, die in Bozen hätten gebaut werden sollen, gerufen hat. Wir sprechen jetzt aber von ganz anderen Dimensionen!

Ein Wort zum Kollegen Hans Heiss, weil er heute Vormittag einige Worte zum friedlichen Zusammenleben gesagt hat. Ich verwehre mich einfach dagegen, dass es ein friedliches Zusammenleben nur unter der Bedingung der Beibehaltung des Status quo geben wird. Dies ist auch ein bisschen eine Unterstellung gegenüber der Südtiroler Bevölkerung, so quasi, wenn wir nicht mehr bei Italien wären, dann würden wir voll mit der revanchistischen Keule kommen und mehr oder weniger die Italiener aus dem Land hinausekeln. Dies ist, lieber Kollege Heiss, eine Unterstellung. Wir müssen der Bevölkerung in Südtirol, die durchaus gebildet ist und auch selbst die Erfahrung gemacht hat, was die Unterdrückung im Faschismus und in den folgenden Jahren geheißen hat, zugestehen, dass sie nicht dasselbe macht, was mit uns damals der Faschismus gemacht hat.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): (*unterbricht – interrompe*)

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Aber dann heißt es, dass wir in der Geschichte nie etwas verändern können. Wer fragt denn uns? Ich möchte hier eines präzisieren. Kollege Leitner hat gesagt, dass in Südtirol kein Projekt gegen eine andere Volksgruppe gemacht werden könne. In Südtirol werden seit 1918 permanent Projekte gegen eine oder zwei Volksgruppen, nämlich gegen die deutsche und ladinische Bevölkerung gemacht, und dies ist auch heute noch die Realität, nämlich von den Ortsnamen über die faschistischen Relikte, über die ganzen wunderbaren Bestimmungen, die aus Rom kommen, bis hin, im letzten Sommer, zur Militärandrohung.

Sie haben es heuer in Ihrer Haushaltsrede nicht mehr erwähnt. Ich denke, dass Sie sich letztes Jahr die Frage gestellt haben, warum sich viele junge Menschen die Frage nach Selbstbestimmung, nach einer Zukunft, die über die Autonomie hinausreicht, stellen. Ich gebe Ihnen darauf einmal eine Antwort, denn Ihre Generation ist in einer Zeit groß geworden, als jede neue Errungenschaft ein großer Gewinn war. Ich hatte gerade im Regionalrat mit einer Kollegin einen ganz anregenden Diskurs über die Forstbehörde, in der zuerst alles auf Italienisch war. Wenn dort ein deutscher Beamter war, dann war es nämlich zweitrangig, ob ein Formular nur in deutscher oder italienischer Sprache vorhanden war. Wir haben in Südtirol eine neue Generation, die mit der Autonomie bereits aufgewachsen ist, für die diese Rechte auch selbstverständlich sind und die es sich nicht gefallen lässt, von einem Polizisten zu hören: "Parli con me in italiano". Für diese Generation ist es einfach nicht normal, dass ein Regionalminister hergeht und einem Land mit Militäreinsatz droht, wenn nicht auf jedem Berggipfel italienische Schilder angebracht werden! Es mag schon sein, dass dies für eine Generation, die vielleicht noch die Nachkriegsära erlebt hat, nicht so schlimm ist, aber für junge Menschen, die den Vergleich zu anderen europäischen Ländern haben, ist so etwas ein abschreckendes Beispiel. Es darf einen nicht wundern, wenn sich junge Menschen die ganz konkrete Frage stellen, ob solche Parameter die Basis für eine gesicherte Zukunft darstellen. Wenn man die Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre in Europa und auch jene der Europäischen Union selbst hernimmt, dann muss man einfach feststellen, dass nichts Unmöglich ist und es einfach blauäugig ist zu glauben, dass es so bleiben wird wie bisher und dass sich nichts verändern darf, dass maximal ein paar Kompetenzen dazukommen, aber sonst sich nichts mehr verändern wird. Wie stellen Sie sich denn Südtirol in fünfzig oder hundert Jahren vor, sofern Sie noch Landeshauptmann sind, denn Sie wissen ja nicht, wie lange Sie dies noch sind? Wenn wir davon

ausgehen, dass sich in der Geschichte nichts mehr verändern wird, dann sollten wir nur unsere Generation hernehmen, und schließe mich darin selbst mit ein. Welche Generation kann von sich behaupten, innerhalb eines Lebens so große Veränderungen miterlebt zu haben, angefangen ...

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): *(unterbricht – interrompe)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Entschuldigung, Hans Heiss! Ich meine damit Eure Generation, die aus einer Nachkriegsgesellschaft kommt, den kalten Krieg überwunden und die Europäische Union mit einer gemeinsamen Euro-Währung miterlebt hat, dies alles in einer Zeitspanne von, sagen wir, fünfzig Jahren. Welche Generation kann so etwas von sich behaupten? Es hat immer wieder große Veränderungen gegeben, aber ein Bündel so großer Veränderungen bis hin zur Wiedervereinigung Deutschlands, die zwei Jahr vor der Wiedervereinigung für undenkbar gehalten wurde, gab es bisher nicht. Ich denke, dies kann man durchwegs als den Erfahrungsschatz einer Generation wertschätzen, denn solche Veränderungen sind nicht nur etwas Negatives.

Ich will damit nur sagen, dass man daraus auch die Erkenntnis schließen kann, dass sich in der Geschichte manchmal Dinge ändern können und dass nicht jede Veränderung automatisch etwas Negatives mit sich bringt, sondern dass sie auch etwas Positives bringt. Die Veränderung in Richtung Selbstbestimmung wird aber immer als etwas Negatives dargestellt, als ob es schlecht wäre, dass die Bevölkerung selber darüber entscheidet, als ob es schlecht wäre, dass es zu einer Abstimmung kommt, als ob es schlecht wäre, dass die Bevölkerung irgendwann auch einmal die Verantwortung für die eigene Zukunft übernimmt. Es ist doch irgendwo ein demokratischer Grundansatz, dass man der Bevölkerung zugesteht, selber entscheiden zu können. Man soll nicht glauben, dass die Politik der Bevölkerung vorgeben muss, wie sie zu leben hat. Dies hat weder mit Demokratie noch mit einer humanistischen und aufgeklärten Gesellschaft, die wir alle predigen und auf die wir alle hinarbeiten, zu tun. Deshalb verwehre ich mich dagegen, wenn die Selbstbestimmung immer als Zündelei abgetan wird, so als ob sie etwas Schlechtes wäre. Ich denke, dass wir mit unseren Äußerungen sehr vorsichtig sein sollten, denn wir werden irgendwann einmal, wenn wir die Selbstbestimmung brauchen, in Erklärungsnot kommen, weil wir selber diejenigen sind, die sie über Jahre hinweg einfach immer verteufelt und als Teufelswerk abgetan haben.

Das, was in diesen Tagen auch über die Tageszeitung "Dolomiten" gespielt wird, spielt genau in diese Situation hinein. Natürlich ist es angenehm, politische Mitbewerber auf diese Art und Weise einfach ein bisschen mundtot zu machen, aber was dort gemacht wird, hat nichts mehr mit einem politischen Diskurs zu tun. Es ist auch kein seriöser Journalismus mehr, sondern ein Malleus Maleficarum auf patriotischer Ebene, der hier betrieben wird, denn hier wird eine regelrechte Hexenjagd gemacht und versucht, alles Patriotische als rechtsradikal darzustellen und das Selbstbestimmungsrecht auf eine Ebene mit Rechtsradikalismus, mit ewig Gestrigem und Zündelei zu stellen. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, Herr Durnwalder, denn wie wollen Sie der europäischen Öffentlichkeit, wenn Sie diese Abstimmung eines Tages brauchen, erklären, dass wir jetzt plötzlich für die Selbstbestimmung sind, wenn diese ein paar Monate vorher noch als Teufelswerk abgetan wurde?

Ich komme auf die Jugend zurück. Ich weiß nicht, ob Sie die Berichte über die heutige Abstimmung im Parlament schon gelesen haben. Berlusconi hat ganz knapp die Abstimmung gewonnen, sie musste aber unterbrochen werden, weil es im Parlament zu einer Prügelei gekommen ist. Ich weiß nicht, ob Sie solche Zustände als normal empfinden. Für mich ist dies eine Zumutung, denn ich denke, dass solche Verhältnisse für jeden gebildeten Menschen schlichtweg eine Zumutung ist. Eines sollten wir aber nicht außer Acht lassen. Wenn man sich die jetzige Entwicklung, die in Europa gerade in Bezug auf die Krise des Euro stattfindet, anschaut – man muss nur das Beispiel von Irland hernehmen, das vor zwei Jahren noch zu den Musterschülern in Europa gehört hat und jetzt im Grunde kurz vor dem Staatsbankrott steht -, dann, denke ich, sollten wir durchaus auch unserer Verantwortung bewusst werden, darüber nachzudenken, in welcher Situation Italien steht.

Italien gehört zu den meistverschuldeten Staaten nicht nur in Europa, sondern in der Welt. Italien wird immer wieder von Agenturen im Ranking herabgestuft. Immer so zu tun, als ob dies alles Südtirol nicht betreffen und wir mit unserem tollen Mailänder Abkommen und Pariser Vertrag so quasi über den Dingen schweben würden, ist eine gefährliche Annahme, denn hier macht man in Wirklichkeit der Bevölkerung etwas vor. Ihr wird vorgegaukelt, dass alles in trockenen Tüchern sei, dass uns nichts passieren könne, aber irgendwann einmal kommt das böse Erwachen. Italien gehört bereits zu den PIGS-Staaten wie Portugal, Griechenland usw. Was machen wir, wenn sich Staaten wie Italien nicht mehr leisten können, die Euro-Zone zu behalten? Was macht dann Südtirol? Sagen wir dann, dass uns dies egal ist und wir trotzdem den Euro behalten werden? Das sind Szenarien, die gar nicht mehr so weit weg von der Realität sind, wenn man sich die Entwicklung der letzten Wochen und Monate in Europa angeschaut hat.

In dieser Rede vermisse ich einfach diese Dinge. Dies hat nichts mehr mit Parteipolitik zu tun, sondern es geht um die Zukunft des Landes. Diese liegt nicht nur darin, einen Haushalt zu verteilen, sondern sich auch Gedanken darüber zu machen, ob wir in Zukunft derartige Haushalte noch verteilen und unseren jungen Menschen Sicherheit geben können. Hier spielt sehr wohl die Wirtschaft mit hinein. Etwas, was die Wirtschaft immer wieder verlangt, sind stabile Verhältnisse und die Regierung in Rom lebt es uns vor, dass wir mit einer solchen Regierung bestimmt keine stabilen Verhältnisse haben, weder steuerpolitische noch langfristig planbare. Im Grunde genommen ist in Italien Stillstand. Alle wichtigen Reformen, die dringend notwendig wären, werden nicht mehr umgesetzt, und je mehr die Regierung in die Krise und je mehr es zu Neuwahlen kommt, desto mehr wird der Bevölkerung versprochen und desto mehr werden Steuerzuckerlen verteilt. Wer dies dann alles zahlen soll, steht auf einem anderen Blatt Papier. Deshalb verwehre ich mich einfach davor, dass diejenigen, die sich Gedanken über eine solche Zukunft machen und nicht einfach nur in diesen Autonomiealltag hineinleben, einfach als ewig Gestrige und Zünder abgestempelt werden.

SCHULER (SVP): Ich möchte vorausschicken, dass mir nichts daran liegt, diese Woche, die ohnehin lange genug dauern wird, noch einmal künstlich zu verlängern. Ich möchte aber trotzdem die Gelegenheit nützen, um mich an dieser Haushaltsdebatte zu beteiligen. Mir ist auch bewusst, dass es in dieser Woche im Rahmen der Behandlung des Haushaltes keinen allzu großen Spielraum mehr geben wird, um beim Haushalt selber noch weiß Gott was zu verändern, aber es ist immer auch eine Gelegenheit, eine bestimmte Analyse über den Haushalt selber und über die politische Entwicklung anzustellen.

Sicher ist vieles positiv gewesen und viele Ansätze sind positiv, aber ich möchte doch einige kritische Dinge hervorheben. Einmal möchte ich aus dem Bericht zitieren, und zwar was die Entwicklung der Gesellschaft – dies auf Seite 1 - anbelangt. Hier steht – wir haben es auch aus dem Mund des Landeshauptmannes vernommen – Folgendes: *"Es ist das stetige Gefühl zu kurz zu kommen, uns benachteiligt zu fühlen und aufzujaulen, wann immer es Veränderungen geben soll. Die Mentalität, die uns heute immer häufiger begegnet, ist leider eine Mentalität des alles, des alles sofort und des alles ohne Gegenleistung. Eine solche Mentalität ist keine Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen, sondern Grundlage für eine individualisierte egoistische Gesellschaft, die jeden Zusammenhang, jedes Verantwortungsgefühl für den Menschen vermissen ließe und die nicht lange Bestand haben würde."* Meine Frage: Wer hat die Gesellschaft so erzogen? Wohl maßgeblich, glaube ich, die Politik, denn jeder glaubt inzwischen, dass sich mit irgendeinem Artikel in irgendeinem Gesetz alles regeln lässt, dass es für alles einen Beitrag gibt und dass jedem jederzeit alles abgenommen werden kann. Was wird alles von Seiten der Politik, der Politikerinnen und Politiker vor den Wahlen und auch nachher versprochen?! Wir brauchen uns also nicht zu wundern, wenn ein Forder-Denken die Folge davon ist und Unzufriedenheit herrscht, weil einfach nicht alle Wünsche erfüllbar sind. Eigentlich müsste die Politik mit klaren Spielregeln als gesellschaftspolitische Maßnahme wieder in Richtung Eigenständigkeit und Eigenverantwortung gehen, aber weder im Haushalt selber noch im Bericht finde ich einen diesbezüglichen Ansatz, der erkennbar wäre.

Zur Integration. Auch dies ist ein Thema, das wir heute bereits einige Male gehört haben und das uns auch in Zukunft sehr stark beschäftigen wird. Einmal geht es um die Integration als solche, und zwar um das Erlernen der Sprache, um Spielregeln, die aufgestellt und von beiden Seiten akzeptiert werden müssen. Die Integration, die ganze Thematik Einwanderung und Ausländer geht aber viel weiter und viel tiefer. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass in einem Land, das nahezu Vollbeschäftigung hat, die Arbeitsmarktpolitik auch eine Einwanderungspolitik ist. In den letzten Jahren hat man, auch wenn die Gemeinden Gewerbebezonen zugewiesen haben und dann entsprechende Beiträge geflossen sind, verlangt, dass zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, gerade in Bereichen, in denen wir selber keine entsprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter mehr zur Verfügung haben und die logische Folge natürlich die Zuwanderung ist. Hier muss einfach tiefer angesetzt werden, weshalb man sich auch überlegen sollte, in welche Richtung zukünftig die Arbeitsmarktpolitik gehen soll.

Es ist aber auch eine Frage des Sozialsystems. Ich habe bereits einmal an eine Aussage der ehemaligen deutschen Familienministerin Renate Schmidt erinnert, die bei den Marienberger-Gesprächen, auf die Frage des Sozialsystems in Deutschland angesprochen, gesagt hat, dass Deutschland zwei Möglichkeiten hätte, entweder die demographische Entwicklung mit so massiver Zuwanderung aufzufangen, dass es in dreißig Jahren mehr Ausländer als Deutsche geben wird, oder den Leuten die Wahrheit zu sagen, dass das Sozialsystem in dieser Form nicht zu halten ist. Ich glaube, dass man sich jetzt auch bei uns der Tatsache bewusst werden muss, wie die demographische Entwicklung in unserem Land sein wird. Wenn wir uns heute die Daten ansehen - und diese Daten lügen nicht -, ist es so, dass es in Südtirol 27.000 Menschen zwischen 60 und 65 Jahren, 44.000 zwischen

40 und 45 Jahren und nur 27.000 zwischen 20 und 25 Jahren gibt, die jetzt in den Arbeitsmarkt kommen. Die Entwicklung ist also klar vorauszusehen, worauf die Politik rechtzeitig reagieren muss.

Das Mietgeld war auch immer wieder ein Thema. Auch im Bericht des Landeshauptmannes ist dies nachzulesen. Ich glaube, dass man diese Sache etwas tiefer sehen muss, weil das Mietgeld auch die Folge von irgendetwas ist. Dass so viel an Mietgeld ausbezahlt werden muss, hat nicht nur damit zu tun, dass ein bestimmter relativ hoher Anteil inzwischen auch von den Ausländern beansprucht wird, sondern hat auch mit Entwicklungen, Miet- und Immobilienpreisen zu tun. Auch hier, wie gesagt, muss man tiefer gehen, weil man einfach hinterfragen muss, warum es in unserem Land so hohe Mietpreise gibt. Es ist nicht so, dass das Bauen als solches viel teurer als in anderen Regionen wäre, denn bei den Materialien gibt es keine allzu großen Unterschiede, und es liegt auch nicht unbedingt in den Arbeitskosten, sondern es liegt in erster Linie bei den Grundpreisen. Heute schätzt man, dass beim Preis einer Wohnung ein Drittel zirka der Preis des Grundes ausmacht. Dies ist enorm viel und es ist gerade dieser Bereich, in dem man sich mit Spekulationen noch am meisten Geld verdienen kann, weil man, dank Berlusconi, vor der Ausweisung den Grund entsprechend aufwerten kann und nur einen geringen Satz, ich glaube 4 Prozent, an Steuern bezahlt.

Wenn dann über Nacht ein Grund Baugrund wird, dann ist man fast steuerfrei. Es gibt eine enorme Gewinnspanne im Sektor Baugrund, der nicht besteuert wird und auf den sicher auch – dies wäre auch einmal zu hinterfragen und zu untersuchen – die Beitragspolitik ihre Auswirkungen hat. Es ist nämlich mehrmals bestätigt worden, dass Baufirmen oder Immobilienfirmen, wenn sie eine Wohnung anbieten, wissen, wo die Schmerzgrenze bei den Bürgern liegt. Die Schmerzgrenze ist dort, wo es um ein bestimmtes Einkommen der Einzelnen geht und darum geht, wie viel sie sich an Darlehen leisten können und wie viel sie Beiträge bekommen. Wenn eine Baufirma weiß, wie hoch die Schmerzgrenze ist und wie viel ihnen der Bau der Wohnung kostet, dann wissen sie, wie viel sie für den Baugrund bieten können. Dies hat natürlich Auswirkungen, weil es so hochgeschaukelt worden ist, aber es ist ein sehr komplexes System - Kollege Pardeller hat es auch angesprochen -, das zu untersuchen wäre, um entsprechende Neuregelungen zu machen.

In letzter Zeit war sehr viel von den öffentlichen Bediensteten die Rede. Man hat auch von einem Abbau der Anzahl dieser Bediensteten gesprochen. Der Landeshauptmann hat von 40.000 öffentlichen Bediensteten gesprochen. Diese Zahl ist untertrieben, denn insgesamt gibt es 50.000 öffentliche Bedienstete, jene des Staates mitinbegriffen. Jedes Jahr wurden es um einige mehr. Dies hatte nicht nur mit dem Ausbau der Autonomie zu tun, weil es dadurch zwischen den Staatsangestellten zu Verschiebungen kam, die dann plötzlich Angestellte der Autonomie Provinz Bozen oder Südtirols wurden, sondern auch mit Dienstleistungen, die angeboten wurden, die verlangt wurden, die immer mehr Personal erforderlich machten. Ich habe immer wieder gestaunt, wie intensiv darüber diskutiert wurde. Es hat geheißen, dass einmal 200, dann 500 Stellen abgebaut werden sollen. Landesrat Widmann hat von 1.500 Stellen gesprochen, die abgebaut werden sollen. Dies habe ich insofern belächelt, weil man gesehen hat, dass bereits im Finanzgesetz des Jahres 2006 von einem Stellenabbau die Rede war. Damals ist man von 17.593,5 Vollzeitbeschäftigten ausgegangen, die man dann in der Folge reduzieren wollte. 2006 gab es einen Ansatz von Minus 60, 2007 von mindestens 60 und 2008 von Minus 80. Im Jahre 2010 – wir haben immer denselben Bereich betrachtet – gab es 18.500 Vollzeitbeschäftigte, das heißt, statt dass Stellen abgebaut worden wären, sind 1.000 Stellen hinzugekommen. Deshalb mache ich mir keine Sorgen, dass in den nächsten Jahren weiß Gott was abgebaut wird, sondern wir werden alle Hände voll zu tun haben, diese Zahl zu halten. Wenn man nicht entsprechende Strukturreformen andenkt, dann kann es so auch nicht funktionieren. Wenn man hergeht und sagt, dass man Stellen abbauen wolle, dann erweckt man den Eindruck, dass man bisher nichts zu tun gehabt hätte. Man muss zuerst die Strukturreform machen, damit in Zukunft bestimmte Ämter und Stellen nicht mehr notwendig sind, weil sonst ein Stellenabbau niemals funktionieren kann.

Ein paar Worte noch zur Strompolitik. Vorhin hat man gehört, dass jetzt auch mit den Etschwerken ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet worden ist. Ich möchte noch einmal daran erinnern, welches die Aufgaben der öffentlichen Hand sind. Wenn man daran zurückdenkt, aus welchem Grund heraus man damals die städtischen Betriebe wie die Etschwerke und andere Stadtbetriebe gegründet hat, dann war es die Aufgabe der öffentlichen Hand, bestimmte Dienstleistungen für die einzelnen Bürger anzubieten. Im Bereich des Trinkwassers ist es die Aufgabe der öffentlichen Hand, entsprechende Leitungen zu bauen und zu schauen, ob man entsprechende Quellen erschließen kann. Die Aufgabe ist es natürlich auch, das Abwasser zu entsorgen. So hat man es immer als Aufgabe gesehen, auch Strom zu produzieren und ihn so günstig wie möglich an die Bürger zu verteilen. Ich glaube, es ist wichtig, dass man den städtischen Betrieben, den Gemeindebetrieben, die heute bereits Verteilungsanlagen haben oder morgen über Verteilungsanlagen verfügen werden, auch eine entsprechende Stromproduktion zuerkennt, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden können, um an ihre Bürger den Strom so günstig wie

möglich verteilen zu können. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, weder der städtischen Betriebe, noch des Landes, Unternehmer zu spielen. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, den internationalen Player zu spielen, der sich weiß Gott wo im Osten einkauft oder Strom im Süden verteilt. Ich glaube, wir sollten uns wieder auf unsere Aufgaben konzentrieren.

Immer wichtiger scheint mir der Revisionsdienst zu sein, den heute auch Kollege Heiss angesprochen hat. Ich möchte hier nur eines klarstellen, weil wir dieses Thema sicher wieder aufs Tapet bringen werden. Gedacht ist dieser dann als Hilfsorgan des Landes und des Landtages. Es soll kein neues Organ werden, weil man sonst wieder den Vorwurf bekommt, dass man wieder neue Stellen schaffen will. Wenn man heute schon eine Prüfstelle eingerichtet hat, dann geht es darum, diese umzuwandeln und aufzuwerten. Am Beispiel des Wohnbauinstitutes hat man gesehen – es ist öffentlich so gesagt worden –, dass die interne Prüfung gefehlt hat, aber es gibt viele andere Gesellschaften. Es geht nicht nur um die Landesverwaltung selbst, die hier nicht nur eine Kontrolle ausübt, sondern wir als Landtag sollten eine Hilfestellung bekommen, damit man auch über entsprechendes Material verfügen kann und für die künftigen politischen Entscheidungen eine Grundlage hat. Wir wissen alle, wie schwer wir uns auch hier im Landtag tun, wenn uns die Einsicht in bestimmte Akte der Gesellschaften verwehrt wird, obwohl die ureigenste Aufgabe des Landtages ist, auch Leitungs- und Kontrollorgan zu sein, dieser Aufgabe nachkommen zu können.

Aufgefallen ist mir ... Dies habe ich bereits letztes Jahr als Vergleich gebracht, aber vielleicht war es letztes Jahr ein Zufall, obwohl dieser jetzt anscheinend zur Regel wird. Es geht um die Laimburg. Mich wundert es, dass im Bericht zwei Seiten über die Laimburg stehen und eine Drittelseite über die Gemeinden steht. Dieses Verhältnis ist nicht ganz korrekt. Ich glaube, dass gerade die Gemeinden im Bericht mehr Aufmerksamkeit verdient hätten, vor allem wenn wir wissen, dass die institutionelle Reform, nach der Verfassungsreform von 2001, immer noch ausständig ist, bei deren Umsetzung auch der Staat säumig ist. Alle Regionen mit Sonderstatut haben entsprechende institutionelle Reformen durchgeführt, wobei die letzten im Jahre 2006, also vor vier Jahren, beschlossen wurden. Wir als Land Südtirol haben dieses Thema immer noch nicht in Angriff genommen! Bei uns gibt es noch sehr viele Zwei- und Dreigleisigkeiten, nicht nur bei der Finanzierung, sondern bei der Verwaltung selbst, die eine Neuregelung erforderlich machen. Ich glaube, dass es auch hier im Landtag eine sehr spannende Diskussion dahingehend geben würde, wo in Zukunft die Schwerpunkte zwischen Land und Gemeinden sein sollen.

Ein Letztes noch zur Kleinkinderbetreuung. Dieses Thema habe ich mir auch noch notiert. Wir, Kollege Noggler und ich, haben vor eineinhalb Jahren einen Beschlussantrag zur Harmonisierung der Kleinkinderbetreuung eingebracht, der genehmigt worden ist. Momentan ist einiges in Bewegung, und zwar was die Harmonisierung der Kosten anbelangt. Natürlich darf man nicht nur bei den Kosten Halt machen, sondern es muss eine grundsätzliche Diskussion dahingehend geben, wie wir diese Dienste der Kleinkinderbetreuung harmonisieren wollen, weil nach wie vor, auch wenn man es mit den Kosten neu regeln möchte, aufrecht bliebe, dass es Gemeinden gibt, in denen Kinder mit zweieinhalb Jahren in den Kindergarten gehen können, weil es eine Brückensektion gibt, und dort zahlen die Kinder nur den Kindergartenbeitrag. Es gibt dann andere Gemeinden, in denen Kinder mit zweieinhalb Jahren in der Kindertagesstätte mit ungleich größerem Aufwand untergebracht werden. Dann gibt es andere Gemeinden, in denen alles über die Tagesmutter organisiert werden muss. Wenn man schon die Kosten harmonisiert, dann ist es auch wichtig, dass der Dienst selber harmonisiert wird. Wir haben uns die Latte mit dem Gesetz zu den Kindertagesstätten sehr hoch gelegt und wir, ich glaube mittlerweile alle, können erahnen, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu erwarten ist. Ich glaube, wir müssen schon etwas anbieten, was draußen auch umsetzbar ist, und zwar nicht nur von den Kosten, sondern auch von der Organisation her. Gegen die jetzige Reform habe ich große Bedenken. Ich möchte daran erinnern, dass zum Beispiel in Bayern in Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern zwischen Kindergärten und Kindertagesstätten nicht unterschieden wird. Bei uns muss es sogar unterschiedliche Strukturen geben und könnte somit nicht einmal die Strukturen zusammenführen. Ich glaube, dass es höchst an der Zeit wäre, ein neues Modell anzudenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich im Bericht zum Haushalt auf Seite 47 ein kleiner Fehler eingeschlichen hat. Hier steht Folgendes: *"2011 tritt zudem das neue Finanzierungssystem für die von den Gemeinden geführten Kinderbetreuungsdienste in Kraft. Es wird den Gemeinden ermöglicht, Landesbeiträge auch für die Tagesmütter, wie es bereits für die Kinderhorte der Fall ist, zu erhalten"*. Dies kann so nicht stimmen, weil die Gemeinden für die Finanzierung der Tagesmütter nie zuständig waren, sondern dafür waren ausschließlich die Eltern selber zuständig. Wenn, dann müsste auch das System der Tagesmütter in das neue System miteinbezogen werden. So ist es jedenfalls sicher nicht richtig formuliert. Danke!

ARTIOLI (Lega Nord): Un bilancio ricco, da fare invidia a molte regioni italiane, quello che ne esce dalla Sua relazione, signor Presidente, tanto che già in commissione ho proposto di tagliare ulteriormente l'addizionale Irpef, imposta addizionale che continuerà a gravare sul reddito dei cittadini e delle famiglie altoatesine, mediamente e fortunatamente quasi sempre al di sopra del limite soglia che consente di ottenere un reale beneficio dal provvedimento che è posto a bilancio. Si doveva considerare la soglia dei 35 mila euro per garantire una manovra vicina ai lavoratori. Uno sforzo che si poteva fare. Bastava avere coraggio e rinunciare a qualche consulenza esterna, consulenze che solo su questo bilancio sfiorano i 12 milioni di euro e se consideriamo tutte le consulenze fatte con i trasferimenti ai comuni, la cifra sfiora i 79 milioni, come da sito del Ministro, anche se l'assessore Bizzo continua a contestare questa cifra, lo stesso sforzo che Lei chiede al mondo dell'imprenditoria che giustamente rivendica una minore tassazione, a cui Lei risponde stimolandone il coraggio e il puro spirito imprenditoriale.

Sulla tassazione siamo con gli imprenditori che in cambio, però, non possono continuare ad accampare richieste di ulteriori contributi a pioggia. Ma per sbloccare la situazione si rende necessario operare sulla reale sburocratizzazione e su un'ulteriore semplificazione, dimezzando i costi d'impresa e rendendo davvero appetibile lo sbarco in questa provincia delle imprese di eccellenza che fino ad oggi, e in controtendenza ai desideri di questa giunta, stanno viaggiando verso lidi fiscali e burocratici più sicuri. Cosa significa la burocrazia del controllo, della pianificazione, dell'accordo e dell'organizzazione? Tutto ciò in realtà si trasforma in anni in cui non si può muovere un dito. Le stesse gare d'appalto non sono sempre chiare e i costi della semplificazione delle gare online resta a carico delle imprese. Mi riferisco ai 30 mila euro che le imprese devono versare a "Sinfotel" se si vince una gara sopra un milione di euro, a una banca privata. Si poteva costruire un portale provinciale e dare a tutti la possibilità di accedere gratuitamente alle gare d'appalto gratuitamente, come in Trentino.

Il fatto di non coinvolgere le opposizioni nel controllo e nella verifica delle attività di società quali BLS e SMG pone un limite alle scelte condivise e rappresenta la volontà solo di una parte della popolazione e della comunità imprenditoriale. Come sono stati sviluppati gli immobili e i terreni produttivi acquisiti dal BLS? Quanto abbiamo speso per questi investimenti immobiliari? Di chi sono questi immobili e questi terreni che BLS ha acquistato?

Questo è un bilancio che prevede ancora cifre esorbitanti a favore delle consulenze esterne, concesse anche a politici in carriera, che godono già di un proprio compenso proveniente dalle tasse dei cittadini, politici locali. Le riconosco tuttavia la lettura della complessità delle cose. Non è detto che semplificare al massimo sia sempre meglio. Ma certamente è meglio semplificare dove si rende ormai necessario. Se burocrazia e complessità servono solo per garantire posti di livello e prebende per i soliti amici di partito, siamo giunti al momento di un'onesta riflessione che deve nascere e trasformarsi nel lavoro di quest'aula.

Con un bilancio di tale portata appare francamente fuori tempo e fuori luogo delegare ai comuni l'imposizione di una tassa sui cani. In una provincia dove nulla è delegato ai comuni, pensiamo ai termini per le concessioni edilizie o al solo fatto che le manifestazioni pubbliche comunali abbisognano sempre della delibera della presidenza di Giunta, in un sistema dove tutto dipende da questa Giunta provinciale, si „concede“ ai comuni di applicare una tassa iniqua, trascritta sul bilancio come la brutta copia di un vecchio regio-decreto fascista, un atteggiamento che va in senso totalmente contrario alle istanze che escono da quest'aula, a maggioranza autonomista e antifascista, un articolo che nella sua interpretazione attuativa renderà ai comuni solo in ricorsi legali da parte dei proprietari dei cani. Per questo motivo ogni tentativo di emendare l'articolo 25, in ogni suo comma, è un atto di buon senso e di aggiustamento della legge alle attuali norme legislative.

Come intende affrontare, signor Presidente, la mancata gara d'appalto per l'autostrada del Brennero? Quali garanzie future avrà la nostra Provincia di aggiudicarsi la gestione di una delle più importanti arterie del corridoio 1? Quali sarebbero le conseguenze economiche per il nostro bilancio provinciale? Terza corsia e terzo binario sono ormai delle priorità, ma dovremo aspettare il 2020 per riuscire a evitare lunghe colonne di auto ferme che provocano un danno ambientale più grave certo di una terza corsia scorrevole.

Sulla mobilità interna si prevedono aumenti dei costi dei trasporti pubblici. Ciò penalizzerà soprattutto i lavoratori, persone che oltre a produrre reddito mantengono già le proprie famiglie. Si prevedono esenzioni per gli anziani a prescindere dal reddito e per gli studenti di famiglie che potrebbero pagarsi una tariffa equa. L'aumento colpirà i pendolari e la fascia dei lavoratori dipendenti che rappresenta già il maggior contribuente per il gettito fiscale provinciale.

Non sappiamo neppure come sarà l'organigramma della nuova Agenzia per lo sviluppo, non sappiamo se sarà rispettata la proporzionalità, se ve ne faranno parte rappresentanze della minoranza o se sarà possibile per l'opposizione attingere informazioni sul controllo dei dati.

Nelle assunzioni delle partecipate le assunzioni e i Cda vengono fatti a chiamata. A parte le logiche del partito che detiene la maggioranza di questo Consiglio, non è certo edificante sistemare sulle poltrone vecchi amici di partito a scapito di figure qualificate adatte al ruolo professionale che dovrebbero coprire.

Vorremmo sapere, signor Presidente, come verrà gestita la distribuzione delle case per il ceto medio. Si tratta di proprietà che vanno restituite agli altoatesini sudtirolesi che hanno pagato le tasse. Non sono gli assessori che regalano le case ma sono i cittadini che se le sono guadagnate! Non vogliamo che la gente pensi che la casa l'abbia ricevuta dall'assessore di turno. E anche nella pubblicità personale, il troppo presenzialismo degli assessori su ogni pubblicazione della Provincia è un fatto che sfiora dall'etica politica.

Vorrei lanciare una proposta su questo bilancio, una proposta che dovrebbe incentivarla a muoversi a Roma per rilanciare l'economia domestica delle nostre famiglie. Abbiamo bisogno di ottenere i voucher, allargando la possibilità dei buoni lavoro che ora sono disponibili solo a studenti e pensionati, a tutti coloro che aiutano nelle aziende di famiglia, dei buoni lavoro per chi vuole integrare temporaneamente il proprio reddito senza che ciò incida sul reddito familiare complessivo. Non possiamo sempre dover ricorrere al lavoro degli stranieri, perché ci mancano due o quattro braccia per completare la vendemmia o la raccolta delle mele. Signor Presidente, una volta si andava a dare una mano quando aumentava il lavoro di un ristorante o di un bar, si sostituiva chi era temporaneamente indisposto. È questo che le chiedo di andare a contrattare a Roma, questo dovrebbe far parte del nostro pacchetto di autonomia, perché un'autonomia dinamica deve stare al passo con i tempi e gestire il territorio con un'azione pragmatica.

Signor presidente, signor assessore alle pari opportunità, da donna penso alle donne che subiscono maltrattamenti, che sono in difficoltà economiche, che cercano di fuggire da mariti violenti o da famiglie fortemente disagiate. Nel Suo bilancio farà ritardare di un anno l'allestimento della casa della donna - qui mi chiedo dove sono le consigliere di pari opportunità - edificio che resterà chiuso per tutto il 2011. Questa situazione dovrà essere sanata e Le chiedo di spostare la cifra a bilancio per allestire questo luogo istituzionale indispensabile per il sostegno delle donne in difficoltà. Non è possibile che manchino i fondi per i mobili! Il Comune di Bolzano ha investito 1 milione 200 mila euro per ristrutturare la casa delle donne e noi la lasciamo chiusa per mancanza di mobili!

Signor presidente, abbiamo gli asili pieni di bambini le cui madri stanno a casa, quando va bene, o le ritroviamo più spesso chiacchierare al bar o girare a fare shopping. Non è possibile che donne che lavorano, famiglie in cui entrambi i coniugi lavorano, debbano affollare le lunghe liste d'attesa per l'accesso dei loro figli al nido e agli asili. Chi non lavora va messo in fondo alla graduatoria, per lasciare lo spazio a chi ha reale bisogno di un servizio pubblico.

Energia sostenibile e soluzioni utili ad affrontare le future condizioni climatiche sono un nostro fiore all'occhiello. Siamo davanti a tutte le regioni italiane e non possiamo permetterci di perdere il vantaggio. Quindi maggior impegno dovrà essere messo in atto sull'innovazione, lasciando alle imprese la possibilità di muoversi più liberamente sul fronte della ricerca, promuovendo come Provincia il nostro operato.

Sulla sanità resta da comprendere la spesa pro capite, con i 2.800 euro a persona nella nostra provincia contro una sanità lombarda che si ferma a 1.400, facendo comunque passi da gigante nella ricerca sanitaria e nei servizi di eccellenza in periferia, eccellenza alla quale fanno affidamento anche molti dei nostri pazienti che scelgono strutture delle regioni confinanti quando le patologie si fanno serie, mentre a noi resta il ricorso al Pronto soccorso per gli interventi d'urgenza ai turisti o lungodegenze nelle nostre strutture considerate degli alberghi, ma quasi mai citate nei rapporti nazionali come eccellenze di diagnosi e cura. Allora dobbiamo superare la proporzionale per i primari ospedalieri. È preferibile investire in un servizio di traduzione e avere a disposizione il meglio della classe medica nei nostri reparti! Cogliendo questa opportunità, si otterranno molti più casi di primari che avendo trovato le porte aperte nella nostra sanità, faranno di tutto per imparare le lingue locali. Se non cogliamo queste opportunità, resteremo alle solite logiche dei costi storici che mantengono alti i costi e rendono bassi introiti in salute. Bisogna anche pensare ai costi standard per l'Alto Adige.

E-Government. Un punto dolente, signor Presidente, soprattutto a fronte delle dichiarazioni di una giunta lungimirante. Potevamo pensarci prima. Oggi siamo in ritardo sulle strade informatiche, perché abbiamo investito più nelle società pubbliche che sulle teste pensanti. Dovevamo darci un obiettivo a medio termine che ci avrebbe portato oggi, pur con le nostre difficoltà morfologiche, ad eccellere anche su un servizio al cittadino che viaggia in alcuni casi ormai solo sulla rete internet. Ma non sempre le scelte dei servizi sono andati nella direzione del minor costo per cittadini e imprese.

Prima ancora di parlare di immigrazione terrei a cercare di interpretare le linee guida sulla cosiddetta „pace etnica“. Ha ragione, signor presidente, quando afferma che le tensioni etniche consumano troppa energia, ma non credo, signor Presidente, che oggi la politica abbia fatto tutto ciò che era nelle proprie possibilità. Così le possibi-

lità di ogni gruppo linguistico di manifestare la propria esistenza e la propria storia hanno subito spesso dei veti politici. Gli alpini non potevano convivere con il bicentenario di Andreas Hofer, nelle scuole periferiche tedesche non si parla più una parola d'italiano, in quelle italiane le sperimentazioni del tedesco sono ancora a livello catacombale. Qualcosa si cerca di fare, ma i passi per una pace etnica si anticipano più nella popolazione che nella politica, popolazione che ha il merito, qualsiasi sia il gruppo linguistico di appartenenza, di cercare una sinergia comune. L'esistenza in questa provincia i cittadini la vivono come un'opportunità e sono stati capaci di creare stratificazioni pacifiche più solide di quanto abbia offerto fino ad oggi il panorama politico provinciale.

Lei si riferisce a tre soluzioni che dovremmo affrontare nel prossimo anno di legislatura: legge elettorale, toponomastica e democrazia diretta. Credo che ai nostri cittadini qua fuori non interessi nessuna delle tre, ma comunque, se questo deve essere il futuro della nostra terra...Ma sul come nella Sua relazione non si trova una parola. Se con la legge elettorale intende nuove forme di coalizione che superino lo schieramento linguistico, allora mi chiedo come mai il partito di raccolta sudtirolese sia ancora ancorato al suo vecchio statuto che prevede la separazione linguistica. Una legge elettorale che vada nel senso „presidenziale“, nella quale, abbandonata la logica del proporzionale puro, si formino delle coalizioni trasversali ai gruppi linguistici prevede, però, maggior chiarezza anche sulla scelta della vicepresidenza, che andrebbe assunta, in tal caso, dal rappresentante di altro gruppo linguistico. E neppure la questione della toponomastica interessa i cittadini quanto invece pare appassionare la politica. Mantenere il bilinguismo è un chiaro segno di ricchezza e agevolerebbe anche il turismo. Abbiamo tre bellissime lingue ufficiali che caratterizzano la nostra provincia, rendendola seducente sia nel mondo tedesco che in quello italiano. Penso che più di un problema fonte di tensioni etniche, la toponomastica sia vissuta come un bene acquisito, un'opportunità per tutti, dagli albergatori ai più piccoli affittacamere, passando per la miriade di servizi di ristorazione che sono l'ossatura economica della nostra terra, perché possiamo vendere il nostro plurilinguismo come vera unicità della nostra terra.

Per quanto riguarda la democrazia diretta, signor Presidente, sono d'accordo che è una grande sfida di democrazia, ma per attuare norme almeno pari alla Federazione Elvetica o riuscire a sintetizzare un mix con il modello bavarese. La democrazia diretta non è un fatto etnico ma, proprio perché stiamo tirando in ballo sistemi di regioni confinanti, un acquisito democratico di una nuova area regionale europea che si sta formando e che ci deve far trovare preparati se vogliamo affrontare questo cambiamento da protagonisti. La strada è ancora lunga ma iniziare aiutando la popolazione a relazionarsi può essere la strada giusta.

Signor Presidente, Le confesso che sull'immigrazione, finalmente, meglio tardi che mai, a Durnwalder i miei colleghi leghisti vorrebbero dare la tessera bianco-rossa di sostenitore onorario della Lega Nord Alto Adige/Südtirol, tessera che non dà diritto di voto nel Movimento di Umberto Bossi, si intenda bene, dove a decidere sul futuro sono solo i militanti con tessera verde. Ma le linee guida sul controllo dell'immigrazione, favorendo l'ingresso degli stranieri che provengono dall'Europa centrale e orientale, possono essere una buona base sulla quale iniziare a dialogare, un passo in avanti sul quale, però, al governatore della nostra Provincia chiediamo maggiori garanzie. I leghisti che rappresento vorrebbero una sorta di confine a Salorno, un confine economico, fatto da una gestione dei sussidi che vada oltre le direttive assistite dell'Unione Europea e dalle stesse normative nazionali da essa imposta. Le ipotesi di un'Europa "multikulti" sono state dichiarate fallimentari dalla Cancelliere tedesca Angela Merkel. Quanto accaduto in Austria con gli insegnanti di religione islamica che dichiaravano incompatibile la democrazia austriaca con l'islam, quanto succede alla scuola media statale di Reggello, dove da oltre un anno una quindicenne fiorentina segue le lezioni di musica con i tappi alle orecchie, perché così ha voluto suo padre, Omar, marocchino di fede islamica, che considera la musica impura, una «roba da infedeli», è l'ennesima dimostrazione della mancanza di volontà di integrarsi di alcuni stranieri nel nostro paese.

Ma non mancano i casi del portone vicino e neppure quelli in famiglia. Donne altoatesine sudtirolesi, sposate con cittadini di fede islamica, costrette ad indossare il velo per mantenere una buona pace in famiglia; inoltre casi di apparente integrazione dove a contravvenire alle leggi sull'immigrazione sono extracomunitari titolari di attività produttive o, ancora peggio, in via Museo in un ristorante con nome tedesco, che sono eletti nella consulta degli immigrati, che sono stati arrestati due settimane fa. Quello era il modello pakistano di integrazione, e noi qua ci riempiamo la bocca di quanto sono integrati! Sono proprietari di tre ristoranti e invece facevano altro nella vita, spaccio di droga e traffico di clandestini.

Cosa dire delle autocertificazioni per ottenere l'esenzione dalla compartecipazione alla spesa sanitaria? I 7.160 esenti ticket verificati con una mia interrogazione all'assessore Theiner sono scesi a 3.300 appena si è stretta la cinghia di un nuovo sistema di certificazione che lascia, lo posso già affermare, ancora troppo larghe le maglie del controllo, controllo necessario, perché, mentre la nostra gente si vergogna a chiedere un sussidio, e quando lo fa è nel momento di reale bisogno, altri se ne approfittano. Su questi dati vorrei avere delle verifiche

tangibili. Ancora resta una formula di dubbio sui dati che parlano di 7.160 o 6.650 esenzioni ticket, come affermato nelle risposte rispettivamente dell'assessore Theiner e Bizzo alle mie interrogazioni. Dati contrastanti. Sono davvero solo 3.300, come ribadisce oggi l'assessore Theiner, in una situazione che vede oltre il 30 per cento dei cittadini extracomunitari immigrati non versare neppure un euro sulla compartecipazione sanitaria?

Sull'immigrazione la sfida è aperta. Il problema è globale, se da qui al 2020 la popolazione mondiale aumenterà di circa 70 milioni di abitanti ogni anno. Il che significa che nel 2011 sarà raggiunto il settimo miliardo di persone, il tutto mentre il nostro rapporto di crescita è contenuto in una frizione, quando va bene, di ricambio. Per questo sto con Lei, Presidente. La Sua linea di non chiudere tutte le porte ma di non tenere neppure tutte le finestre aperte, è la scelta che la Lega Nord può condividere. Sarà, però, sul come che giocherò il mio ruolo di opposizione: sì a chi lavora e no ai casi sociali. Quelli dobbiamo aiutarli a casa loro, e nel bilancio è già previsto un fondo per lo sviluppo del cosiddetto Terzo Mondo.

Lei, Presidente, ha sempre sostenuto che non dobbiamo dare il pesce già pronto in tavola ma fornire gli strumenti di pesca a quelle persone che oggi non riescono a sbarcare il lunario. Fa parte della nostra mentalità e io mi sento con Lei, sono una Sua grande sostenitrice in questo atteggiamento che ha sempre caratterizzato la nostra gente. Gli immigrati sono spesso rappresentati da persone che vengono qui con il miraggio del lavoro sicuro o dei sussidi facili ma che in tempo di crisi rischia di mettere a ferro e fuoco le nostre città. Non dimentichiamo ciò che sta accadendo in Europa, le banlieue francesi dove l'ingresso di una pattuglia della polizia locale ha scatenato notti d'inferno, dove nonostante le laicissime leggi nazionali francesi si applica la legge islamica della sharia obbligando anche una occasionale passante francese ad indossare il velo. Si tratta di esempi lampanti di mancato inserimento nel mondo produttivo e di mancata integrazione. Ho presentato un ordine del giorno sulla legge di bilancio, che prevede l'adesione della nostra provincia al progetto europeo "NIRVA". Il rimpatrio volontario assistito è l'ultimo atto di beneficenza agli stranieri extracomunitari in casa nostra. Il loro futuro lo costruiscano nei Paesi di origine che debbono avere, però, e su questo penso di trovare il consenso di tutte le forze politiche, migliori prospettive di sviluppo.

Signor Presidente, Lei promuove la conoscenza delle lingue ufficiali locali e sul disco verde agli immigrati che provengono dall'est Europa ribadisco il mio sostegno alla linea che Lei sta dettando: si integrano meglio e non creano conflitti basati su fondamentalismi religiosi. Ma allora perché continuiamo a spendere denaro pubblico per offrire gratuitamente i servizi in lingua araba? Perché i musei altoatesini possono utilizzare i loro fondi per spiegare nella lingua araba la nostra storia? Non crede, signor Presidente, che le sue linee guida andrebbero riscontrate con un approccio reale cronologicamente differente, prima la conoscenza della nostra lingua e poi l'approccio con la nostra storia, l'insegnamento al rispetto delle nostre tradizioni e l'inserimento integrato nelle nostre scuole?

Su questa legge finanziaria provinciale manca l'affidamento delle competenze sull'immigrazione. Una grande sfida sarà la proposta che delibererà la Giunta e che avete promesso di presentare a quest'aula entro gennaio. Nel bilancio non basta definire quanto saremo disposti a spendere per i costi dell'integrazione e l'assistenza sociale agli immigrati. Dovremmo poter leggere quanto si investe e quale sarà il reale ritorno. E mi consenta la formula del dubbio, signor Presidente, perché fino ad oggi abbiamo visto salire i costi a bilancio per le case, per i bisogni degli immigrati extracomunitari e non riuscire ad intravedere un saldo positivo della presenza di 40 mila stranieri nella nostra provincia, stranieri, in questo condivido la Sua linea, che non sono tutti uguali. Serve quindi non solo dichiarare delle strette decise ma individuare quali sono le componenti migratorie che potremmo definire reale ricchezza per la nostra provincia ed investire su di esse. Gli altri devono poter godere dei diritti internazionali previsti ma senza andare oltre ai minimi imposti e senza avere la sensazione che tutto è sempre e comunque dovuto.

Sull'invito a partecipare al censimento 2011 non ne farei solo una questione di appartenenza, perché io stessa vivo la difficoltà di appartenere a uno dei due mondi, o meglio a quello che mi appartiene davvero, quello dei mistilingue. Anche il Suo appello sul censimento, signor Presidente, mi è parso un po' incomprensibile, forse perché mal congegnato da chi ha sviluppato la Sua relazione, ma pur sempre difficile per me da interpretare come uno sprone per correre a compilare i moduli e dichiararmi, senza se e senza ma. Se invece superassimo le divisioni dei gruppi linguistici e iniziassimo a riconoscere chi è nato in famiglie mistilingue, chi è il frutto di una storia d'amore tra un uomo e una donna, spesso colpevoli di aver tradito il proprio gruppo linguistico, la propria casta, la propria tribù di appartenenza; ma, temo che su questo argomento io debba avere la pazienza di attendere che si raggiunga in quest'aula una maggioranza capace, in questo senso, di maturare una forte volontà politica. Nel frattempo continuerò a battermi con virtuali forconi per il raggiungimento di un bilinguismo e che un'integrazione tra i gruppi sia davvero compiuta. Su questo spero che qualche punzecchiata nel prossimo anno di legislatura possa sortire qualche effetto benefico nelle decisioni di Giunta.

Infine, signor Presidente, Lei sostiene che al Suo bilancio manca il masterplan, nome che, mi consenta, Lei fa giungere alle orecchie di chi ha vissuto per due anni nel consiglio comunale di Bolzano. Il Masterplan è il libro per l'interpretazione dei sogni dell'amministrazione bolzanina. Le chiedo, invece, di mantenere intatta tutta la Sua verve pragmatica che l'ha contraddistinta da ogni altra carica politica. Continui a decidere, ad alzarsi presto la mattina, ad ascoltare i cittadini, e non si lasci sedurre da parolone anglosassoni come "Masterplan". Lo suggerisco con l'umiltà di una rappresentante della Lega Nord, che ha sempre ammesso di avere una sola lingua, il nostro dialetto.

URZÌ (Il Popolo della Libertà): Mi sono iscritto a parlare, però volevo completare il mio ragionamento nell'arco di un'ora di tempo, quindi se ci sono colleghi che volessero intervenire questa sera bene, altrimenti chiederei di poter intervenire domani.

PRESIDENTE: Chiedo se qualche collega vuole intervenire adesso, e dato che sono le 18,13 può parlare per 45 minuti. Non vorrei chiudere a quest'ora, ma se nessuno vuole parlare stasera, non vedo altra soluzione. Il consigliere Urzì ha il diritto, così come qualsiasi altro consigliere, di intervenire senza dover essere interrotto. È previsto dal regolamento. Ha chiesto la parola il consigliere Urzì.

URZÌ (Il Popolo della Libertà): Chiedo una sospensione dei lavori innanzitutto per una breve consultazione con i colleghi che hanno sollevato qualche obiezione, un quarto d'ora per poter valutare la situazione e il modo di procedere.

PRESIDENTE: Considerando che non ci sono altri colleghi che intendono parlare per 45 minuti, chiudo i lavori di questa sera.

La seduta è tolta.

ORE 18.14 UHR

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (48)
BIZZO (26)
EGGER (34)
HEISS (15, 22)
KLOTZ (9, 12)
KNOLL (41, 42, 43, 44)
MAIR (1, 3)
PARDELLER (22)
PÖDER (26, 27)
SCHULER (45)
TINKHAUSER (38)
URZÌ (52)